

HISTORISCH
Am 3.3. streikten
Schüler-/Arbeitnehmer*innen
zum ersten Mal gemeinsam –
für das Klima!!



SCHULE 2023 WIE ANNO PIEF?

Oder: Was sich die Kultusministerkonferenz
so alles ausdenkt ...




DEINE SPENDE
für die Erdbebenopfer

Gewerkschaften helfen!
Stichwort: Erdbeben Türkei und Syrien
IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90
BIC: NOLADE2HXXX

Liebe Kolleg*innen,

Ein „Frohes Neues“ wünscht man sich zu Beginn des neuen Jahres. Und das wünschen wir – auch wenn das Jahr schon fast wieder zu einem Viertel rum ist – allen unseren Leser*innen!

Wir bedanken uns für euer Interesse an unserem „forum“, das als Forum für die GEW-Mitglieder im Stadtverband Köln und im Kreisverband RheinBerg gedacht ist.

Unsere Redaktion hat Zuwachs bekommen, worüber auch der Bericht über die Wahl des neuen Geschäftsführenden Vorstands (GfV) des Kölner Stadtverbands Aufschluss gibt (Rubrik: AUS DEN GREMIEN). Darüber freuen wir uns sehr und wünschen uns, dass noch viel mehr Mitglieder das „forum“ auch aktiv als Forum nutzen!

Schreibt uns, worüber ihr lesen wollt, schickt uns, was ihr selbst geschrieben oder auch nur erlebt habt. Wenn ihr meint, dass es um Themen geht, über die mehr GEW-Mitglieder Kenntnis haben sollten, dann muss es unserer Meinung nach ins „forum“!

Spätestens seit dem 6. Februar ist dieses neue Jahr 2023 nicht mehr als „froh“ zu bezeichnen. Jetzt, da wir uns in den letzten Zügen zur Fertigstellung dieser ersten „forum“-Ausgabe befinden, übersteigt die Zahl der Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien die Zahl von 30.000. Die UNO befürchtet sogar, dass noch mehr als 20.000 Tote zu beklagen sein werden.

Wer nicht schon gespendet hat oder bewusst auch die gewerkschaftlichen Kanäle dafür nutzen will, dem sei der nebenstehende Aufruf des DGB ans Herz gelegt. Wir sind in Gedanken bei den Angehörigen der Opfer

Und dann lässt uns auch der Krieg gegen die Ukraine nicht los, der am 24. Februar schon ein Jahr lang anhält. Dazu findet ihr in der Rubrik GESELLSCHAFT nicht nur Hinweise zu Veranstaltungen der „Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) sowie eine aktuelle Presseerklärung der „Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen“ (DFG-VK), sondern in der Rubrik AUS DEN GREMIEN auch den Aufruf zur Gründung eine „Arbeitskreises Frieden“ hier bei uns in der GEW Köln.

Ganz beeindruckt sind wir von der Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Kolleg*innen, die beim Bund und den Kommunen in Kitas, Verwaltungen, an Flughäfen etc. beschäftigt sind. Sie zeigen gerade, dass man die Folgen der Krisen und der Preissteigerungen nicht so einfach auf die „einfachen“ arbeitenden Menschen abladen kann und sind hoch motiviert, sich zu wehren. Das geht auch aus dem entsprechenden Artikel zur TVöD-Runde hervor, den ihr ebenfalls in der Rubrik AUS DEN GREMIEN findet.

Nicht zuletzt ist diese Tarifrunde eine schöne Vorankündigung für das, was die Landesbeschäftigten (angestellte Lehrkräfte, Hochschulbeschäftigte, schulische MPT-Kräfte etc.) dann ab Ende September erwartet, wenn die TV-L-Runde beginnt. Diese steht nicht nur unter dem Vorzeichen der heftigen Inflation, spärlicher zurückliegender Tarifergebnisse und des schmerzlichen Personalmangels, sondern auch einer Verschärfung der Ungerechtigkeit zwischen den Kolleg*innen im Beamten- und denen im Angestelltenverhältnis. Dazu bieten wir euch Ausführliches in der Rubrik RECHT.

Viel Spaß beim Lesen, dem Auslegen von „forum“-Ausgaben am Arbeitsplatz und bei den vielfältigen Möglichkeiten, sich demokratisch und im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse einzubringen, wünscht

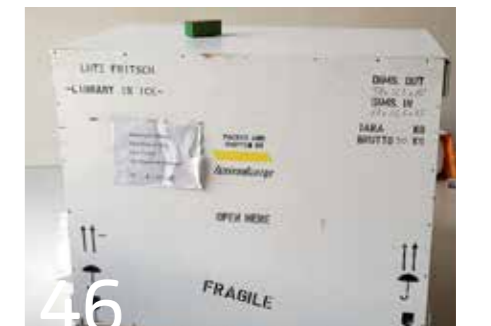
eure „forum“-Redaktion



Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.

forum 1-2023

KALENDERBLATT/IN KÜRZE	4
Neuigkeiten aus RheinBerg	4
Buchbesprechung	5
KONTAKTE	
Gremien zum Mitmachen	6
TITELTHEMA	
Lehrkräftemangel in Köln	7
Kommentar zur SWK	8
15-Punkte-Programm der GEW	10
AUS DEN GREMIEN	
AfD vergrault	11
Kölner GEW mit neuem Vorstand	12
Kleine-Klassen-Kampf	14
GEW stärken!	15
Ungerechtigkeit nimmt weiter zu	16
TvöD und TV-L	18
Erzieher*innen für Streik	20
GEW schreibt dem Dekanat	21
AK Schulentwicklung	22
OGS	24
Vertrauensleute, meldet euch!	25
Leserbrief	26
Tag der Muttersprache	27
Plädoyer für Friedens-AG im GEW-StV	28
GE Siebenbrücken	29
GESELLSCHAFT	
Neulich in Lützerath	30
Solidarisch aus der Krise	34
FORD lässt bauen und entlässt	35
Vor dem Müll retten: Upcycling von Handys	37
INTERNATIONALES	
Der Ukraine-Krieg	39
Interview zur Lage im Iran	40
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	44
Einladung zur Mitgliederversammlung	48



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07
Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln
Titelfoto: chippix/shutterstock



Fortbildungsangebot des GEW Kreisverband Rhein-Berg

Elternabende: Ziel gerichtet – Zeit sparend - Nerven schonend



Elternabende dienen der Information, Vertrauensbildung und Aufgabenabsprache. Sie bergen Konfliktpunkte: Lehrer*innen argumentieren aus der Sicht ihrer fachlichen Erfahrung, Eltern immer aus ihrer familiären Sicht - manchmal mit überzogenen Ansprüchen auch aus Unkenntnis der schulischen Rahmenbedingungen.

Gegen das Ungleichgewicht zwischen (Zeit-)aufwand und Ergebnis gibt es sofort anwendbare Praxishilfen, die die Zufriedenheit erhöhen, die Ergebnisse verbessern und eigene Zeit und Nerven schonen:

- Rechtliche Grundlagen
- Planung und Vorbereitung
- Struktur, Leitung, Ablauf
- Beteiligung und verbindliche Ergebnisse
- Hindernisse, Störungen und Selbstschutz
- Zeit und Aufwand

Jede/r Teilnehmende erhält eine Teilnahmebestätigung und ein Themenskript per Mail.

Termin: Montag, 22. Mai 2023

Zeit: 16.00 Uhr – 18.30 Uhr

Ort: virtuell (per zoom)

Zielgruppe: Lehrer*innen aller Schulformen

Teilnahmegebühr: 10,00 Euro; GEW-Mitglieder 5,00 Euro, Referendar*innen gebührenfrei

Anmeldefrist: 15.05.2023 mit Namen, GEW-Kreis- oder Stadtverband, Schulform und GEW-Mitgliedsnummer (falls vorhanden) bei GEW KV Rhein-Berg, Jürgen Riemer, juergen.riemer.gl@gmx.de

Technik: Für die Teilnahme an der Online-Veranstaltung ist die Installation der kostenlosen Software „zoom“ auf Ihrem Gerät erforderlich (PC oder Notebook empfohlen).

Unser ONLINE- KALENDER

Alle GEW-Termine
im Überblick –
leicht über unsere
Homepage
per Klick zu erreichen
(gew-koeln.de)!



Wiederkehr der Systemkonkurrenz?

Entwicklungspolitische Bildung aus der Akteursperspektive: die Sammlung Eritrea im Nippes Museum als starke Quelle // **Wolfgang Zschke, Jugendhilfe und Schule e. V. – Nippes Museum Köln**

Die Deutung internationaler Konflikte und Kriege als Folgen einer Systemkonkurrenz Ost-West oder Nord-Süd war schon vor der deutschen Einigung fragwürdig, wenn man, was selten geschah, die Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik, innergesellschaftliche und sozialstrukturelle Hintergründe in Betracht zog (R. Damus, Die Legende von der Systemkonkurrenz, 1986). So wenig die These von der Systemkonkurrenz die deutsche Einigung vorhergesehen hat, kann sie heute realistische und legitime Ansatzpunkte für eine nachhaltige Friedenspolitik finden. Dazu würde ein gemeinsames Drittes benötigt, das nicht nur innerhalb der EU, sondern auch von Feinden und Konkurrenten, nicht nur von Eliten, sondern auch weniger mächtigen Akteuren akzeptiert wird. Will man eine friedenspolitische Perspektive nicht ideologisch ausschließen, benötigt man daher eine erweiterte Fragestellung oder Heuristik für die Suche nach Kriegsgründen und Chancen der Kooperation.

Der Sinn einer solchen Differenzierung lässt sich am besten an der konfliktreichen internationalen Beziehung zu einem umstrittenen Partner wie Eritrea verdeutlichen. Das Nippes Museum stellt neue Ergebnisse einer langfristigen Beobachtung von Lebenslagen und Biografien aus dem langen Prozess des nachkolonialen Übergangs in Eritrea und in Deutschland vor. Grundlage sind 300 Zeichnungen und Interviews aus der eritreischen Hauptstadt Asmara zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit und aus der Zusammenarbeit mit der eritreischen Community in Köln, die Aufschluss über die politische Sozialisation von Jugendlichen, Lehrkräften und sonstigen Multiplikatoren im Zeitraum von 1992-2021 geben. Vorab wird der internationale Kontext skizziert: Das von Eritrea verfolgte Konzept einer autozentrierten Entwicklung scheint grundsätzlich mit der in UNO und EU angestrebten Entwicklungspolitik vereinbar. Eritrea akzeptiert die Erfolgskriterien und Indikatoren für die Millenniumsziele der UNO. In der Praxis erweisen sich die internationalen Standards teils als problematisch. Die Übernahme des Humankapitalansatzes scheint in mancher Hinsicht zum Bildungsplan des Landes zu passen, erweist sich aber in anderer Betrachtung

als treibende Kraft von Brain-Drain und Flucht. Zum offenen Konflikt mit dem Selbstverwaltungsansatz führt v. a. der Anspruch einer internationalen Governance für schwache oder gescheiterte Regierungen. Die hierzu beanspruchte Deutungshoheit für Demokratie und Entwicklung und die behauptete Zeugenschaft einer transnationalen Zivilgesellschaft wird neben Eritrea auch von der Afrikanischen Union kritisch gesehen.

Einen anderen Weg versprechen angesichts des blockierten Dialogs der Eliten Lebenslagenanalysen aus der sozialen Praxis. Im Fall Eritreas belegen die Quellen unerwartete Gemeinsamkeiten und ein differenzierteres Bild vom internationalen Konflikt

und der sogenannten Diaspora, die im Spiegel außenpolitischer Interessen und Strategien verkannt werden.

Hervorzuheben sind v. a. vier Ansatzpunkte: Die Kritik neoliberaler Governancemethoden, die Kooperation zur internationalen Normsetzung zu Arbeits-, Migrations- und Armutspolitik in der ILO, eine Humanisierung des Humankapitalkonzepts der internationalen Bildungssteuerung in der OECD und eine Erweiterung der Konzepte von politischer Partizipation und Bildung jenseits der Eliterekrutierung.

Abschließend wird diskutiert, ob und wie entwicklungspolitische Bildung und eine Kooperation auf Augenhöhe in der kommunalen sozialen Praxis ansetzen können.



Der Katalog zur Sammlung Eritrea im Nippes Museum umfasst neben der vollständigen Sammlung einen umfangreichen Auswertungs- und Materialenteil mit Beiträgen aus der Praxis der politischen Bildung: **Eritrea - 30 Jahre unabhängig?** Köln 2022, ISBN 978-3-9808826-6-8 **Katalog und Führungen:** Nippes Museum, Kempener Str. 95 50733 Köln, nippes.jugend-nrw.de

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek, liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers, eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister, nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693, thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556, katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg, mrjmborg@gmail.com

Sonja Gaedicke, sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim, sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch, ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

Julian Gurster, julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster, julianguerster@gmx.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder, treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale, Telefon: 0177-2403581, kontakt@gew-koeln.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloekener@online.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki, T: 0221-684871, E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net



EIN LEBEN LANG INFLUENCER? KANNSTE HABEN!

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen



SCHLAU MACHEN
www.LEHRER-WERDEN.NRW

Witzig, peinlich oder ein Zeichen völliger Realitätsferne? – Die Werbekampagne des NRW-Schulministeriums von 2018.

In NRW fehlen 8.000 Lehrer*innen – in Köln über 1.400

Rund 900 Ablehnungen an Gesamtschulen in Köln, zu wenig Schulen gebaut und jetzt kommt auch gleich vom Land NRW die nächste Hiobsbotschaft. In NRW fehlen 8.000 Lehrer*innen und bei der Bezirksregierung Köln 1.458 Lehrkräfte. // **Andi Goral, report-k**

NRW-Bildungsministerin Dorothee Feller verweist auf die bundesweit angespannte Situation bei der Versorgung mit Lehrkräften. Sie bildete eine Arbeitsgruppe, um „wirksame Maßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung zu entwickeln“. Diese so die Ministerin solle mutig denken. Am 14. Dezember wollte die NRW-Schulministerin dem Landtag im Ausschuss Schule und Bildung das Handlungskonzept vorstellen. Eine bessere Ausstattung der Schulen mit Personal sei aber nicht von heute auf morgen zu erreichen. Sie spricht von einem langen Atem, den es brauche. Es stünden zur Zeit nicht genügend grundständig ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung.

Die Landesregierung veröffentlicht zweimal im Jahr die aktuellen Zahlen zur Versorgung mit Lehrkräften. Sie merkt an, dass 1.300 Stellen mehr besetzt werden konnten im Vergleich zum Schuljahr 2022/23 zu 2021/22. Die Zahl der Stellen wachse auf 157.000 an. Dennoch fehlen die 8.000 Lehrkräfte.

Die Landesregierung habe in diesem Jahr 7.940 Lehrkräfte mehr eingestellt. Das Schulministerium erklärt, dass die fehlenden Lehrkräfte dem bundesweit angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt geschuldet seien. Zudem habe die Landesregierung 5.000 Stellen haushalterisch für die Umstellung von G8 auf G9 sowie Ganztage und Inklusion geschaffen. Mit einem Nachtragshaushalt seien 1.000 weitere Stellen geschaffen worden.

SPD im Landtag kritisch

Zu den heute vom Schulministerium bekannt gegebenen Zahlen zum Lehrkräftemangel erklärt Dilek Engin, schulpolitische

So viele Lehrkräfte fehlen in den einzelnen Schulformen im Regierungsbezirk Köln (nur die, in denen über 100 Stellen nicht besetzt sind)

Grundschule	426
Hauptschule	118
Realschule	107
Gesamtschule	274
Gymnasium	419
Berufskolleg	114

Hinweis: Die Zahlen sind gerundet.

Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass die Zahl der fehlenden Lehrkräfte in NRW viel höher ist als bisher von der Landesregierung kommuniziert. Jetzt haben wir es aber schwarz auf weiß. Die Bildungskatastrophe ist noch viel größer als angenommen. 8.000 Lehrkräfte, die fehlen, sind 8.000 Lehrkräfte, die keinen Unterricht geben können. Da bringen die immer neuen Stellen im Haushalt überhaupt nichts. Unbesetzte Stellen geben keinen Unterricht. Dass die Landesregierung zudem keinerlei Überblick darüber hat, an welchen Schulen genau das Personal fehlt, macht es nur noch schlimmer. Auf unsere letzte Kleine Anfrage dazu hatte das Schulministerium jedenfalls keine Antwort. Wie will Schulministerin Feller passgenau auf die Bildungskatastrophe reagieren, wenn sie nicht einmal weiß, wo die Löcher am größten sind?“

Bei Schwarz-Grün ist völlig offen, wie ein Gesamtkonzept für mehr Lehrkräfte aussehen soll. Wir müssen den Seiteneinstieg über alle Schulformen hinweg erleichtern und attraktiver machen. Dem Lehrkräftemangel können wir perspektivisch zudem nur entgegenzutreten, wenn ein Monitoring

der Lehramtsstudienplätze initiiert wird und die Studienplätze schulförmerspezifisch ausgeweitet werden. Wir wollen die Studienplätze für Lehramt, Sonderpädagogik und Sozialpädagogik massiv ausbauen und die Zugangsvoraussetzungen sinnvoll anpassen, um mehr Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal ausbilden zu können. So gewinnen wir wirklich Personal – nicht nur Stellen auf dem Papier.“

Und in Köln? Jochen Ott legt Finger in die Wunde

Wo fehlen die Lehrer*innen in Köln eigentlich? Eine Frage die Jochen Ott (SPD), MdL, aufwirft. Die Landesregierung, so dessen Kritik sei hier nicht transparent. Sie fehlten in Chorweiler, in Brück und in Vingst. Also in den Stadtteilen, in denen die Corona-Pandemie die größten Lücken in die schulische Bildung gerissen habe und die Rückstände am größten seien. Ott: „Da besteht keine Chancengleichheit mehr“. Besonders ärgert Ott zudem, dass von den 8.000 fehlenden Lehrkräften alleine 3.500 an Grundschulen fehlten.

Erstveröffentlichung dieses Artikels am 1.12.2022 auf: <https://www.report-k.de/in-nrw-fehlen-8-000-lehrerinnen-in-koeln-ueber-1-400-ott-legt-finger-in-die-wunde/>

Das System ist heruntergefahren, Neustart erforderlich!

Ein Kommentar zu den Vorschlägen der „Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz“ von // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**



Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel

Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz

Was macht man als Arbeitgeber*in, wenn man dringenden Bedarf an Fachkräften hat? – Man steigert die Attraktivität des Unternehmens für potentielle Bewerber*innen und macht Angebote, die kaum auszuschlagen sind.

Und was macht die Kultusministerkonferenz als öffentliche Arbeitgeberin für die Fachkräfte an deutschen Schulen? – Sie beauftragt eine Expertenkommission, Vorschläge gegen den akuten Lehrkräftemangel zu erarbeiten, und lässt zu, dass sogar der größte Humbug davon ungefiltert an die Öffentlichkeit gelangt.

Tausend Dank im Namen der Schülerschaft, der Lehrkräfte und aller Eltern! Damit hat man den Schulen einen Bärendienst erwiesen. Denn wer seinen Teilzeitbeschäftigten vor aller Augen und Ohren den Umstieg auf Vollzeit nahelegt oder den baldigen Ruhestandler*innen vorschlägt, den Ruhestand zu verschieben, der sagt aller Welt, dass es ihm auf keinen Fall um die Gesundheit seiner Mitarbeiter*innen gehen kann.

Damit wird allen, die damit geliebäugelt haben Lehrkraft zu werden, klar mitgeteilt: Wir werden dich ausbeuten, deine wie auch immer begründeten Befindlichkeiten sind für uns nachrangig.

Dass man mit so einem Vorschlag dazu beiträgt den Lehrkräftemangel noch zu vergrößern, hat man offenbar überhaupt nicht erfasst.

Wer fordert, dass Lehrkräfte, die nur teilzeit arbeiten, zur Vollzeitarbeit „bewegt“ werden sollten, der hat a) nicht verstanden, dass das Bildungssystem schon vor dem Abgrund steht und b) keine Ahnung davon, was es bedeutet, heutzutage eine volle Stelle als Lehrer*in zu haben.

Realitätsferne der Expert*innen

Angeichts der SWK-Vorschläge fragt man sich, wie weit einige Lehrstuhlinhaber*innen vom Alltag in der Schule entfernt sind. 15 Professor*innen folgender Provenienzen gehören diesem Beratungsgremium der KMK an:

Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik; Schulpädagogik und Schulent-

wicklungsforschung; Bildungssystem- und Schulentwicklungsforschung; frühkindliche Bildung und Erziehung; deutsche Sprache und ihre Didaktik; Wissenskonstruktion und -medien; Mikrosoziologie; Schulpädagogik; Schulische Inklusion und sonderpädagogische Professionalität; Mathematikdidaktik und fachbezogene Professionalisierungsforschung; Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung; Berufspädagogik und Berufsbildungsforschung; Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Bildungsberichterstattung; internationale Vergleichsstudien.

Pflegen diese Lehrenden und Forschenden keinen Austausch zu den Praktiker*innen in den Klassenräumen? Ihre Vorschläge deuten deutlich darauf hin, und das sollte schleunigst geändert werden. Wieso werden nicht die Lehrkräfte, die in Teilzeit arbeiten, einfach gefragt, was passieren muss, damit sie sich eine Vollzeitbeschäftigung vorstellen können? – Weil die Belange der arbeitenden Menschen nachrangig und die Bedürfnisse der Wirtschaft vorrangig sind! Abgesehen davon, weiß man, wenn man ein bisschen Ahnung vom Arbeitsalltag im Betrieb Schule hat, dass Teilzeit in erster Linie zu Lohninbußen und erst in zweiter Instanz zu einer Verringerung es Arbeitspensums führt. Teilzeit heißt in unserer Branche nicht, dass man nur noch einen Teil einer Klasse unterrichtet, nur teilweise Elterngespräche führt oder nur zum Teil bei einer Klassenfahrt dabei ist.

Was fehlt ...

Mit keiner Silbe erwähnen die Autor*innen der „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“, dass es augenscheinlich ein Widerspruch ist, Personal-mangel zu beklagen und gleichzeitig ein Heer an befristet Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen arbeiten zu lassen. Es scheint auch kein Grund zur Veränderung zu bestehen, wenn zahllose Lehrkräfte als solche eingestellt, bei der Vergütung aber wie Hilfsarbeiter*innen behandelt werden (Stichwort: Werkstattlehrkräfte, „(beste) Nicht-Erfüller“ etc.).

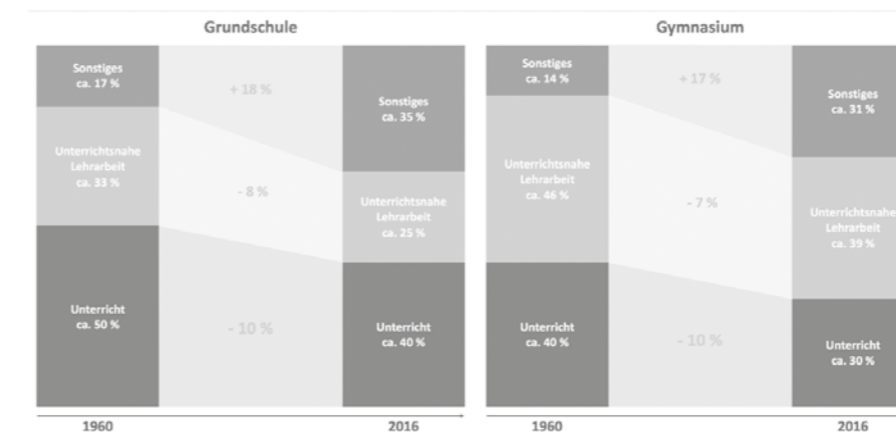
Kein Wort findet sich in den SWK-Vorschlägen zur sofortigen Übernahme aller Vertretungslehrkräfte, die bislang nur befristet beschäftigt sind. Ebenfalls kein Wort fällt hinsichtlich einer Verbesserung der Lage von Lehrkräften, die im Angestelltenverhältnis beschäftigt und gegenüber ihren verbeamteten Kolleg*innen nicht nur bei der Vergütung viel schlechter behandelt werden (Stichwort: Krankengeld; „A13 für alle“ etc.). Aber wahrscheinlich wissen die Mitglieder des KMK-Expertenkreises noch nicht einmal, dass die einen am Monatsende bis zu 700,-€ weniger auf dem Konto haben als die anderen, obwohl gleichwertige Arbeit geleistet wird.

Was wir brauchen:

Die GEW hat 15 Vorschläge erarbeitet, die unter www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel abrufbar sind. Diese Ansätze sollen als Grundlage für Lösungsvorschläge in den einzelnen Landesverbänden bzw. Bundesländern dienen. Deshalb folgen an dieser Stelle detailliertere Ideen, um den Fachkräftemangel an Schulen zu beheben:

- Absenkung der Klassengrößen auf höchstens 20 Schüler*innen
- Ständige Begleitung von Inklusionsschüler*innen durch Förder-schul-Kolleg*innen
- Qualifizierung der Schulbegleiter*innen von Inklusionsschüler*innen
- Vergütung von Mehrarbeit ab der ersten und nicht erst ab der vierten Vertretungsstunde
- Sofortige Übernahme aller qualifizierten Vertretungslehrkräfte in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse
- Übernahmegarantie für alle Lehramtsanwärter*innen
- Abschaffung willkürlicher Amtsarzt-Untersuchungen für Lehramtsanwärter*innen
- Schließen der Netto-Lohnlücke zwischen Angestellten und Beamten*innen - A13-Äquivalent für alle
- Schaffung von Vollzeitstellen für IT-Fachkräfte an Schulen
- Schaffung von Studienplätzen für das Lehramt in ausreichender Anzahl
- Frühzeitige Beratung von Lehramtsstudierenden, die sich für eine Kombination von Korrekturfächern entscheiden wollen
- Senkung der Arbeitsbelastung von Korrekturfachlehrer*innen durch Nachqualifizierung von Lehrkräften, die keine Korrekturfächer unterrichten
- Begrenzung der Korrekturen pro Halbjahr auf höchstens drei Klassen/Kurse
- Langfristige Festlegung und Buchung von Klassenfahrtzielen anstatt jährlich immer wieder aufs Neue alles neu zu organisieren

Die Diskussion ist eröffnet!



„Das professionelle Anforderungsprofil von Lehrkräften hat sich [...] schleichend wie nachhaltig verändert [...] pädagogische Kerntätigkeiten (nehmen) quantitativ immer weniger Raum ein.“ (Mußmann/Hardwig: Forschungsstand zu Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen von Lehrkräften in Deutschland, 2022)

Eigentlich sind es nur 24 Seiten. Doch die haben es in sich ...

So schlimm ist der Lehrkräftemangel in Deutschland

Dunkelrot: Sehr großer Fachkräftemangel in allen Schulformen
 Rot: Fachkräftemangel in allen Schulformen
 Hellrot: Fachkräftemangel in einzelnen Schulformen/ oder -fächern
 Grün: Die Lehrkräfteversorgung ist überall sichergestellt



Es ist kein Land in Sicht ...

Das 15-Punkte-Programm der GEW gegen den Lehrkräftemangel kann als 4seitiges Faltblatt bestellt werden unter: <https://gew-shop.de/faltblatt-mehr-lehrkraefte-15-punkte-gegen-lehrkraefte-mangel.html>



GEW NRW kritisiert: „Mehrbelastung durch die Hintertür“

An dieser Stelle veröffentlichen wir die Pressemitteilung unseres Landesverbands anlässlich der Bekanntgabe der SWK-Empfehlungen zur Behebung des akuten Lehrkräftemangels am 27. Januar dieses Jahres. // **Die „forum“-Redaktion**

Am heutigen Freitag hat die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel ausgesprochen. Die GEW NRW befürchtet weitere Belastungen für die Beschäftigten und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Umsetzung der Vorschläge bekämpft Lehrkräftemangel nicht

„Die vorgelegten Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel bedeuten im Grunde weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Es ist enttäuschend und fantasielos, wenn die Lösung des Lehrkräftemangels in Mehrarbeit besteht. In einem System, das bereits auf Kante genäht ist, muss man die Frage stellen, wie lange die hohe Belastung der Lehrkräfte noch ausgeblendet werden soll. Belastungen werden unter dem Gewand der Lehrkräftegewinnung versteckt. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wird dauerhaft nicht zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels beitragen, sondern wird wie ein Bumerang zurückkommen und zu noch weniger Lehrkräften führen“, so die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW NRW Ayla Çelik. Die Empfehlungen der SWK sehen beispielweise den Abbau von Altersermäßigungen, die Begrenzung von Teilzeitmöglichkeiten, die Erhöhung der Klassenfrequenzen und die Möglichkeit von Hybridunterricht in der gymnasialen Oberstufe vor.

Maßnahmen verschlechtern Attraktivität des Lehrerberufs

„Leider verfehlen die Empfehlungen eine langfristige und nachhaltige Lösung des Lehrkräftemangels. Stattdessen werden hier Maßnahmen in den Fokus gerückt, die die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität des Lehrberufs dauerhaft verschlechtern. So wird es noch schwieriger, die Lehrkräfte im System zu halten und junge Menschen für den Beruf zu begeistern. Gute Arbeitsbedingungen sind der Schlüssel, um langfristig Menschen an die Schule zu binden“, so die Gewerkschafterin. Weiter heißt es: „Wieso werden nicht die Bedingungen im Studium und Referendariat in den Blick genommen? In dieser Zeit brechen viele junge und engagierte Menschen ab, die dauerhaft dem System Schule wegfallen. Wir brauchen bessere Betreuungsrelationen an den Hochschulen sowie Supervisions- und Mentoringangebote während des Berufseinstiegs. Hier kann mit unkomplizierten Maßnahmen dauerhaft an der Problematik gearbeitet werden.“

i.V. Dr. Kenneth Rösen
 Mail: kenneth.roesen@gew-nrw.de
 Mobil: +49 171 3317743

Eine Schule als Ort für AfD-Veranstaltungen? – Gegenmobilisierung vergrault die Rechtsaußen-Partei!

Eigentlich wollte die AfD am 26. Februar ihren Kreisparteitag in den Räumlichkeiten der Gesamtschule Lindenthal abhalten. Das prompt (und ganz zufällig zeitgleich) organisierte Schulfest führte letztlich zur Absage der rechten Zusammenkunft. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

„Meint ihr, ihr könnt als GEW irgendetwas tun, damit die AfD nicht unwiderrisprochen ihren Kreisparteitag am 26. Februar in der Gesamtschule Lindenthal abhalten kann?“, lautete die Anfrage von „Köln gegen Rechts“ keine zehn Tage vor dem besagten Termin. Und dann war da ja auch noch Karneval, was im Endeffekt dazu führte, dass unter dem Strich nur drei Schultage Zeit war, um Kollegium, Eltern- und Schülerschaft über die bis dato unbekannteten Raumnutzungspläne der eigenen Schule zu informieren.

Schule nicht zuständig ...

Auf den AfD-Termin angesprochen, reagierte die Schulleitung zunächst mit dem Hinweis darauf, dass für die Vergabe von Räumen in Kölner Schulen nicht diese selbst, sondern das Bezirksamt zuständig sei. Doch damit wollten wir uns nicht zufrieden geben und öffneten kurzerhand die Mitgliederdatei der GEW, in der wir die Kontaktdaten von Kolleg*innen fanden, die an der GE Lindenthal arbeiten.

Das nächste, was wir mitbekamen, war, dass urplötzlich und wie von Geisterhand ein Schulfest just auf den Tag terminiert wurde, an dem die AfD ...

Wie es nun dazu gekommen ist, dass die AfD von sich aus zu dem Entschluss kam, die GE Lindenthal lieber doch zu meiden, können wir nicht en detail rekonstruieren. Fest steht, dass es aufgrund der Informationen, die immer breitere Kreise zogen, plötzlich an etlichen Stellen zu Aktivitäten deswegen gekommen ist: von Beschwerdeanrufen bis Ideen-Austausch, was man aktiv gegen die AfD-Veranstaltung in der eigenen Schule tun kann.

„Köln gegen Rechts“ hat sich beim Schulleiter beschwert und bei Mitgliedern des Stadtrats vorgesprochen. Die „Omas gegen Rechts“ sollen auch ihre Enkel*innen mit einbezogen haben, von denen einige auch zur Schülerschaft der Lindenthaler Gesamtschule zählen.

Beitrag der Kölner GEW

Die Infomail der Kölner GEW an die Gesamtschul-Kolleg*innen wird auch nicht ohne Wirkung geblieben sein. In unserer Mail an sie schrieben wir unter anderem: „Wenn ihr Unterstützung braucht, um eure Schulgemeinde, die Schüler*innen und die Elternschaft über die Pläne für das kommende Wochenende zu informieren (Flyer drucken, Öffentlichkeit herstellen etc.), dann meldet euch sehr gerne bei uns.“

Aus dem allgemeinen Aufruhr, der sich entwickelte, ging dann sehr schnell die Idee des „Schulfests“ hervor. Die AfD hat dann jedenfalls wohl selbst komplett abgesagt, so informiert die zuständige Versammlungsbehörde. Berichtet wurde auch im Stadtanzeiger, im Express und in der Lokalzeit.

Wir meinen: Das ist ein gelungenes Beispiel, wie wir gemeinsam aktiv werden können, um gegen menschenverachtende Politik ein Zeichen zu setzen.

Das est und der Protest fanden übrigens trotz der Absage der AfD statt – Chapeau! Danke übrigens auch an die Schulpflegschaft für die liebe Einladung an die GEW!

Teilen erwünscht:)

Die **AFD KÖLN** hält am **26.02.** ihren **Kreisparteitag** in der **Gesamtschule Köln Lindenthal** ab.

Der **Gesamtschule Köln Lindenthal** sind bei der **Vermietung der Räumlichkeiten** die **Hände gebunden**. Diese **läuft über das lokale Bürgeramt**.

Eltern- und Lehrerschaft wollen nun ein **Zeichen setzen** weshalb sie **spontan ein Schulfest organisieren** und **laut sein wollen**.

Dafür braucht es allerdings dringend noch Muskschaffende!

ALLE INFOS EN DETAIL

Falls ihr Interesse habt: PM an mich, ich stell den Kontakt her.

Erst informieren, dann sinnieren und am Ende ein Fest für Vielfalt organisieren – das perfekte Rezept gegen rechte Gruppen, die ungestört ihr Süppchen kochen wollen ...

Mitglieder der GEW Köln wählen neuen Geschäftsführenden Vorstand

Am 15. Dezember letzten Jahres fand die Mitglieder-öffentliche Stimmauszählung der Wahl zum Geschäftsführenden Vorstand des GEW-Stadtverbands Köln statt. // **Die „forum“-Reaktion**

Unser Geschäftsführender Vorstand (GfV) leitet die laufenden politischen und organisatorischen Geschäfte des Stadtverbands. Er legt einen Geschäftsverteilungsplan vor, führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und berichtet bei den Sitzungen des Erweiterten Vorstands über seine laufende Arbeit. Dem Erweiterten Vorstand gehören neben den GfV-Mitgliedern die Delegierten aus den Fachgruppen (FG) sowie Ausschüssen (AS) und Arbeitskreisen (AK) an.

Unser GfV besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern bzw. Tandems, die für eine Amtszeit von zwei Jahren von den Mitgliedern des Stadtverbands Köln gewählt werden. Alle Details zu den Organisationsstrukturen des Stadtverbands Köln der GEW sind der Satzung sowie der Geschäfts- und Wahlordnung zu entnehmen.

Im Rahmen der Klausurtagung Mitte Januar beschloss der neue GfV folgendes Agreement:

Wir möchten eine aktive Gewerkschaft sein, die an der Seite der KuK steht, die den lebendigen Austausch mit ihnen sucht und Austausch zwischen ihnen befördert.

Wir möchten uns in (bildungs-)politische Diskussionen einbringen und unsere eigenen Ideen dazu beisteuern.

Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und eine weltoffene, gerechte und nachhaltige Gesellschaft.



Ines Bartenstein, FG Gesamtschule, Personalrätin im GfV zuständig für: Mitgliedermagazin „forum“



Andreas Büter, FG Berufskolleg im GfV zuständig für: stellv. Vorsitzender / Vertreter im GEW-Landesrat



Berkan Kar, FG Kita/Sozialpädagogische Berufe, Betriebsrat im GfV zuständig für: rechtl. Außenvertretung / Personal

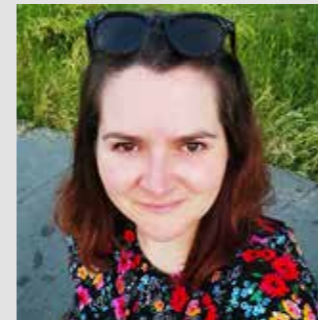


Katrin Reininghaus, FG Realschule, Personalrätin im GfV zuständig für: Finanzen



Katrin Leineweber, FG Sonderpädagogische Berufe im GfV zuständig für: Vertreterin im DGB / Vertreterin in der DGB- und GEW-Landesfrauenkonferenz

Der neue GfV



Eva Caspers, FG Gesamtschule, Personalrätin im GfV zuständig für: Mitgliedermagazin „forum“



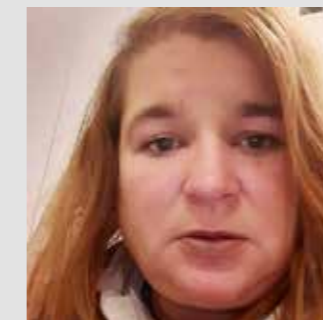
Ulla Hippe, FG Gesamtschule, Personalrätin im GfV zuständig für: Vorsitzende / Vertreterin im GEW-Landesrat / rechtl. Außenvertretung / Personal



Barbara Hünning, FG Gesamtschule



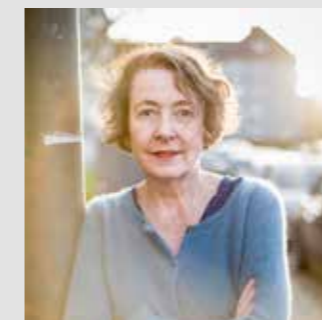
Stefan Schüller-Breu, AS Angestellte Lehrkräfte im GfV zuständig für: Mitgliedermagazin „forum“



Chrsitina Krautwurst, AS Angestellte Lehrkräfte im GfV zuständig für: Vertreterin im GEW-Bezirksvorstande / Mitgliedermagazin „forum“



Silke Knabel, FG Grundschule, Personalrätin im GfV zuständig für: Vertreterin in der GEW-Landesfrauenkonferenz



Elisabeth Sussiek-Sorajic, FG Sonderpädagogische Berufe, Personalrätin im GfV zuständig für: Rechtsberatung



Christine Schikore, FG Gymnasium im GfV zuständig für: Finanzen



Guido Schönian, FG Gesamtschule im GfV zuständig für: Mitgliedermagazin „forum“ (VisdP)

MV als höchstes Organ der GEW Köln
Das höchste Gremium unseres Stadtverbands ist natürlich die Mitgliederversammlung, die das nächste Mal am 17. Mai 2023 stattfindet. Den Vorschlag für die Tagesordnung und alles Weitere findet ihr auf der letzten Umschlagseite dieser „forum“-Ausgabe. Ihr alle seid herzlich willkommen!

Solidarität mit den Berliner Lehrer*innen! „Tarifvertrag Gesundheitschutz“ jetzt!

Der Geschäftsführende Vorstand (GfV) der Kölner GEW hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2023 folgende Solidaritätserklärung mit den Berliner Kolleg*innen beschlossen, die für kleinere Klassen und einen Tarifvertrag-Gesundheitschutz streiken. // **Die „forum“-Redaktion**

Mit großem Interesse verfolgen wir den Tarifkampf unserer Berliner Kolleg*innen für einen besseren Gesundheitschutz. Für ihre Hauptforderungen nach „kleineren Klassen“ gingen sie schon zu Tausenden bei mehreren Warnstreiks auf die Straße, um mit dem Berliner Senat in Verhandlungen um einen „Tarifvertrag Gesundheitschutz“ zu treten.

Die Reaktion des Senats ist seit Beginn eine Blockadehaltung, die wir verurteilen. Der Vorreiterrolle des Tarifkampfes der Berliner Lehrer*innen gebührt unsere vollste Solidarität.

Wir sprechen aber nicht nur unseren Kolleg*innen unsere Solidarität aus, sondern erwarten von allen Politiker*innen aus SPD, Grünen und LINKE, CDU und FDP auf ihre Parteikolleg*innen in Berlineinzuwirken und sie dazu aufzufordern, ihre Blockadehaltung gegenüber Tarifverhandlungen aufzugeben.

Zeigt uns hier und jetzt in der Praxis, dass eure Versprechungen an uns Lehrer*innen, Erzieher*innen, Schüler*innen und Eltern, bessere Lehr- und Lernbedingungen zu schaffen, ernst gemeint sind!



Die selbstgemachten Schilder der GEW Berlin-Pankow (Foto: Chr. Wälz)



Streik für die Gesundheit! (Foto: GEW Berlin)

Zum aktuellen Stand berichtet die GEW Berlin auf ihrer Homepage

Rund 3.000 Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen haben auch am zweiten Tag hintereinander die Arbeit niedergelegt.

Die Kolleg*innen haben den heutigen Streiktag genutzt, um sich über ihre Arbeitsbedingungen auszutauschen. Der Frust unter den Berliner Lehrkräften ist riesengroß. Die jüngsten Empfehlungen der Expert*innen-Kommission der KMK haben das Fass zum Überlaufen gebracht: Diese raten zu noch größeren Klassen und noch mehr Arbeitsverdichtung, um auf den Lehrkräftemangel zu reagieren. Wir halten dagegen: Mehr Personal gibt es nur mit besseren Arbeitsbedingungen. Uns bestärkt das darin, dass die Abwärtsspirale in den Schulen nur mit einem Tarifvertrag gestoppt werden kann.

Alle Parteien sind mit dem Ziel kleinerer Klassen in den Wahlkampf gezogen. Egal welche Farbe der nächste Koalitionsvertrag hat – das Thema kleinere Klassen muss darin prominent angegangen werden. Wir gehen davon aus, dass Finanzsenator Wesener nach diesen beiden Warnstreiktagen darüber nachdenken

wird, ob er unseren Wunsch nach Verhandlungen weiterhin ignorieren kann.

Die Streikaktionen heute fanden über die ganze Stadt verteilt statt. In Friedrichshain-Kreuzberg beispielsweise diskutierten über 300 Streikende im Circus Schatzinsel. In Neukölln trafen sich rund 200 Kolleg*innen zur Streikversammlung im Café Rix. In Pankow fand am Antonplatz eine öffentliche Kundgebung statt. Insgesamt zählt die GEW rund 3.000 Teilnehmende an den Streikaktionen.

Der Warnstreik heute ist der insgesamt neunte Streiktag für einen Tarifvertrag Gesundheitschutz. Aufgerufen waren die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen an den staatlichen Schulen des Landes Berlin, die unter den Geltungsbereich des TV-L fallen.

Im Juni 2021 hat die GEW BERLIN erstmals zu Verhandlungen über einen TV Gesundheitschutz aufgefordert. Eine Befragung der GEW Berlin unter angestellten Lehrkräften hat gezeigt, dass die Klassengröße die wirksamste Stellschraube bei der Senkung der Arbeitsbelastung ist.

GEW NRW stärken im Bezirk Köln

Die GEW NRW ist groß und stark. Im Großen und Ganzen und in Gliederungen wie dem StV Köln stimmt das auch. Wir wachsen sogar! Aber in der Fläche sind Probleme nicht übersehbar. // **Katrin Reininghaus und Alexander Fladerer, GEW-Bezirksvorstand Köln**

Dort wo es keine Unterstützung durch Hauptamtliche gibt, verlieren wir oft Mitglieder, sind weniger Mitglieder bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist die inhaltliche Arbeit und die Arbeit der Fachgruppen stark limitiert, zeigen unsere Vertrauensleutenetwerke große Lücken, ist unsere Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit stark eingeschränkt usw.

Dazu kommt, dass die vom Landesverband zur Verfügung gestellten Mittel („DS1-Mittel“ auf Grundlage eines Gewerkschaftstagsbeschlusses von 1991 (!)) zur finanziellen Unterstützung von Gliederungen mit lokalen Geschäftsstellen begrenzt und extrem ungleich über das Land verteilt sind. Besonderer Profiteur dieses wildgewachsenen „Systems“: Unser Bezirk Köln, der pro Mitglied mehr als das Doppelte an DS1-Mitteln bekommt als die westfälischen Bezirke.

Auf dem Gewerkschaftstag 2017 wurde daher der 1. Beschluss zu „GEW NRW stärken“ gefasst. Jedes Mitglied in NRW soll im Grundsatz den gleichen Umfang an Leistungen von der GEW bekommen – egal, ob es in einer Großstadt wie Köln wohnt, in Arnsberg oder in einem Flächengebiet wie im Münsterland.

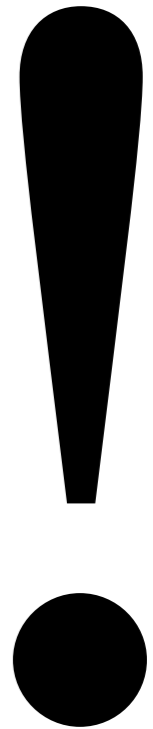
Um dies zu erreichen und um die ehrenamtlich arbeitenden Kolleg*innen insbesondere in den kleinen Gliederungen zu entlasten, müssen nach dem Gewerkschaftstagsbeschluss 2022 alle Bezirke in NRW in einem ersten Schritt regionale Geschäftsstellen planen, sodass durch Kooperationen sämtliche Gliederungen Anschluss an Geschäftsstellen mit hauptamtlich Beschäftigten bekommen. Diese sollen sie in der Arbeit unterstützen, indem sie z.B. die Mitgliederverwaltung und -entwicklung betreuen, Beratungsanfragen bearbeiten oder Post annehmen.

In einem zweiten Schritt soll nach dem Gewerkschaftstagsbeschluss 2022 ab 2026

die Ungleichbehandlung der Bezirke bei der finanziellen Unterstützung der regionalen Geschäftsstellenarbeit nivelliert werden.

Um diesen Prozess voranzubringen und um mögliche Kooperationen zur Bildung der überregionalen Geschäftsstellen auszuloten, hat der Bezirksvorstand Köln gemeinsam mit den Vorsitzenden bzw. den Leitungsteams der einzelnen Gliederungen und den Finanzverantwortlichen am 22.10.22 eine OE-Tagung (OE = Organisationsentwicklung) im Kölner Gewerkschaftshaus durchgeführt. Nach einer Bestandaufnahme, wer mit wem bereits in welchem Umfang zusammenarbeitet und einer Erläuterung der zukünftigen Änderungen der finanziellen Situation durch unseren GEW NRW Kassierer Christian Peters, haben wir drei Gruppen um die möglichen regionalen Geschäftsstellen im Bezirk gebildet, die untereinander mögliche Formen der Zusammenarbeit ausgelotet haben:

- Der StV Köln wird mit dem KV Oberberg, dem KV Rhein-Berg und dem StV Leverkusen in Verhandlungen treten. Köln ist die mitgliederstärkste Gliederung und soll seine bereits existierende Geschäftsstelle unter finanzieller Beteiligung der kooperierenden Gliederungen zur Regionalgeschäftsstelle ausbauen.
- Die zukünftige Regionalgeschäftsstelle „NRW Süd“ mit dem StV Bonn und den KVs Rhein-Sieg und Euskirchen ist in ihrem Organisationsprozess schon weit fortgeschritten. Die Gliederungen dort haben bereits einige gut funktionierende Kooperationen und legen als nächsten Schritt ihre Homepages zusammen.
- Für die zukünftige Regionalgeschäftsstelle „NRW West“ sind sich der StV Aachen, der KV Düren und der KV Heinsberg einig, dass sie zusammenarbeiten möchten. Sie werden im nächsten Schritt eine Stärken-Schwächen-Analyse durchführen und die Diskussion über die zentrale Geschäftsstelle unter Beibehaltung des GEW-Büros in Düren führen.



Der KV Rhein-Erft hat sich noch nicht entschieden, mit welcher Regionalgeschäftsstelle er kooperieren möchte. Optionen sind hier NRW Süd und NRW West. Die Vorsitzenden des KV Rhein-Erft werden alle Vorschläge mit in ihre Gliederung nehmen und sich dann entscheiden. Für den KV wäre die Beibehaltung des eignen GEW-Büros in Frechen dabei sehr wichtig.

Wie geht es weiter?

Bis Ende Februar sollen spätestens alle Kooperationen ausgehandelt, die Übernahme der Aufgaben sowie die Grundsätze der gegenseitigen Finanzbeteiligungen geklärt sein.

Im Sommer muss der Bezirksvorstand das Kooperationsmodell beschließen. Nach der Bestätigung durch den Landesvorstand sollen die Kooperationen und die Regionalgeschäftsstellen ab 01.01.2024 an den Start gehen.

Richtig spannend wird es, wenn wir wissen, wie viele Gelder unser StV Köln ab 2026 zur Verfügung haben wird. Wir halten euch auf dem Laufenden!

Angestellte Lehrkräfte gehen leer aus – wiederum!

Ende letzten Jahres konnten sich die verbeamteten Kolleg*innen über eine unerwartete Nachzahlung freuen. Aber nur, wenn sie Kinder haben. Handelte es sich um einen Ausgleich für die massive Preisexplosion oder war es gar ein Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit? // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Alle Kolleg*innen im Beamtenverhältnis, die seit Beginn 2022 Anspruch auf den Familienzuschlag für das erste bzw. zweite Kind hatten, erhielten mit der Dezemberabrechnung rückwirkend zum 1.1.22 „den neugeschaffenen regionalen Ergänzungszuschlag“. Das geht aus den „Informationen zum regionalen Ergänzungszuschlag und zur Neustrukturierung des Familienzuschlags ab dem Jahr 2022“ hervor, die das LBV Mitte November letzten Jahres an die betroffenen Beamt*innen verschickt hat.

Wer im Angestelltenverhältnis beschäftigt ist oder als Beamt*in keine Kinder hat, erhielt weder dieses Schreiben noch die besagte Nachzahlung, die von nun an übrigens zum dauerhaften Bestandteil der Monatsabrechnung wird.

Grund für die zusätzliche Überweisung von teilweise fünfstelligen Beträgen ist, dass die GEW NRW für die verfassungsrechtlich erforderliche Alimentation der Beamt*innen vor Gericht geklagt hatte. Die Folge davon war das „Gesetz zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ vom 25.3.22. Weshalb die zusätzlichen Gelder nicht schon im Sommer kamen, sondern auf einen Schlag rückwirkend zum Jahresende, entzieht sich unserer Kenntnis.



Bekannt ist hingegen, dass eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für die Neuerungen von Bedeutung ist. Demnach muss die Besoldung mindestens 15 Prozent über der Grundsicherung liegen. Daraus habe sich für NRW ein Anpassungsbedarf gerade für Familien mit Kindern in Kommunen mit besonders hohen Mieten ergeben, so heißt es aus dem Finanzministerium.

Fakt ist auch, dass tausende verbeamtete GEW-Mitglieder seit langer Zeit und Jahr für Jahr beim LBV die „amtsangemessene Alimentation“ schriftlich eingefordert haben. Die entsprechenden Musterschreiben stellte unsere Landes-GEW zur Verfügung.

„Regionaler Ergänzungszuschlag“ und „Neustrukturierung des Familienzuschlags“

Die Nachzahlungen richten sich nun nach der Anzahl der Kinder sowie dem Wohnort. Teilzeitbeschäftigte Kolleg*innen erhalten den Ergänzungszuschlag anteilig. Grundlage für den „regionalen Ergänzungszuschlag“ sind die sieben Mietstufen von I (z.B. Reichshof oder Langerwehe) bis VII (z.B. Köln), die eigentlich zur Feststellung der Leistungen für Wohngeld-Empfänger*innen vorgesehen sind.

Zynisch könnte man sagen, dass für den Arbeitgeber ein Kind in Köln mehr wert ist als eines im Bergischen Land. Objektiv festgestellt werden muss, dass die Kinder von Landesbeschäftigten im Angestelltenverhältnis ebenso wenig zählen wie die – auch bei kinderlosen Beamt*innen – steigenden Wohn- und Lebenshaltungskosten. Wer Angestellte*r ist oder als Beamt*er keine Kinder hat, geht leer aus.

Armutsforscher Prof. em. Christoph Butterwegge, der auch Mitglied der GEW ist, bringt noch einen weiteren Gesichtspunkt mit ein: „Wenn der Staat schon Beamten mit Kindern gemäß dem Alimentationsprinzip an Orten mit hohen Wohnkosten entsprechende Zuschüsse gewährt, sollte er dieses Prinzip auch auf andere Familien anwenden [...]“ (www.Haufe.de)

Der Familienzuschlag, der bis 2006 (vor Einführung des TV-L) auch allen Angestellten ausbezahlt worden ist, richtet sich nun bei den Landesbeamt*innen nicht mehr nur nach den Familienverhältnissen und der Besoldungsgruppe, sondern hängt jetzt ebenfalls auch vom jeweiligen Wohnort und der zugehörigen Mietstufe ab. Unverändert bleibt der Familienzuschlag Stufe 1 sowie ab dem dritten Kind.

Für Beamt*innen gilt: Gesonderte Anträge müssen nicht gestellt werden

Wenden wir unseren Blick kurz auf die aktuelle Umsetzung von „A13 für alle“. Hierzu müssen sich die angestellten Kolleg*innen derzeit mit der Frage beschäftigen, ob sie

zu den „Erfüller*innen“ oder zu den „besetzten Nicht-Erfüller*innen“ (wörtlich!) gehören, ob sie zur Gruppe der Tarifbeschäftigten zählen, die vor oder nach dem 1.8.15 eingestellt worden sind, und inwieweit sie auf dieser Grundlage die Angleichungszulage schriftlich beim LBV beantragen müssen oder nicht.

Dann spielt noch eine Rolle, ob man bisher in die EG11 eingruppiert war oder zu den Entgeltgruppen 9 bzw. 10 gehört. Für letztere wie auch für die tarifbeschäftigten „HSU-Lehrkräfte, Fachlehrkräfte, sozialpädagogische Fachlehrkräfte in der Schuleingangsphase“ und weitere gilt beispielsweise, dass sie gar keine Aussicht auf mehr Geld oder gar EG13 haben.

Den verbeamteten Kolleg*innen teilte das LBV bezüglich der „Neustrukturierung des Familienzuschlags“ demgegenüber mit: „Die Zahlung erfolgt von Amts wegen. Sie brauchen daher für die erhöhten Zahlungen keinen Antrag stellen.“ Auch an dieser Stelle erleben wir also eine erneute Ungleichbehandlung, was zu weiterem Unmut innerhalb der Kollegien führen wird.

Was tun?

Zum 30.9.23 läuft der TV-L aus. Deshalb müssen wir jetzt darüber sprechen, welche Forderungen angemessen sind. Das einzige Bundesland, das einen eigenen Tarifvertrag für seine Landesbeschäftigten hat und nicht den TV-L anwendet, ist Hessen. Dort erhalten die Angestellten nicht nur weiterhin den Familienzuschlag, auch das kostenlose Fahrticket für ganz Hessen ist Bestandteil des dort geltenden TV-H.

Sollten wir beim TV-L die Wiedereinführung des Familienzuschlags fordern, der bis zum 1.11.06 Bestandteil des alten Bundesangestelltentarifs (BAT) gewesen ist? Damit würde zumindest für Angestellte mit Kindern die Netto-Lohnlücke zu den verbeamteten Kolleg*innen verringert.

Da lineare Lohnforderungen die Netto-Lücke natürlich noch größer werden lassen,

stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die Lohnforderung hat und welcher Art sie sein sollte. Was müssen wir angesichts der massiven Preissteigerungen und Reallohnverluste fordern? Laut „heute“-Nachrichten vom 7.2.23 sind die Reallöhne in Deutschland im Schnitt um fast fünf Prozent gesunken. GEW und ver.di streiken gerade für 10,5% und ein Lohnplus von mindestens 500 € für die Kolleg*innen, die beim Bund und den Kommunen beschäftigt sind (TVöD).

Was erwarten wir als Gegenleistung für die aufgrund des drastischen Personalmanagements herrschende Arbeitsverdichtung, den zunehmenden Stress und Druck?

Niemand unter den Kolleg*innen wird sich dafür aussprechen, den Status quo beizubehalten. Kein*e Angestellte*r und kein*e Beamt*in argumentiert für die Ungerechtigkeiten, die zwischen den Statusgruppen (und auch innerhalb derselben) durch die Arbeitgeber-Seite aufrechterhalten und sogar verstärkt werden.

Wir müssen jetzt die Diskussion darüber in Gang bringen, was und wie wir im Herbst (er-) kämpfen können!

Abschließend sei noch bemerkt, dass das Bundesverfassungsgericht bereits 2020 geurteilt hatte, die Berechnung des Familienzuschlags bei den Beamt*innen sei durch den öffentlichen Arbeitgeber anzupassen. Das belegt, dass die jetzigen Zusatzbeträge weder mit der Ausnahmesituation am Arbeitsplatz (etwa aufgrund der Corona-Pandemie) im Zusammenhang stehen, noch als Zeichen der Wertschätzung der geleisteten Arbeit zu betrachten sind. Die Richter*innen haben lediglich festgestellt, dass der öffentliche Arbeitgeber sein eigenes Vergütungssystem nicht korrekt anwendet, und angewiesen dies zu korrigieren.

Wer Angestellte*r ist oder als Beamt*er keine Kinder hat, geht leer aus.

Tarifikampf TVöD und TV-L: Gemeinsam sind wir betroffen, gemein- sam müssen wir uns wehren!

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage erfasst alle Beschäftigten so sehr wie seit Jahrzehnten nicht. Doch den Tarifikampf sollen alle Bereiche getrennt führen. Das ist in der aktuellen Lage und angesichts der Bedürfnisse der Kolleg*innen nicht angemessen! // **Julian Gürster, Leitungsteam AS Angestellte**

Bereits auf dem Gewerkschaftstag im Mai letzten Jahres haben wir als angestellte Kolleginnen und Kollegen aus Köln einen tariflichen Schutz angesichts der Preissteigerungen gefordert. Nun kämpfen die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen für 10,5% oder mindestens 500 Euro mehr Lohn! Das brauchen wir als Beschäftigte bei den Ländern ebenfalls, wie die Befragung des AS Angestellte Lehrkräfte unter Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher Schulformen und der Austausch mit der FG HuF (Hochschule und Forschung) gezeigt hat. Im November hat der Beschluss unserer MV im Stadtverband Köln dies noch einmal bekräftigt. Danach wurde die Forderung nach Nachverhandlungen zeitgleich zu den TVöD-Verhandlungen für 10,5% und mind. 500 Euro dem Landes- und Hauptvorstand vorgelegt. Bislang haben wir noch keine Antwort darauf erhalten.

**Egal, ob TVöD oder TV-L:
Wir akzeptieren nicht, dass alle
Preise steigen, nur unsere Löhne
nicht!**

Der Tarifikampf TVöD hat bereits begonnen, doch die Arbeitgeber*innen blockieren. Nach der ersten Verhandlungsrunde kommentiert Daniel Merbitz, der Tarifbeauf-

tragte der GEW, diese Blockadehaltung so: „Schon im ganzen Jahr 2022 sind die Preise für die elementarsten Dinge, Lebensmittel und Energie, unerbittlich in die Höhe geschneilt. Um nicht in eine Notlage zu geraten, brauchen die Beschäftigten dringend eine kräftigte Gehaltssteigerung. Gerade in Krisenzeiten muss der öffentliche Dienst als Arbeitgeber attraktiv bleiben, damit ihm die Beschäftigten nicht davonlaufen. Ich fordere die Arbeitgeber auf, zur nächsten Verhandlungsrunde ein wertschätzendes Angebot vorzulegen. Sonst bleibt nur eine Antwort: verschärfte Warnstreiks.“

Kein Wunder, dass diese Arbeitgeber*innen ihre „Blockadehaltung“ gegenüber den Arbeitnehmerforderungen, die Daniel Merbitz zu Recht anklagt, mit allem, was ihnen zur Verfügung steht, durchhalten wollen. Die Gründe dafür verheimlichen sie nicht. Die Arbeitgeberseite, vertreten u.a. durch Innenministerin Faeser (SPD), verweist auf die Entlastungspakete der Regierung Scholz und leere Kassen, Karin Welge (VKA und ebenfalls SPD) zudem auf die durch den Ukraine-Krieg und die Wirtschaftssanktionen gegen Russland entstehenden Preissteigerungen, die auch die kommunalen Arbeitgeber*innen herausforderten. Gleichzeitig ist die Bundesregierung aber bereit, 100 Mrd. dafür auszugeben, militärische Führungsmacht in Europa zu werden. Die 500 Euro für die 2,5 Mio. Beschäf-

tigten des Öffentlichen Dienstes würden jedoch nur einen Bruchteil dieser Summe darstellen: 15 Mrd. Euro pro Jahr.

In Kriegszeiten braucht eine Regierung friedliche Gewerkschaften. Daher hat sich seit dem Einmarsch von Putins Truppen in die Ukraine der Druck auf die Gewerkschaften erhöht. Zunächst durch die Konzertierte Aktion von Bundeskanzler Scholz. Nun setzt die VKA mit der Rede von einer „Verantwortungsgemeinschaft der Sozialpartner“ in „besonderen Zeiten“ diese Strategie fort. Verantwortung heißt hier jedoch nicht, den Beschäftigten einen tariflichen Schutz zuzugestehen, sondern Krisen- und Kriegspolitik der Regierung durch Lohnzurückhaltung zu billigen bzw. zu finanzieren. Ob hier die von Daniel Merbitz angekündigten Warnstreiks ausreichen werden, ist fraglich. Die Streikenden bei der Post AG, die 15% fordern, haben auf die Blockade ihrer Arbeitgeber*innen mit der Urabstimmung über den unbefristeten Streik geantwortet.

**Die Arbeitgeber und die KMK machen es sich einfach:
Sie wollen, dass wir auf Lohn verzichten und mehr arbeiten!**

Für die zukünftigen Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte haben die Arbeitgeber ganz genaue Vorstellungen. Die „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ (SWK) der KMK

geht soweit, zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels die Erhöhung der Klassenfrequenz und des Deputats, Fernunterricht, späteren Ruhestand sowie die Erschwerung von Teilzeit und Sabbatzeiten vorzuschlagen. Einzeln sind die Maßnahmen bekannt und werden auch schon angewandt, aber in der Masse bedeuten sie eine neue Qualität. Die SWK gibt ihnen nun den Anschein wissenschaftlicher Evidenz. Die Arbeitgeber*innen blockieren also nicht nur bei den Löhnen, sondern verschlechtern Arbeits- und Lernbedingungen und behaupten auch noch, dass würde die Lage verbessern.

Gleichzeitig greift die Inflation die Real-löhne weiter an. Zwar sind die Preise an den Tankstellen gesunken, aber die Inflationsrate bleibt auf einem unverändert hohen Niveau von 8,7 % im Januar. Um die wirklichen Ausmaße dieser Zahl zu verstehen, muss man sie allerdings zu der Inflationsrate vom Januar 2022 addieren. Daraus folgt eine Inflationsrate von 13,6 % verglichen mit dem Vorkrisen-Januar 2021. Insbesondere Lebensmittel- und Heizkosten bleiben hoch. Hinzu kommt, dass die Gasspeicher für den Winter 22/23 noch mit billigem Erdgas aus Russland gefüllt wurden. Welche Preissteigerung der Winter 23/24 mit sich bringt, wenn die Speicher mit teurem LNG gefüllt werden, sollten wir nicht abwarten. Darüberhinaus trifft die Erhöhung der Leitzinsen all jene, die verschuldet sind und ihre Kredite neu verhan-

deln müssen oder auf Kredite angewiesen sind, um die Unwägbarkeiten des Lebens zu finanzieren. Die Arbeitgeber*innen sind bereit, uns diese Kosten tragen zu lassen.

Einheit der Beschäftigten im Bereich des TV-L und des TVöD

Es liegt auf der Hand, dass die Gewerkschaften in einer solchen Situation, in der die Regierung und die Arbeitgeber*innen gemeinsam den Druck auf die Beschäftigten verschärfen, alle Mittel und Möglichkeiten mobilisieren müssen.

Liegt es nicht auch auf der Hand, dass wir angesichts dieser historischen Situation „Synergien nutzen“ müssen, wie es eine Kollegin bei einer Strategiekonferenz Ende letzten Jahres ausdrückte? Die Einheit des gesamten Öffentlichen Dienstes kann die materiellen Lebensgrundlagen von uns Beschäftigten verteidigen! Warum lädt die GEW also nicht die Hunderttausenden Landesbeschäftigten dazu ein, den Tarifikampf im TVöD zu unterstützen und jetzt schon für gemeinsame Forderungen einzutreten? Am besten ginge das unserer Meinung nach, wenn man die Forderung nach Nachverhandlungen für den Landesbereich mit den Verhandlungen für den TVöD-Bereich verbindet.

TVöD + TV-L

Kampf gegen historischen Reallohn-Verlust – Zum Stand der TVöD-Tarifverhandlungen

Tarifverhandlungen haben ihre eigenen Gesetze, heißt es immer wieder. Ob die öffentlichen Arbeitgeber*innen und die bei Bund und den Kommunen Beschäftigten sich schon geeinigt haben werden, wenn diese „forum“-Ausgabe erscheint, wissen wir natürlich nicht. Klar ist, dass das Ergebnis maßgebend auch für andere Bereiche ist. // **Berkan Kar, Betriebsrat bei den „KölnKitas“ und Mitglied des GfV**

Wir befinden uns mitten im Tarifkampf. Die erste Verhandlungsrunde hat schon stattgefunden. Die „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA), von der die Städte und Gemeinden ihre Arbeitgeberinteressen vertreten lassen, hat in der ersten Verhandlungsrunde kein Angebot unterbereitet, weshalb in verschiedenen Betrieben schon Arbeitsstreiks stattgefunden haben. Die zweite Verhandlungsrunde findet am 22./23. Februar.

Ab dem 24. Februar werden mehrere Warnstreiks stattfinden. Die letzte Verhandlungsrunde soll dann am 27./29. März laufen.

Einzigartiger Reallohnverlust

Laut einer Studie des WSI (Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung) beschert die hohe Inflation in Deutschland den Beschäftigten einen historischen Kaufkraftverlust. Im Jahr 2022 sind die Tariflöhne um 2,7 Prozent gestiegen. Doch das Plus wird von der Teuerung mehr als aufgefressen. Angesichts einer für das Gesamtjahr erwarteten Inflationsrate von 7,8 Prozent ergibt sich ein Rückgang der Reallöhne von 4,7 Prozent. Das geht aus den Daten des Tarifarchivs des Wirtschaft- und Sozialwissenschaftlichen Instituts hervor.

„Einerseits haben 2022 aufgrund langfristiger wirksamer Tarifverträge in vielen Branchen gar keine Tarifverhandlungen stattgefunden. Andererseits werden aktuell vereinbarte, deutlich stärkere Tarifierhöhungen und Inflationsprämien oft erst ab 2023 wirksam“ sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. „Vor diesem Hintergrund kommt es in diesem Jahr zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang einzigartigen Reallohnverlust“. Die enorm gestiegene Inflation stelle die Tarifpolitik vor vollkommen neuen Herausforderungen, auf die sie immer mit einer gewissen Zeitverzögerung reagieren kann.

Rote Linien

Das waren die reinen Zahlen, Daten, Fakten. Womit wir bei Punkt eins wären: Wir werden keinen Tarifabschluss akzeptieren, der über 12 Monate hinausgehen soll. Das muss eigentlich eine rote Linie sein für die Verhandlungen der Gewerkschaften, damit

man nach einem Jahr gegebenenfalls tarifpolitisch nachjustieren kann. Der letzte Tarifabschluss ging über einen Zeitraum von 30 Monaten. Das war strategisch gesehen ein Fehler.

Alles wird teurer. Die Löhne von lohnabhängig Beschäftigten müssen somit auch teurer werden. Eigentlich ist mir egal, ob die Kommunen verschuldet sind (ich kenne keine Kommune, die in Insolvenz gegangen ist). Eins ist klar: Wir Kommunalbeschäftigten können nichts dafür, dass die Kommunen hoch verschuldet sind. Den lohnabhängig Kommunalbeschäftigten geht es finanziell auch nicht gut. Viele Kommunalbeschäftigte können sich in der Kommune, in der sie arbeiten, die Miete und Energiekosten nicht mehr leisten, darüber macht sich die VKA keine Gedanken. Wir sollen uns aber umgekehrt Gedanken darüber machen, dass die Kommunen kein Geld haben. So argumentiert die VKA bei den Tarifverhandlungen.

Wie wäre es, wenn unsere Gewerkschaften als unser „starker Arm“ sich dafür entscheiden würden, in den Kommunen alle Räder für zwei Wochen stillstehen zu lassen.

Es ist Zeit, ein historisch hohes Tarifiergebnis zu erzielen, was anderes werden wir auch nicht akzeptieren. Ein schlechtes Tarifiergebnis werden wir nicht akzeptieren. Die Streikbereitschaft unter den Kolleg*innen ist da. Die Frage ist nicht, ob man streiken geht, sondern wann es endlich losgeht.

Alle Räder stehen still ...

Gute Tarifiergebnisse fallen nicht von den Bäumen, entschieden wird auf der Straße. Die Kommunalbeschäftigten sind bereit auf die

Straße zu gehen und zu streiken.

Wir werden kein schlechtes Tarifiergebnis annehmen, sondern sind gegebenenfalls nach der Urabstimmung bereit in den unbefristeten Streik zu gehen.

Die Frage ist, wie die Gewerkschaften ihre Forderungen nach 10,5 Prozent Lohnplus und mindestens 500 Euro mehr Lohn (200 Euro Plus für die Auszubildenden) durchsetzen.

Ganz einfach wird es nicht. Wir müssen den Druck bei der VKA erhöhen. Das kann nur durch medienwirksame Warnstreiks geschehen. Ver.di hat für den 17. Februar mehrere Warnstreiks an den verschiedenen Flughäfen angekündigt. Das ist medienwirksam. In mehreren Nachrichten wurde darüber berichtet. Das kann nur die Marschroute sein, wenn ein starker Arm es will, bleiben alle Räder stehen, wie Georg Herwegh schon 1863 in seinem Liedtext geschrieben hat.

Welche Räder wären das bei unserem Tarifkampf? Die Antwort: kommunale Kitas, der Nahverkehr, die Abfallwirtschaftsbetriebe, Flughäfen, städtische Kliniken, kommunale Verwaltungen. Wie wäre es, wenn unsere Gewerkschaften als unser „starker Arm“ sich dafür entscheiden würden, in den Kommunen alle Räder für zwei Wochen stillstehen zu lassen? Wenn zwei Wochen lang in den Kommunen keine Dienstleistungen stattfinden würden, keine Busse und Bahnen fahren, keine Kinderbetreuung in den Kitas, keine Müllabfuhr, kein Flugbetrieb an den Flughäfen durchgeführt werden würde? Wie medienwirksam diese zwei Wochen wären! Vielleicht verstehen die kommunalen Arbeitgeber*innen dann genau wie die Gesellschaft, wie wichtig wir sind.

Wir lohnabhängig Beschäftigten sind bereit für die Streiks. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften, die auch gegebenenfalls in den unbefristeten Streik mit uns gehen wollen, damit wir unseren Forderungen gemeinsam durchsetzen können.

Im Rahmen der zweiten Verhandlungsrunde Ende Februar boten Innenministerin Faeser (SPD) und die VKA eine Einmalzahlung von 2.500 € für zwei Jahre und eine lineare Lohnsteigerung von drei Prozent ab Oktober an. Dieses Angebot, das - so die GEW-Bundesvorsitzende Maike Finnen - „den Namen nicht verdient“, wurde natürlich abgelehnt.

// Geschäftsstelle //

Dekanat der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln

Gronewaldstraße 2

50931 Köln

Betreff: Anstellungsverhältnisse in der Lehrer:innenbildung

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Zank, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Stahl,

Köln, den 24.1.2023

im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Stadtverband Köln wende ich mich heute an Sie in Ihrer Funktion als Angehörige des Dekanats der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln mit folgendem Anliegen:

Mit großer Besorgnis nehmen wir die zunehmenden Berichte und Befürchtungen unserer Mitglieder hinsichtlich aktueller Personalentwicklungen an Ihrer Fakultät wahr, die als ein bedeutender Standort der Lehrer:innenbildung eine wichtige Funktion in der Entwicklung der Bildungslandschaft in NRW und darüber hinaus einnimmt.

In letzter Zeit erreichen uns zunehmend besorgte Berichte, dass die (Weiter-)Beschäftigung von Lehrenden an Ihrer Fakultät – insbesondere von Angestellten mit dem Stellenformat „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ – nach dem 30.09. dieses Jahres ungewiss ist, bzw. die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, zahlreiche bis zu diesem Datum befristete Arbeitsverhältnisse nicht zu verlängern.

Neben den betroffenen Kolleg:innen gilt unsere Sorge als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auch den Studierenden beziehungsweise der Ausbildung angehender Lehrer:innen – insbesondere in einer Situation akuten Lehrer:innenmangels. Daher möchten wir Sie um die möglichst rasche Beantwortung der folgenden Fragen bitten:

1. Ist es zutreffend, dass eine beträchtliche Anzahl von Anstellungsverhältnissen in der Lehrer:innenbildung mit dem 30.09.2023 auslaufen? Wieviele Kolleg:innen sind von dieser potentiellen Entwicklung betroffen?
2. Wie schätzen Sie die Auswirkungen auf den Lehrbetrieb ein bzw. welche Maßnahmen der Personalentwicklung planen Sie, um die Ausbildung und Betreuung von Studierenden an Ihrer Fakultät innerhalb und außerhalb der Lehrer:innenbildung zu sichern?
3. Inwiefern werden die Mittel aus dem "Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken" eingesetzt, um unbefristete Stellenprofile und damit gute und nachhaltige Anstellungsverhältnisse zu schaffen?

Über eine zeitnahe Beantwortung unserer Fragen würde ich mich sehr freuen!

Herzliche GEWerschaftliche Grüße



Eva-Maria Zimmermann

(Geschäftsführerin GEW Köln)

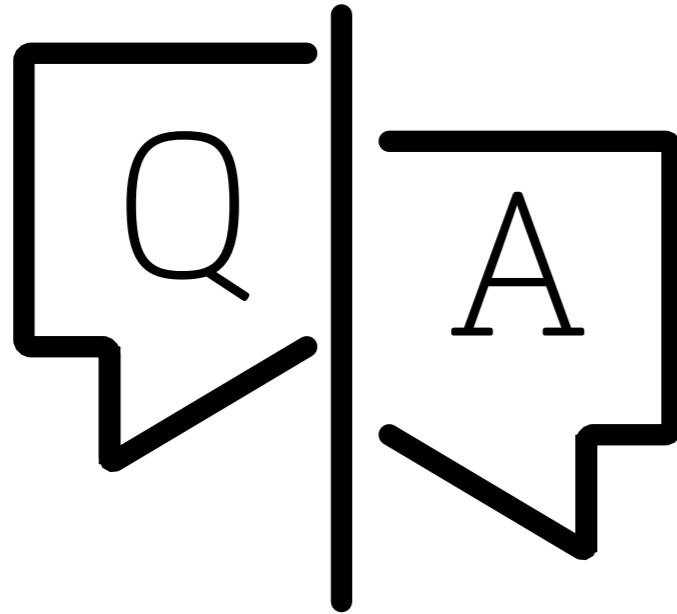
Elternbefragung vor Schulwahl von 4 nach 5

Die Antworten der Eltern sind eine Herausforderung für die Bildungspolitik in der Stadt. // von **Dagmar Naegele, GEW-Mitglied und Mitglied im Schulausschuss der Stadt Köln**

Die Stadt Köln beauftragte 2021 das Wuppertal Institut für Bildungsökonomische Forschung mit einer Umfrage zur Schulformpräferenz der Eltern. Die Untersuchungen wurden in allen Stadtteilen Kölns bei allen Grundschulleitern durchgeführt, durch ein Online-Verfahren, das auch nach Selbstauskunft des Instituts eher Eltern aus bildungsaffinen Schichten, weniger Eltern aus bildungsfernen Familien erreichte. Auch die Repräsentativität lag quantitativ eher im unteren Bereich. Dennoch sind die in der Untersuchung gestellten Fragen und Ergebnisse durchaus aufschlussreich.

Erwartungsgemäß, dies ist in vergleichbaren Untersuchungen auch so, präferieren Eltern auf den ersten Blick eine gute Schule des dreigliedrigen Schulsystems, geleitet vom dringenden Wunsch, dass ihr Kind das Abitur machen soll. Eine Präferenz für das Gymnasium erstaunt deshalb nicht, ist es ja auch die Schulform, die den Eltern bekannt und von vielen die eigene Lebensbiografie ist. Vor allem die Möglichkeit des Abiturs ist hier leitend, 54 % streben dies an, davon 72 % auf einem Gymnasium, 15 % auf einer Gesamtschule. Realschule und Hauptschule spielen nebeneordnete Rollen. Sie scheinen verzichtbar, sind aber weiter ein aktiver Teil des dreigliedrigen Schulsystems.

Deutlich wird, dass soziale Milieus den Schulwunsch immer noch stark prägen. Je niedriger der Sozialindex einer Grundschule ist, d. h. in Stadtteilen mit herausfordernden sozialen Lagen, desto weniger trauen Eltern ihren Kindern den Besuch eines Gymnasiums zu. Hier werden in höherem Maße Gesamtschulen und Realschulen in den Blick genommen. Auf der anderen Seite steht das Wahlverhalten in bürgerlichen Vierteln, wo das Gymnasium die höchste Präferenz hat, aber auch Hauptschulen gewünscht werden. Man mag mit Unverständnis auf den letzteren Sachverhalt blicken und sich fragen, warum eine Gymnasialpräferenz mit einer Akzeptanz der Hauptschule einher geht.



Die Bildungsökonominnen verwiesen in ihrer Präsentation vor dem Schulausschuss Köln auch darauf hin, dass die Befragungsergebnisse eine „Momentaufnahme“ des jetzigen Schulformangebots in Köln sind und sie davon ausgehen, dass bei einem weiteren Angebot die Befragung auch anders sein würde. Hier gibt es die Verpflichtung der Schulentwicklungsplanung, dies zu berücksichtigen und für ein gleichwertiges Angebot von Gesamtschulen und Gymnasien zu sorgen.

Unbeantwortete Fragen

Unbeantwortete Fragen wirft die Untersuchung hinsichtlich der Inklusion auf. Diese wurde gar nicht untersucht.

Unbeantwortet bleibt auch die Relevanz der Schulformempfehlung der Grundschulen, die für Eltern ein Entscheidungskriterium ist. Denn wir wissen aus Untersuchungen von Bildungskarrieren, dass die in Klasse 4 abgegebene Schulformempfehlung einen nur sehr bedingten Aussagewert hat. So hatten 2020 nur 21 % der Abiturient*innen an Gesamtschulen eine Schulformempfehlung Gymnasium, 79 % der Abiturient*innen hatten eine andere Prognose und legten also entgegen dieser Prognose der Grundschule die Abiturprüfung ab (Quelle: Rainer Dahlhaus u. a.: „Abiturienten und Abiturientinnen an Gesamtschulen. Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform“, GGG NRW 2020).

Und es bleibt der eindeutige Widerspruch zu den hohen langjährigen Ablehnungszahlen im Anmeldeverfahren an Gesamtschulen.

Das bedeutet, dass nun der Primat der Politik gefragt ist. Schulentwicklungsplanung muss den Bedürfnissen von Eltern und Kindern nachkommen, und zwar von allen. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, gesellschaftspolitisch die Milieus einer Stadt zusammenzuhalten und auch Bedarfe wahrzunehmen, wie die der Inklusion, die im Wunschkonzept nicht direkt erkennbar sind.

Hier liegt die vielleicht alarmierendste Information der Untersuchung. Insbesondere aus bürgerlichem Umfeld stammende Eltern zeigen ein starkes Separationsbedürfnis, in ihrem sozialen Umfeld zu bleiben, auch ein Ausschlussverhalten anderen Milieus gegenüber. Daraus leitet sich deutlich eine hohe gesellschaftspolitische Verantwortung der Schulentwicklungsplanung ab. Denn es kann nicht gewollt sein, dass Stadtviertel nach einfacher Lesung von Elternwünschen sich weiter separieren.

Wovon aber ist die Auswahl einer Gesamtschule als weitere Möglichkeit einer Schullaufbahn bis hin zum Abitur abhängig?

Zunächst spielt die Angebotslage eine Rolle. Da, wo keine Gesamtschule in der Nähe ist, wählen Eltern sie auch nicht an. Denn die Schulortnähe ist ein weiterer Faktor für die Elternentscheidungen. Basierend auf der Erfahrung aus der Grundschule („kurze Beine, kurze Wege“) wünschen sich Eltern die weiterführende Schule ortsnah. Und das quantitative Angebot von Gesamtschulen ist alles andere als flächendeckend.

Es besteht auch weiterhin ein Informationsdefizit über die Gesamtschule. Eltern kennen aus eigener Erfahrung meist das gegliederte System, die Struktur und Funktionsweise von Gesamtschulen ist vielen nicht bekannt.



// Arbeitskreis Schulentwicklung //

Pressemitteilung des Arbeitskreises Schulentwicklung der GEW Köln vom 6.2.2023:

Erneut 705 Ablehnungen an Kölner Gesamtschulen zum Schuljahr 2023/24

Die Stadt Köln hat eine umfangreiche Elternbefragung zu den Schulform-Wahlen der Kölner Eltern zum Schuljahr 2022/23 in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist veröffentlicht und fachintern diskutiert worden. Für die Frage, wie groß die zukünftige Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in Köln ist, hätte man keine akademische Hilfe gebraucht.

Dazu sagt Klaus Minartz vom Arbeitskreis Schulentwicklung der Gewerkschaft GEW Köln: „Gesamtschulplätze in Köln fehlen seit Jahren und die Ablehnungszahlen in den letzten 18 Jahren belaufen sich auf 13.775. Die GEW fordert schon seit Jahren ein schlüssiges und weitsichtiges Gesamtschulentwicklungskonzept und damit einen bedarfsgerechten (Aus-)Bau von Gesamtschulen.“

Trotz vieler Bemühungen der kommunalen Schulverwaltung gibt es zum Schuljahr 2023/24 wieder 705 Ablehnungen an Kölner städtischen Gesamtschulen. Der Vorrang der Gymnasien wegen G9, fehlende Grundstücke (Kalk), ideologische Scheuklappen von Ratsparteien (Neubrück, Rondorf) verhindern auch nur kleinste Fortschritte. Seit 2018, also seit 5 Jahren, ist keine einzige neue Gesamtschule an den Start gegangen, nur einige Mehrklassen wurden eingerichtet. Es hätte auch anders kommen können. Zumindest 108 Schulplätze an einer Gesamtschule in Neubrück waren zum Greifen nah. Nach einem Antrag der Bezirksvertretung Kalk sollte auf dem großen Schulgelände am Helene Weber Platz in Neubrück eine Gesamtschule entstehen, die wenig nachgefragte Hauptschule sollte auslaufen. Die Schulverwaltung hatte einen gut begründeten Antrag im Rat vorgelegt und wollte am Schulstandort Helene-Weber-Platz eine neue Gesamtschule errichten. Dieser Antrag wurde von CDU, Grüne, FDP und VOLT abgelehnt. Die Grünen als stärkste Kölner Ratspartei verstoßen mit diesem Beschluss gegen ihr eigenes Wahlprogramm, in dem sie versprochen „Ein besonderer Schwerpunkt muss (...) im Ausbau der Gesamtschulplätze liegen.“

... und es bewegt sich doch ...

Über die Fachtagung „NRW auf dem Weg zum Rechtsanspruch. Ein guter Ganztagsaus Sicht von Kindern.“ der Freien Wohlfahrtspflege NRW am 29.11.2022 // **Alexandra Klöckener, AS Offener Ganztags**

Nachdem man lange das Gefühl hatte, in Sachen Ganztags bewegt sich trotz geplantem Rechtsanspruch nichts, zeichnen sich jetzt doch einige Neuigkeiten ab.

Auf einer Fachtagung des Paritätischen in Essen, waren gleich zwei Ministerinnen vertreten.

Dorothee Feller und Josefine Paul haben eine enge Zusammenarbeit auch in Sachen Ganztags signalisiert:

Im Koalitionsvertrag von CDU/Grüne heißt es: „Durch eine schulrechtliche Verankerung und im Rahmen eines Landesausführungsgesetzes stärken wir die Qualität des Ganztags.“

Lange war ja die Frage im Gespräch, wo der Offene Ganztags denn verankert wird, wenn er einmal aus der Erlasslage heraus gesetzlich festgelegt wird. Diese Frage ist jetzt beantwortet: in einem Ausführungsgesetz. D.h. es wird beides geben, ausführlichere Passagen im Schulgesetz und hoffentlich Regelungen zu Personalstandards, Finanzierung, Mitwirkung etc. in einem eigenen Ausführungsgesetz.

Außerdem wurde der angekündigte Expertenrat einberufen.

Die Einladungen zum Expertenrat wurden (gemeinsam von MKJFGFI und MSB) verschickt. Die Expert*innen sollen noch vor Weihnachten 2022 zu einer ersten Sitzung zusammenkommen. Wie viele Personen letztlich daran teilnehmen und wie die Auswahl getroffen wurde, ist nicht transparent.

Es bleibt zu hoffen, dass auch Experten aus der Praxis und Experten der Mitarbeitervertretung beteiligt werden. Die GEW ist auf jeden Fall dort nicht vertreten.

Ganz bemerkenswert fand ich die Schlussfolgerungen einer Studie des Deutschen Instituts der Wirtschaftsförderung zum Thema Ganztags: (DIW-Studie „Wirkung von Ganztagsangeboten auf Bildungserfolg und sozio-emotionale Entwicklung von Grundschüler*innen“).

Die Studie untersucht die Wirkung von Ganztagsangeboten auf Bildungserfolg und sozio-emotionale Entwicklung von Grundschüler*innen.

Ergebnisse:

- „Benachteiligte Schüler*innen nutzen eher Ganztagsangebote und profitieren davon zum Teil auch stärker;
- Verbesserungen zeigen sich hinsichtlich des Sozialverhaltens und der Persönlichkeitsentwicklung – aber nur, wenn die Teilnahme freiwillig erfolgt;
- ausbleibende Wirkung auf Schulleistungen zeigt, dass die Qualität der Hausaufgabenbetreuung unzureichend ist;
- damit die Ganztagsbetreuung ihr volles Potenzial entfalten kann und alle Kinder hinsichtlich Sozialverhalten und Noten profitieren, muss mehr investiert werden

Im Moment werden gerade in größerem Stil Arbeitssuchende in einem Crashkurs zu OGS-Kräften umgeschult, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass diese Kräfte nun durch die Hausaufgabenbetreuung die Schulleistung steigern sollen. Schön, dass man es dem Ganztags zutraut, Schulleistung und Notendurchschnitt zu steigern, Bildungschancen zu erhöhen, Sozialverhalten zu verbessern, im Kinderschutz zu wirken und Erziehungsberatung zu leisten. Wir tun unser Bestes, die an uns gestellten Erwartungen zu erfüllen, es fragt sich aber, ob die neuen Kolleg*innen durch die hochgesteckten Erwartungen nicht etwas überfordert werden. Ich denke, da muss deutlich mehr investiert und auch die gut ausgebildeten Lehrer*innen einbezogen werden!

Es bewegt sich also doch einiges in Sachen Ganztags. Bleibt mit uns am Ball und kommt vielzählig zum nächsten Treffen des Ausschusses Offener Ganztags (AK OGS) in diesem Jahr!



https://dms.gew-nrw.de/dms_extern/download.php?id=239798



Aufwind für die Fachgruppe Gesamtschulen

Wie in fast allen Fachgruppen beginnt in der Fachgruppe Gesamtschulen nun die Inventur vor den nächsten Personalratswahlen. Diese Wahlen müssen von langer Hand geplant werden, denn vor allem soll unsere Fraktion möglichst breit gefächert und groß aufgestellt sein. // **Eva Caspers, Mitglied im Leitungsteam der FG Gesamtschule, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**



Daher haben Nick Bauermeister und ich Ende der Weihnachtsferien bereits eine kleine Abfrage an den Kölner Schulen gestartet, um die Kontaktdaten aktualisieren zu lassen.

Uns haben die vielen Rückmeldungen der Kolleg*innen sehr gefreut und wir sind am 19.1.23 dann auch mit einem gut besuchten Fachgruppentreffen in das neue Jahr gestartet!

Ziel: Organisationsgrad steigern

Aber die Organisation der Gesamtschulkolleg*innen wird wohl für dieses Jahr ein ganz großes Thema bleiben. Denn nicht nur waren die Gesamtschulen lange Zeit ein absoluter Hort für GEW-Mitglieder, sie sollen es auch wieder werden!

Uns geht es dabei nicht nur um die Personalratswahlen, sondern auch um den Organisationsgrad in Köln im Allgemeinen. Fraglos sind wir das Kapitel mit den größten Schulen, den meisten Kolleg*innen, den größten multiprofessionellen Teams und den vielfältigsten Herausforderungen. Dementsprechend ist es einfach sinnvoll, die Beschäftigten konsequent zu organisieren, denn für uns als Fachgruppenleitung steht es außer Frage, dass die Gesamtschulen für Verbesserungen der Lern- und Arbeitsbedingungen ein neuralgischer Punkt sind.

Vertrauensleute haben Schlüsselrolle

Die Basis zur Organisation der Kolleg*innen sind dabei unsere Ansprech- und Vertrauenspersonen in den Kollegien. Sie verteilen Infomaterial und Einladungen an Kolleg*innen, stehen in Kontakt zur Fachgruppe, zu Nick und mir, kennen die anderen GEW-Mitglieder an der Schule und sie können vor wichtigen Wahlen GEW-Schul-

gruppentreffen einberufen, um zum Beispiel in Lehrerkonferenzen neue Beschlüsse zu erreichen.

Leider gibt es inzwischen an vielen Schulen keine Vertrauensleute mehr oder wir kennen sie schlicht nicht.

Und daher nun der kleine Aufruf:

Vernetzt euch als GEW-Mitglieder an der Schule. Werdet selbst Vertrauensperson!

Und schickt Delegierte zu unserer Delegiertenversammlung am 26.4.23. Weitere Informationen dazu habt ihr im Februar erhalten.

Davon abgesehen möchten wir dann bald auch wieder Vertrauensleutetreffen anbieten, damit wir uns untereinander besser kennenlernen und von den best practice-Beispielen anderer Schulen lernen können.

Die Termine für Fachgruppentreffen findet ihr immer auf der Homepage der GEW-Köln:

www.gew-koeln.de Und die E-Mail Adressen von Nick und mir sind leicht zu merken:

Nick.Bauermeister@gew-nrw.de
Eva.Caspers@gew-nrw.de

Wir helfen euch auch gerne weiter, wenn ihr zusätzliche Informationen möchtet, oder Anschluss an andere GEW-Kolleg*innen in eurer Schule sucht.

Wir freuen uns aber vor allem, euch kennenzulernen und haben richtig Lust, mit euch zusammen in der GEW für frischen Wind zu sorgen!

Zwei Leserbriefe zur „forum“-Ausgabe 4-22

Liebe forum-Redaktion,

als ich am 13.01.2023 die aktuelle Ausgabe des „forum“ in meinem Postfach fand, habe ich mich gefreut, aber meine Freude war von kurzer Dauer! Das Titelbild hat mich schockiert, als ich es genauer anschaute. Ich konnte meinen Augen nicht glauben. Was ich da sah und las, machte mich sprachlos! Es ist begrüßenswert, dass die Redaktion so ein politisch hoch brisantes Thema auf die Titelseite gebracht hat! Solidarität mit der iranischen Widerstandsbewegung braucht unsere Unterstützung.

Was mich allerdings empört, ist die Gestaltung der Titelseite: Die Meinungsbildung der gewerkschaftlichen Aufklärung und Solidarität mit der iranischen Friedens- und Freiheitsbewegung ist fehlerhaft interpretiert! Die Gestaltung der Umschlagseite erweist sich als paradox!

Mit welcher Logik steht dieser Satz in türkischer Sprache in diesem Kontext? Warum habt ihr nicht diesen Satz in Persisch geschrieben? Hier ist eine empfindliche Stelle getroffen, weil ihr die Solidarität mit der kurdischen und iranischen Friedensbewegung in Türkisch anspricht: „Iran`in Sesi Olun!“ („Werde die Stimme des Iran!“) - Was wir wissen, ist, dass die türkische Regierung keine Position bezogen hatte, während die Menschen auf den iranischen Straßen von der Sittenpolizei regelrecht geschlacht worden sind. Die islamistische AKP-Regierung hat eher auf der Seite der Machthaber gestanden! Auch in Deutschland haben wir die Solidarität der türkischen Gemeinde vermisst! Könnte einer mir sagen, ob die Türkei bei diesem gesellschaftlichen Widerstand gegen das Mullah-Regime eine unterstützende Position eingenommen hat? Weiterhin: Ob die türkische Gemeinde in Deutschland dazu eine Protestaktion organisiert und durchgeführt hat? Daher meine ich, dieser Satz ist in Türkisch an dieser Stelle unglücklich!

Der Name der kurdischen Frau lautete Jina (Mahsa Amini) und sie war eine kurdische Aktivistin. Hier habt ihr euch den offiziellen Namen erlaubt, bewusst oder unbewusst. Ich möchte euch keine bösen Absichten unterstellen! Jina war Kurdin und wurde festgenommen und durch brutale Folter ermordet!

Der Slogan JIN. JĪYAN. AZADĪ, der aus der kurdischen Frauenbewegung entstanden und inzwischen weltweit bekannt geworden ist, wurde nicht korrekt wiedergegeben! Er lautet: JIN JĪYAN. AZADĪ. FRAU. LEBEN. FREIHEIT. Nicht Frauen. Freiheit. Leben.

Ich hoffe, dass in der Zukunft auf sprachliche Korrektheit Wert gelegt wird!

Mit freundlich-solidarischen Grüßen

Hassan Taskale, Mitglied im LT-Ausschuss LEMK

Große Empörung ausgelöst hat bei uns das Titelbild auf dem letzten FORUM. Solidarität mit der iranischen Frauen- und Friedensbewegung ja – aber nicht so!

Was soll der türkische Satz auf dem Plakat? „Iran`in Sesi Olun!“ (Werde die Stimme des Iran!)

Solidarität mit der kurdischen und iranischen Friedensbewegung in Türkisch auszudrücken, das ist ein Fehlgriff sondergleichen. Hat die Türkei bei diesem gesellschaftlichen Widerstand eine unterstützende Position eingenommen? Hat die türkische Gemeinde eine Protestaktion organisiert?

Eigentlich hätten wir erwartet, dass dieser Satz in Persisch oder Kurdisch formuliert würde. Der offizielle Name der getöteten Frau ist zwar Mahsa Amini, doch sie hieß Jiyān und war Kurdin.

Auf Seite 30 im Heft ist die Devise „JIN JĪYAN AZADĪ“, die aus der kurdischen Frauenbewegung stammt, korrekt übersetzt mit „Frau, Leben, Freiheit“, auf der Titelseite aber fälschlicherweise mit „Frauen, Freiheit, Leben“. Nur Schludrigkeit oder Absicht?

Wir bitten die Redaktion künftig um Rücksprache, wenn es um derartig sensible Themen geht, damit Übersetzungsfehler oder „problematische“ Bilder vielleicht vermieden werden.

Silvia Treder, Ausschuss LEMK (Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln)

Internationaler Tag der Muttersprache

// Hasan Taşkale, Mitglied im Leitungsteam des Ausschusses Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln (AS LEMK)



Der Internationale Tag der Muttersprache erinnert an die Bedeutung des Kulturgutes Sprache. Er soll die Sprachenvielfalt und den Gebrauch der Muttersprache fördern und das Bewusstsein für sprachliche und kulturelle Traditionen stärken. Historisch nimmt der Tag der Muttersprache Bezug auf den 21. Februar 1952. Damals fand in Dhaka, der Hauptstadt des damaligen Ost-Pakistan, eine Demonstration gegen den Beschluss der Regierung statt, die Sprache Urdu zur Amtssprache zu erheben.

Von den weltweit rund 6.000 Sprachen sind nach Einschätzung der UNESCO fast die Hälfte vom Verschwinden bedroht.

Seit dem Jahr 2000 jährlich – erinnert die UNESCO am 21. Februar nun mit dem Internationalen Tag der Muttersprache an die sprachliche Vielfalt. Das Motto 2023: „Mehrsprachige Erziehung – eine Notwendigkeit zur Umgestaltung der Bildung“.

Wenn wir auf die Praxis in Deutschland, vor allem in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen einen Blick werfen, lässt sich festhalten, dass wir auf einem guten Wege sind, was das Erlernen von Muttersprachen angeht. Gerade hier wird etlichen der bedrohten Muttersprachen aus Asien und Afrika die Chance gegeben, gelernt zu werden. Landesweit werden 19 Muttersprachen neben Deutsch als Unterrichtssprache angeboten, einige davon sogar als Fremdsprachen im Schulprogramm ausgewiesen, manche sogar als viertes Fach im Abitur zugelassen. Das ist für eine demokratische Erziehung wichtig und förderlich, wenn wir im europäischen Kulturraum für Mehrsprachigkeit plädieren.

Allerdings gibt es auch bei uns in diesem Bereich noch viel zu tun und nicht alles

ist so rosig, wie gerade erwähnt. In unserem Bildungssektor müssen die Muttersprachen gleichberechtigt anerkannt und aufgewertet werden wie die klassischen Fremdsprachen.

In der Praxis wird der Unterricht in der Muttersprache bzw. Herkunftssprache als Zusatz betrachtet, was bedeutet, dass dieser muttersprachliche Unterricht auch gegebenenfalls gestrichen werden kann! Die Nachfrage bestimmt das Angebot. Der hierzu verbindliche HSU-Erlass legt den Rahmen fest, Ausnahme sind nicht vorgesehen.

Da der HSU lose gebunden ist, hat das auch eine entsprechende Wirkung auf die HSU-Lehrkräfte schlechthin. Die Stundenpläne der Schulen sehen den HSU hauptsächlich als Nachmittagsangebote vor.

Die HSU-Lehrkräfte arbeiten an denselben Schulen wie ihre deutschen Kolleg*innen, ihre Leistungen werden aber kaum anerkannt. Viel wurde bereits über den Alltag der HSU-Lehrkräfte geschrieben und auf deren Probleme hingewiesen. Die HSU-Lehrkräfte werden vor allem unterbezahlt (billige Arbeitskraft). Ihre Vergütung bewegt sich zwischen EG 7 bis EG 10. Hinzu kommt, dass die meisten HSU-Lehrkräfte von den Schulleitungen neben ihrem herkunftssprachlichen Unterricht auch in anderen Fächern eingesetzt, aber dafür nicht bezahlt werden, weil der HSU-Erlass einen anderweitigen Einsatz dieser Lehrkräfte nicht vorsieht.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erhebt dieses Jahr die Forderung nach Höhergruppierung (E 13 für alle Beschäftigten) bei den Tarifverhandlungen, die noch nicht aufgerufen sind. Bedenkt die Gewerkschaft, dass auch HSU-Lehrkräfte berücksichtigt werden? Oder werden sie wie

bisher auch diesmal zu kurz kommen und leer ausgehen? Wenn das so ist, wo bleibt das Gleichbehandlungsprinzip der Gewerkschaften?

Warum beharren die Schulbehörden so stur darauf, dass diese Kolleg*innen ihren Kompetenzen/Ressourcen entsprechend eingesetzt werden? Wir wissen inzwischen aus verschiedenen Anlässen, dass die HSU-Lehrkräfte gerne in normalen Klassen unterrichten möchten, wo es möglich ist. Sie sind bereit für „Team-Teaching“. Wo im ganzen Bundesgebiet nach fehlenden Lehrkräften geschrien wird, könnten die Schulbehörden auf diese Ressourcen zurückgreifen, indem diese Kolleg*innen durch Weiterbildungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, als gleichberechtigte Lehrkraft zu unterrichten.

Wir fordern an dieser Stelle:

- Gleichbehandlung aller Lehrkräfte im Schuldienst, auch die HSU-Lehrkräfte!
- Höhergruppierung der im Dienst befindlichen HSU-Lehrkräfte!
- Integration der HSU in das Schulprogramm im Vormittagsbereich!
- Qualifizierung der HSU-Lehrkräfte durch Fortbildungsmaßnahmen!
- Anknüpfung der Lerninhalte für HSU an den Deutschunterricht!
- Keine Diskriminierung und Ausgrenzung der Minderheitssprachen in der Schule!
- Keine Zulassung der völkerverfeindlichen, rassistischen und frauenfeindlichen Inhalte im HSU!
- Ein HSU für Völkerverständigung und religionstolerantem Verständnis!

Der Krieg in der Ukraine ... ist ein Thema der GEW

Warum die GEW Köln eine „Arbeitsgruppe Frieden“ braucht. Aufruf zum Handeln! //

Peter Heim, GEW-Mitglied

Deutschland steht unter Stress. Der Krieg in der Ukraine bringt das Thema „Frieden und Gewalt“ mit Dringlichkeit auf die europäische Tagesordnung. Zwar gab es bereits in den 1990er Jahren Krieg in Europa, im ehemaligen Jugoslawien, aber einige Kriege in europäischer Nachbarschaft laufen seit Jahren. Auch die Gewalt an den Außengrenzen der EU und die sozialen Verwerfungen als strukturelle Gewalt im Innern gibt es bereits seit vielen Jahren.

Eine gefährliche Konfrontation

Aber noch nie gab es eine derart gefährliche Konfrontation mit der Russischen Föderation – und damit auch die Gefahr einer weiteren Eskalation mit unkalkulierbaren Folgen bis hin zum Einsatz von Atomwaffen. Aber auch eine Nichteskalation und Stabilisierung in Form eines langjährigen grausamen Abnutzungskrieg ist denkbar. Die Opferzahlen liegen bereits jetzt bei über 20.000 Menschen.

Die sogenannte europäische Sicherheitsordnung mit RUS liegt in Trümmern. Unter dem Eindruck des Krieges ist eine neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ im Außenministerium in Planung, in einem sog. „Dialogprozess“ sollten die Bürger*innen bis September 2022 einbezogen werden. Realiter war es eine kleine ausgewählte Minderheit, die dem Ganzen einen demokratischen Anschein geben sollte.*

Dieser Krieg hat enorme Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft

Das Sprechen über alle Aspekte dieses Kriegs verändert unser Denken in Deutschland. Und gefühlt ist Deutschland bereits Kriegspartei. Die Medien, viele Politiker*innen und wir als Bürger*innen sprechen deutlich mehr über Krieg als über Frieden, wir gewöhnen uns an die Aufrüstung. Opfer und Opferzahlen werden weitestgehend ausgeblendet und wenn sie thematisiert werden, dann fast immer nur die auf ukrainischer Seite.

Stattdessen ungefiltert und ohne kritische Distanz wird das heroische Auftreten besonders Selenskyjs gezeigt. Und unsere grüne Außenministerin formuliert im Europarat inzwischen sogar freimütig: „Wir führen einen Krieg gegen Russland“. Von den Leitmedien erst mit Verzögerung und unter dem Druck der Social Media und auch nur kurzzeitig problematisiert. Desertion und der restriktive Umgang mit Deserteur*innen ist ein Randthema, außer in Publikationen z. B. von Connection e. V.**.

Klima, Corona, Krieg ...

Die Kinder und Jugendlichen, die uns anvertraut sind, machen sich große Sorgen: Nach Klimaschock und Coronapandemie werden sie nun mit Kriegsnachrichten und Kriegsängsten konfrontiert. Und das Schicksal der direkt von diesem Krieg betroffenen Menschen berührt und belastet uns alle und legt sich wie ein Schleier über unser Land. Wie sollen wir als Mitmenschen und professionell damit umgehen?

Dazu kommen die ökonomischen und ökologischen Verwerfungen mit ihren sozialpolitischen Folgen: Die Lebenshaltungskosten steigen enorm an, noch mehr Flücht-

Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.

(A. Einstein, 14.3.1879-18.4.1955)

tende, insbesondere aus der Ukraine, suchen in der EU und besonders in Deutschland Schutz. Enorme Ressourcen werden umgeschichtet zugunsten einer gesteigerten Waffenproduktion.

Zum Aspekt „Internationales“: Wie bereits durch den Klimawandel und die Coronafährdungen sind es wieder die ärmeren Länder – besonders des globalen Südens –, die durch diesen Krieg noch mehr „abgehängt“ werden. Die Verteilungskämpfe verschärfen sich. Diese verschärften Verwerfungen wirken auf uns in Europa zurück.

Es ist nur zu verständlich, dass sich diese Länder, z. B. Südafrika*** oder Brasilien**** in diesem Krieg mit einer Parteinahme zurückhalten.

Und Schließlich gibt es in der Friedensbewegung gegen diesen Krieg sehr heterogene Haltungen und Strömungen von links nach rechts bis hin zu Parteien wie der AfD oder Die BASIS, von „oben“ (Esoterik) bis „unten“ (Sozialdarwinismus), sodass eine Orientierung hier sicher auch notwendig ist.

Welche Konsequenzen dies alles für unsere Arbeit als Arbeitnehmer*innen im Einzelnen hat und ob und wie wir uns als Gewerkschafter*innen dazu politisch und praktisch positionieren, soll Thema einer zu gründenden Arbeitsgruppe „Frieden“ sein – eventuell ergänzt durch den Aspekt „Internationales“

Privatinitiative gegen den Schulplatzmangel – in Lövenich entsteht die erste „Leader in me“-Gesamtschule Deutschlands

Die Gesamtschule Siebenbrücken stellt sich auf ihrer Homepage* als inklusive, gemeinschaftsorientierte, private Gesamtschule mit Schwerpunkt für individuelle Entfaltung und Persönlichkeitsentwicklung im Kölner Westen vor. // **Eva Caspers, Fachgruppenvorsitz Gesamtschulen, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Das Prinzip „Leader in me“ wird dabei zentral als evidenzbasiertes, integratives pädagogisches Modell beschrieben, das für Eltern wie Schüler*innen einen weltweit erprobten Rahmen darstellt, verantwortungsbewusst und selbst-wirksam in die Welt zu wachsen.

Interessanterweise gibt es tatsächlich auch eine Elternakademie, in der die Erziehungsberechtigten sich parallel zu ihren Kindern im Sinne des Programms weiterbilden und in die Schule einbringen können.

Was spricht für „Leader in me“?

Privatinitiativen und -schulen – insbesondere religiöser Gemeinschaften – sind in Deutschland längst eine Säule des Schulsystems. Auch die GE Siebenbrücken beruft sich darauf, zu 87 Prozent aus öffentlicher Hand finanziert zu sein, sodass Spenden zwar erwünscht, aber keinesfalls eine Aufnahmebedingung sein sollen. Sie garantieren ebenfalls, dass der Unterricht sich an den Kernlehrplänen und Kompetenzrahmen des Landes NRW orientiert und betonen, dass „Leader in me“ ein Werterahmen zur Entwicklung der Schulkultur sein soll, nicht aber Inhalt des Lernens.

„Leader in me“ basiert auf dem Buch „Die sieben Wege zur Effektivität“ des Psychologen Stephen R. Covey**. Diese Thesen wurden von dem Coaching-Unternehmen FranklinCovey, bzw. dem deutschen Lizenznehmer Eduvelliion dann in didaktische Elemente, Strategien zum Classroom-Management und diverse Fort- und Weiterbildungsaspekte zu einem Baustein für Schulkultur übersetzt.

Die Thesen basieren weitgehend darauf, dass Kinder ihr Verhalten in Bezug auf Selbstverantwortung und Kooperation selbst reflektieren und dadurch dazu kommen, ihre Lernprozesse selbst zu steuern. Das klingt

viel nach Empowerment und Bedürfnisorientierung, was im Beratungskontext ja auch schon sehr viel an Regelschulen praktiziert wird. Ebenfalls bietet dieser pädagogische Leitfaden hohe Anschlussfähigkeit an epochales Lernen, Projektarbeiten und offenerer Unterrichtsformen. Das sind alles begrüßenswerte Aspekte.

Kritische Aspekte

Jedoch sind auf den Homepages von „Leader in me“, aber auch „FranklinCovey“ und „Eduvelliion“ die neoliberalen Vermarktungsslogans und -vokabulare präsenter als die eigentlichen Werte. „Leader in me“ ist ein Management-Konzept, entwickelt von einem Mormonen aus Utah. Dementsprechend finden sich viele undefinierte Begrifflichkeiten, vor allem aber glänzende Corporate Identity, die gut darüber hinweg täuschen, dass mit vielen großen Begriffen wenig Konkretes gesagt wird.

Und auch im Internet findet man vor allem englischsprachige Elternblogs***, die kritische Fragen zu dem Schulkonzept äußern. Ryan Boren stellt zum Beispiel fest, dass Schulkultur nicht übergestülpt werden kann, sondern im Miteinander aller an Schule Beteiligten entwickelt wird.

Davon abgesehen ist „maximale Potenzialentfaltung“ ein fragwürdiges Erziehungsziel in einer Gesellschaft, die sich im Grunde schon einig ist, dass unendliches Wachstum nicht weiter stattfinden kann und soll.

Zuletzt wäre auch noch zu überlegen, ob neoliberales Management überhaupt noch ein nachhaltiges Konzept ist oder ob eine Schulkultur nicht tatsächlich den Kindern in allen ihren Entitäten Raum für tatsächlich selbstgesteuerte Entwicklung geben muss, denen kein fertiges Modell vorgesetzt wird. Immerhin müssen diese Kinder völlig neue, globale Probleme lösen, die genau durch die-

sen Glauben an „das Maximum“ überhaupt erst entstanden sind.

Wirklich frei sind diese kleinen Anführer*innen in diesen Schulen natürlich nicht – sie sollen proaktiv, reflektiert, verantwortungsbewusst und kooperativ sein und unterliegen ebenso dem Prüfungs- und Notenzwang, wie es auch an Regelschulen der Fall ist.

Doch wer Teenager unterrichtet, weiß womöglich, dass Wut, Chaos und Eigenwille ebenso Räume brauchen und vor allem menschliche Empfindungen sind, die Kinder genauso zeigen dürfen wie Effizienz. Wie lernen die Kinder denn, dass sie auch dann wertvoll sind, wenn sie bocken, verzweifelt und ratlos sind?

Kurzum: Schulgründungsinitiativen sind wohl in Köln eine notwendige Maßnahme um dem Schulplatzmangel zu begegnen. Darüber hinaus ist es auch verständlich, dass angesichts des massiven Investitionsstaus Eltern ihre Kinder in gepflegte Gebäude schicken wollen.

Aber wenn die Kernanliegen soft skills und employability sind, ist die Frage, wie sehr das einzelne Kind hier wirklich gesehen wird.

* <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/nationale-sicherheitsstrategie/nationale-sicherheitsstrategie/2554330>

** <https://www.connection-ev.org/>

*** Interview im „heute journal“ mit der südafrikanischen Außenministerin Naledi Pandor vom 29.06.22. Sie argumentiert konsequent für den gewaltfreien Weg des Friedens im Ukraine-Konflikt. Souverän antwortet sie auf die teils provokanten Fragen des ZDF-Journalisten. (17 Min)

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html>

**** Reaktionen des Präsidenten Lula da Silva auf die Umarmungsversuche durch Kanzler Scholz.

Kommentar „Tagesspiegel“ vom 31.01.2023

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/olaf-scholz-bei-brasilien-prasident-lula-kalte-dusche-fur-den-kanzler-9269580.html>

Fußnoten:

* www.7bruecken.com

** www.leaderinme.de/was-ist-leader-in-me, Stand 21.2.2023, 20:01

*** z.B. hier: <https://boren.blog/2016/04/21/the-leader-in-me-and-compliance-culture/>



von links nach rechts: Elke Stuhr (Landesvorstandsmitglied der GEW Bremen; ganz links), Nick Strauss (Bundesschatzmeister beim GEW Hauptvorstand in Frankfurt/Main; zweiter v. l.), Guido Schönian (Mitglied des GfV der GEW Köln), ein weiteres Bremer GEW-Mitglied (Name nicht bekannt). (Foto: C. Dahmen)

Klimawandel kennt keine Kompromisse

Auch der GEW-Stadtverband Köln hatte seine Mitglieder aufgerufen, sich am 14. Januar 2023 an den Protesten gegen die Ausweitung des Braunkohletagebaus durch RWE zu beteiligen. Seine Eindrücke aus Lützerath schildert // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Sie schienen von überall her ange-reist zu sein. Die unzähligen Autos und die Unmenge an Bussen, die in schier endlosen Schlangen am Straßenrand parkten, trugen Kennzeichen aus Bayern, Sachsen, Thüringen oder Schleswig-Holstein. Allein aus Hamburg, so wurde mir berichtet, hätten sich zehn Busse auf den Weg ins Rheinland gemacht. Auf einem Transparent stand sogar auf Polnisch zu lesen: „Von einem Kohlebergwerk zum anderen, von Be?chatów nach Lützerath: Wir wehren uns gegen den Klimawandel!“. Wie viele Mitstreiter*innen gar

nicht erst bis zum Startpunkt der Kundgebungen durchgekommen waren, ist schwer einzuschätzen. Fest steht, dass es schon um 10.30h und damit anderthalb Stunden vor Beginn der Demonstrationen hieß, wegen Überfüllung würde kein Zug mehr aus Richtung Köln durchgelassen und auch auf den Autobahnen sei kein Durchkommen mehr.

Die „Grootouders voor het klimaat“ („Großeltern für das Klima“) aus dem flämischen Teil Belgiens hatten es noch rechtzeitig ins Rheinische Braunkohlenrevier geschafft. Und überhaupt konnte man den Eindruck gewinnen, dass buchstäblich alle Ge-

nerationen vertreten waren: von Familien mit Kleinkindern über Schüler*innen und Studierende bis hin zu Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen – und das bei den schon Tage zuvor herrschenden widrigsten Wetterverhältnissen! Hätte es nicht gestürmt, geregnet und wäre es nicht derart kalt gewesen, dann wären es bestimmt noch mehr als die 35.000 Teilnehmer*innen geworden, die von den Organisator*innen letztlich gezählt wurden und die mitten im naßkalten Winter den Weg nach Lützerath gefunden hatten. Weshalb die Polizei später von „nur“ 15.000 Menschen an dem Tag sprechen sollte, kann lediglich vermutet werden. Tatsache ist, dass die im Vorfeld erwartete Zahl von 8.000 bei weitem übertroffen worden ist.

Aber wir sollten ohnehin besser von dem Ort Keyenberg statt von Lützerath schreiben, da letzterer schon lange vor der „Lützi bleibt!“-Großdemonstration am 14. Januar mit doppelten Sperrzäunen hermetisch abgeriegelt worden war. Während Keyenberg, der Startpunkt der Protestzüge, aufgrund des immensen und schon jahrzehntelangen gesellschaftlichen Drucks gerettet werden konnte, soll für Lützerath gelten, dass der Weiler im Namen der „Energiesicherheit“ für die Ausweitung des Braunkohletagebaus geopfert wird.

Zur Zukunft der RWE-Beschäftigten

Dass die Tage des Tagebaus in Deutschland gezählt sind, steht – sollte es nicht wieder einmal zu einer Kehrt- oder Zeitenwende kommen – fest. Damit stehen auch rund 6.000 Arbeitsplätze bei RWE in Garzweiler und den umliegenden Gruben sowie Kraftwerken vor dem Aus. Das wäre ein menschliches wie auch sozialpolitisches Desaster, bräuchten wir nicht gerade jetzt und mehr denn je die Expertise und das Fachwissen genau dieser Arbeitskräfte, die an anderer Stelle im Bereich der Energiewirtschaft so händeringend gesucht werden.

Die Menschen, die vor Ort bislang noch mit der Kohle-Verstromung zu tun haben, wissen sicherlich am besten, welche Folge diese Art der Energieerzeugung hat. Sie dürften allemal bereit sein, für nachhaltige Methoden der Stromerzeugung zur Verfügung zu stehen. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht handelt es sich bei ihnen um die Spezialist*innen, die für die viel beschworene Energiewende unverzichtbar sind.

Widerspruch zwischen gesamtgesellschaftlichem Nutzen und unternehmerischem Kalkül

Leider ist es aber so, dass die unternehmerischen Entscheider*innen bei RWE und



Alle Generationen waren vertreten, auch die „Großeltern für das Klima“ aus Belgien. (Foto: G. Schönian)

weiteren Energiekonzernen einen ganz anderen Blick haben. Bereits vor über 30 Jahren stellte DER SPIEGEL in diesem Zusammenhang fest: „Abgesichert durch ein filigranes Netz einflussreicher Männer aus Politik und Verwaltung, können die Manager des Elektrizitätsgiganten [RWE] nahezu unumschränkt handeln und herrschen.“ Schon damals wurde Prof. Lutz Mez (ein „Kenner der Strom-Industrie“) mit der Aussage zitiert: „Die Energiepolitik in der Bundesrepublik wird heute weitgehend vom RWE bestimmt.“ (zitiert nach: DER SPIEGEL 9/1986, Eine Mischung aus Allmacht und Filz, www.spiegel.de, 15.01.2023).

Was die konkrete Frage nach dem Sinn

„Seit Ende des 2. Weltkriegs wurden in Deutschland insgesamt etwa 300 Ortschaften durch die Gewinnung der Braunkohle devastiert, mehr als 120.000 Menschen wurden umgesiedelt.“

(BUND NRW, Verschwindende Dörfer, www.bund-nrw.de, zuletzt abgerufen am 25.01.2023)

oder Unsinn des Kohleabbaus unter Lützerath angeht, hat Prof. Claudia Kemfert vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ (diw) eine ganz klare Antwort. Die Leiterin der diw-Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt äußerte: „Lützerath muss und darf nicht zerstört und abgebagert werden, wenn die Klimaziele eingehalten werden sollen und die Energiewende wie geplant umgesetzt wird. Das zeigen unsere und auch andere Studien eindeutig. Das 1,5-Grad-Ziel ist mit der geplanten Abbaggerung nicht zu halten. Entscheidend ist nicht das Kohle-Ausstiegsdatum, sondern das verbleibende CO2-Budget – und das wird deutlich überschritten. Es ist wenig wahrscheinlich, dass andere Sektoren in wenigen Jahren die Meh-

remissionen kompensieren werden. Es gibt ausreichend Kohle in den existierenden Flächen, ohne dass Lützerath abgebagert werden muss. Daher ist die Einschätzung der Landesregierung schwer nachzuvollziehen.“

Darüber hinaus schade das Vorgehen in und um Lützerath den Grünen: „Lützerath wird so zum Symbol einer fehlerhaften Energie- und Klimapolitik. Dies schadet nicht nur der Glaubwürdigkeit Deutschlands bei internationalen Verhandlungen, sondern vor allem der Partei der Grünen.“ (zitiert nach: Claudia Kemfert, Lützerath wird zum Symbol einer fehlerhaften Energie- und Klimapolitik, www.diw.de, 09.01.2023)

Und tatsächlich war unter den 35.000 Demoteilnehmer*innen am 14. Januar kein Mensch, der eine Fahne oder ein Transparent der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ mit sich getragen hätte. Selbst die Mitglieder der „Grünen Jugend“ gaben sich nicht zu erkennen. Säfte die Partei aktuell nicht an entscheidender Stelle (als Koalitionspartner in der Bundes- und in der NRW-Landesregierung), dann wäre der 14.01.23 soetwas wie der große Parteitag der Grünen geworden. In Lützerath hingegen kam kein*e Redner*in ohne drastische Schelte gegen die „Umwertpartei“ aus. Wer die Grünen gewählt hatte oder gar Parteimitglied war, sagte dies nur hinter vorgehaltener Hand.

Was tun? - Was tun!

Wenn selbst die scheinbar umweltfreundlichste aller Parteien kein Garant mehr ist für umweltgerechte Politik, dann müssen wir uns nach Alternativen umsehen. Und vielleicht liegen die gar nicht so weit entfernt. Muss man denn alle Verantwortung immer gleich auf die parlamentarische (oftmals viel zu bürokratische und langwierige sowie vom Lobbyismus gebeutelte) Ebene abschieben? Wieso übernehmen wir, diejenigen, die in den Betrieben die Arbeit tun, nicht einfach die Kontrolle und greifen zum Mittel der (Mit-)Bestimmung? Kein halbwegs vernünftiger Mensch würde bei der

„Steht der (grüne) Umweltminister hinter der Position seiner deutschen Schwesterpartei oder steht er hinter Greta Thunberg und den Klimaaktivist*innen?“

(Mick Barry, Abgeordneter der „Socialist Party“, an Eamon Ryan, Vorsitzender der irischen Grünen. (zitiert nach: SAV, Fragestunde im irischen Parlament, www.facebook.com/sozialismus.info, 15.01.2023)

Die Lehrerkonferenz der

(Name der Schule)

äußert den dringenden Wunsch, jede künftige bauliche Maßnahme und jede Maßnahme zur Erneuerung der Schul-Infrastruktur vor allem an Kriterien der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit auszurichten.

Wir würden unsere eigenen Wohnungen nicht auf umweltschädliche Weise instandhalten und wollen, dass auch unser Arbeitsplatz den Anforderungen genügt, die angesichts zunehmender Vermüllung und des Klimawandels das Gebot der Stunde sind.

In unserer täglichen Arbeit erörtern wir mit den Kindern und Jugendlichen auch die aktuellen Probleme der Zeit, Fragen der Nachhaltigkeit und Effizienz, den behutsamen Umgang mit den Ressourcen. Da darf es nicht angehen, dass die Gebäude, in denen wir arbeiten, weiterhin mit Polystyrol (Styrodur, Styropor etc.) wärmegeämmt werden. Wärmedämmung muss mit umweltfreundlichen Materialien erfolgen. Heizungen dürfen nicht länger ausschließlich zentral gesteuert werden sondern müssen entsprechend der jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Räumen regulierbar sein.

Gefördert werden muss der öffentliche Nahverkehr, um die Anzahl der PKW im Berufsverkehr (auch und gerade zum Arbeitsplatz Schule) weitgehend zu minimieren.

Wir äußern den dringenden Wunsch nach einem Programm zur baldigen Ausstattung der Gebäude, in denen wir arbeiten, mit nachhaltigen Anlagen zur Energiegewinnung (Photovoltaik, Solarthermie etc.).

Beschluss vom _____ 2023

Stimmergebnis: _____

(Diese Vorlage ist erhältlich bei der „forum“-Redaktion und kann gerne den individuellen Bedingungen entsprechend angepasst werden. Schreibt einfach eine Email an kontakt@gew-koeln.de)

Frage den Arm heben: „Bist du für die Ausweitung des Braunkohleabbaus, der umweltschädlich falsch, energiepolitisch unnötig, betriebswirtschaftlich aber überaus lukrativ ist?“!

Die sinnvollere Frage sollte vielmehr lauten: „Wie können die freigesetzten Fachkräfte aus den umweltschädlichen Sektoren sozial gerecht und im Sinne der Nachhaltigkeit so schnell wie möglich in gesellschaftlich so dringend benötigte Arbeitsplätze übergeleitet werden?“.

Der Beschluss des Gewerkschaftstags der GEW NRW vom 19. - 21. Mai 2022 ist da recht eindeutig: Künftig wollen wir „Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs am Arbeitsplatz und in den Betrieben“ ergreifen. Die Rede ist von der „Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger*innen; auf dem Weg der betrieblichen Mitbestimmung; durch das Mittel des Arbeitskampfs bzw. als Bestandteil künftiger tariflicher Vereinbarungen“. Sogar eine Kampagne „Klimawandel auf betrieblicher Ebene entgegenwirken“ wurde beschlossen.

Nutzen wir also schleunigst die uns zur Verfügung stehenden Mittel und bringen das Problem der Eindämmung des Klimawandels in alle Bereiche ein, die uns dazu eine Möglichkeit bieten: Lehrerkonferenzen, Personalversammlungen, Tarifrunden, jours fixes mit Vertreter*innen der Schulpflichter bzw. Bezirksregierungen, bei Treffen des Hauptpersonalrats mit dem Schulministerium etc.!

Beispiel für einen Antrag an die Lehrerkonferenz zur Weitergabe an die Bezirksregierung und das Schulministerium:



Sie kriegen den Hals nicht voll

Anstatt weitsichtig (und damit nicht nur imagefördernd sondern einfach nur vom gesunden Menschenverstand geleitet) in richtungsweisende weil nachhaltige Energien zu investieren, geht die Chefetage von RWE nun hin und will Demonstrant*innen individuell büßen lassen. Eine Woche nach der Massendemonstration von Lützerath kündigte der Konzern Schadenersatzklagen in Millionenhöhe gegen mehrere Demonstrationsteilnehmer*innen an.

Folgt man den Berechnungen des „Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung“, dann verursacht der Ausstoß von einer Tonne CO₂ wirtschaftliche Schäden im Umfang von 140 Dollar. Allein das Kohlekraftwerk Neurath, das nach Bežatów (Polen) als zweitgrößter Kohlenstoffdioxid-Produzent Europas gilt, hat im Jahr 2021 über 20 Millionen Tonnen in die Luft geblasen. Umgerechnet müsste RWE dafür drei Milliarden Euro an Kompensation bereit halten.



Eine Sache darf dabei nicht übersehen werden: Neurath ist seit 1972 in Betrieb und erst seit 2012 mit allen heute laufenden Blöcken am Netz. Es geht also um mehrere Dutzend Milliarden Euro. Eine Summe, für die nur dieses eine von insgesamt fünf RWE-Kohlekraftwerken in Deutschland verantwortlich zeichnet.

Will man diese Beträge jetzt tatsächlich über Gerichtsverfahren gegen Klimaktivist*innen wieder reinholen? - Wohl kaum! Also scheint es sich eher um eine Art Rachefeldzug zu handeln. Die Botschaft mag lauten: „Wir setzen unser Recht mit Hilfe von Polizei und Justiz durch. Ihr werdet schon sehen, was ihr davon habt! Die Politik jedenfalls haben wir auf unserer Seite.“

Von einer Person, die 2021 an einer Blockade eben dieses Kraftwerks in Neurath beteiligt war, fordert RWE jetzt 1,4 Millionen Euro. Dass übergeordnete Fragen wie die nach der Eindämmung künftiger Klimakatastrophen für Energieriesen nur eine geringe bis gar keine Rolle spielen, belegt die Aussage der Rechtsvertretung von RWE in einem Gerichtsverfahren am Oberlandesgericht Köln aus dem Jahr 2006 (!): „Ob es Klimaänderungen geben wird, ist wissenschaftlich nicht bewiesen, Kausalzusammenhänge zwischen den einzelnen menschlichen Einflussnahmen auf die Umwelt und Klimaphä-



Der Kampf gegen die Bagger wurde schon geführt, da gab es noch die „Rheinbraun AG“. (Foto: G. Schönian)

nomene sind offen.“ (zitiert nach: Prof. Chr. Stöcker, Warum RWE jeden Argwohn verdient hat, www.spiegel.de, 15.01.2023).

In seinem Artikel stellt der Autor übrigens weiter fest, „sieben der zehn größten CO₂-Emittenten Europas“ würden in Deutschland stehen. Sein Credo: „Denken Sie daran, wenn Ihnen wieder mal jemand erzählen will, Deutschland sei »Vorreiter beim Klimaschutz«. RWE wird in den nächsten Jahren allein mit Kohle etwa eine halbe Milliarde Euro pro Jahr verdienen [...]“.

„Es gibt oberflächlich die Absichtserklärung, Pressefreiheit überall zu gewährleisten. Die Polizei macht sich aber selber klein und sagt, sie handele in Prokura von RWE. Das kritisieren wir. Dem Land NRW, aber auch der Polizei würde es gut zu Gesicht stehen, sich rechtlich pro Pressefreiheit zu positionieren und nicht im Geschäftsauftrag von RWE zu handeln.“

(Jörg Reichel, Landesgeschäftsführer Berlin/Brandenbg. der „Deutschen Journalistenunion“ [DJU] bei ver.di). (zitiert nach: Lea Fauth, Angriffe auf Journalisten, www.taz.de, 11.01.2023)

Kompromisse zwischen Politik und Wirtschaft zählen für das Klima nichts

Am Montag nach der Demo von Lützerath führte ich darüber einige Gespräche mit Kolleg*innen meiner Schule. Neben der Reaktion „Ich konnte leider nicht, sonst wäre ich mitgekommen“ bekam ich aber auch relativierende Gedanken mitgeteilt: „Man kann doch nicht gegen einen Kompromiss zum Ausstieg aus dem Braunkohle-Abbau demonstrieren!“. Stellt sich nur die Frage, ob die Umwelt und das Klima den Begriff „Kompromiss“ überhaupt kennen. Wer hier Kompromisse schmiedet, sind die politischen Entscheidungsträger*innen zusammen mit den Vertreter*innen der Energiewirtschaft. Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck und die NRW-Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona



Do you remember summer of '21? - Rechts neben Ex-Landesvater Laschet: CDU-MdL und stellv. Landtagsfraktionsvors. Gregor Golland, der für seinen „Teilzeitjob“ bei der RWE-Tochter „innogy“ allein im Jahr 2019 zw. 120.000 € und 150.000 € an „Nebeneinkünften“ erhielt (Bildbearbeitung: SAV Köln).

Neubauer (beide Grüne!) trafen sich dafür mit RWE hinter verschlossenen Türen und ohne jede Beteiligung der Zivilgesellschaft. Prof. Kemfert vom diw spricht gar von einem „Hinterzimmer-Deal“ (zitiert nach: s.o.). Ob das, was am Ende dabei als Kompromiss herauskommt, aber bei der nächsten Dürre-Phase oder Überflutung auch zu milderen Gebäude- oder Personenschäden führen wird, darf bezweifelt werden ...

Neues Bündnis an den Kölner Hochschulen: Solidarisch aus der Krise

An den Kölner Hochschulen hat sich ein neues hochschulübergreifendes Bündnis ‚Solidarisch aus der Krise – soziale Verbesserung in Hochschule & Gesellschaft jetzt!‘ auf Initiative mehrerer hochschulpolitischer Akteur*innen (Asta Uni Köln, Asta TH Köln, Campus grün, Jusos HSG Uni Köln, Der Wendepunkt, Die Unabhängigen) gegründet. Bei der Auftakt-Kundgebung am 19. Januar 2023 auf dem Albertus-Magnus-Platz, zu der sich circa 100 Aktive und Interessierte einfanden, war die Kölner GEW Fachgruppe Hochschule und Forschung mit einem Redebeitrag vertreten, den wir hier dokumentieren. // **GEW Fachgruppe Hochschule und Forschung (FG HuF)**

Wir begrüßen als GEW Fachgruppe Hochschule und Forschung den Aufruf für diese Kundgebung und sind dankbar für die wichtige Initiative und die Vernetzung verschiedener Hochschulgruppen mit gemeinsamen Interessen. Nur wenn wir unsere Kämpfe verbinden, können wir etwas erreichen. Deshalb beteiligen wir uns sehr gerne mit einem kurzen Wortbeitrag!

Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Dauerkrisen bekommen immer mehr von uns tagtäglich zu spüren. Die Prekarität weitet sich auf immer mehr gesellschaftliche Gruppen, wie Studierende, Erwerbslose, Geringverdienende und Rentner*innen aus, aber auch die Reallöhne der Tarifbeschäftigten sind durch die Inflation und Preissteigerungen gesunken. Insgesamt wird der Wohlstand für einige wenige immer mehr, aber für die großen Massen leider immer weniger.

Wir erleben eine sich immer weiter ausbreitende, multiple soziale Krise, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt immer mehr gefährden – wie es auch schon in dem Aufruf für die Kundgebung steht. Die Folgen sind die Verarmung und Prekarisierung immer weiterer Teile der Bevölkerung bis in die Mittelschichten hinein. Gleichzeitig erleben wir die Verrohung des gesellschaftlichen Diskurses, den Aufbau rechter und demokratiegefährdender Strukturen und auch den Ausbau staatlicher Repressionen.

Glücklicherweise lässt sich beobachten, dass immer mehr und vor allem junge Menschen diesen Entwicklungen nicht mehr tatenlos zusehen wollen, sich für Klimaziele und Nachhaltigkeit, gegen Rechtsextremismus und Polizeigewalt und für soziale Gerechtigkeit und den Frieden einsetzen. Die Verbindung der sozialen Frage mit der ökologischen, der ökonomischen Situation mit Diskriminierungsstrukturen; das ist der integrierte Ansatz, der Herrschaftsstrukturen insgesamt in den Blick nimmt und den wir brauchen, wenn sich etwas verändern soll.

Traditionell spielen bei dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige

Entwicklung sowohl Akteur*innen aus der Hochschule, wie kritische Studierende und Dozent*innen eine Rolle, als auch die Gewerkschaften.

Deshalb schließen wir uns unbedingt den Forderungen des Aufrufs an.

Unsichere Beschäftigung ist ein Thema, das uns Angestellte in Hochschule und Forschung sehr besorgt – auch weil sie die soziale Ungleichheit verstärkt. Denn wer kann sich unsichere Beschäftigung leisten? Und wer kann es sich leisten, Studienleistungen zu priorisieren, anstelle eine Extratschicht für die steigende Miete zu schieben?

Wir brauchen und fordern bedarfsdeckendes, elternunabhängiges BAföG, finanzielle Entlastungen für Studierende zur Abfederung der krisenbedingten Mehrkosten. Wir als Gewerkschaft unterstützen mit Nachdruck eine angemessene Bezahlung für studentische Beschäftigte und fordern den Tarifvertrag sowie generell eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen.

Außerdem begrüßen wir jegliche Anstrengungen zur Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, da wir als GEW bereits Mitglied in dem „Bündnis 9-Euro-Ticket weiterfahren“ aktiv sind.

Auch wir heißen alle von Krieg und Unterdrückung vertriebenen Menschen an den Hochschulen und unseren Wohnvierteln willkommen und verurteilen die menschenrechtsverachtenden Praktiken an den EU-Außengrenzen.



Wir stellen uns gegen jegliche Art der sexistischen, rassistischen, klassistischen, ableistischen und transfeindlichen Diskriminierung und fordern Anstrengungen, die Hochschullandschaft zugänglicher und damit inklusiver zu machen. So einen Fall von Machtmissbrauch wie er neulich über die Uni Köln bekannt wurde, darf es nie wieder geben.

An anderen Stellen haben wir bereits erwähnt, dass dies nur durch die Schaffung guter, zugänglicher und auskömmlich finanzierter Studienplätze und Anstellungsverhältnisse an den Hochschulen zu leisten ist. Wir fordern die Schaffung guter und unbefristeter Stellen, statt neoliberaler Ellenbogenlogik und ein Wissenschaftssystem, das auf Kooperation anstatt auf Wettbewerb setzt.

Nicht zuletzt verstehen wir unter Bildung immer die Möglichkeit, kritisches und eigenständiges Denken zu fördern. Auch das ist nur möglich, wenn Hochschulmitarbeitende dazu in der Lage sind, ein angstfreies Leben ohne die ständige Bedrohung durch Prekarisierung und Arbeitslosigkeit zu führen, und dieses angstfreie Bewusstsein auch an die Studierenden weiterzugeben.

Lasst uns das Momentum nutzen und gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Form der Bildung an den Hochschulen weiter möglich ist! Lasst uns dafür kämpfen, dass aus Studierenden mündige und kritische Bürger*innen werden können, die sich verantwortlich für die Gestaltung des guten Lebens für alle fühlen. Die multiplen Krisen lassen sich nur gemeinsam und solidarisch überwinden!

Geplante Massenentlassungen bei FORD gehen uns alle an!

Was bedeuten die Stellenstreichungen für die Betroffenen, ihre Familien, die Stadt und die ganze Region? Können wir etwas tun? // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**



Am 23. Januar dieses Jahres wurden die rd. 14.000 FORD-Arbeiter*innen über das Vorhaben informiert, in den nächsten zwei bis zweieinhalb Jahren bis zu 3.200 Stellen zu streichen. Nach der Stadt Köln, bei der mehr als 20.000 Menschen in Lohn und Brot stehen, handelt es sich bei den FORD-Werken um den zweitgrößten Arbeitgeber der Rheinmetropole. Die Konzernleitung selbst trat übrigens nicht vor die Öffentlichkeit. Überbringer der schlechten Nachricht waren der Betriebsrat und die Industriegewerkschaft Metall.

Die größten Sorgen machen sich die Kolleg*innen im Entwicklungszentrum Merkenich, wo 2.500 von derzeit noch 3.800 Arbeitsplätzen auf dem Spiel stehen. Hier konstruieren die Ingenieur*innen und Maschinenbauer*innen vor allem Fahrzeuge für den europäischen Kontinent. Der „Taunus“ ist hier ebenso erschaffen worden wie der „Sierra“, der „Fiesta“ und der „Focus“.

Die Umstellung der Produktion auf E-

Autos in Kombination mit der Absatzkrise hatte bereits viele Zulieferbetriebe schwer getroffen. Jetzt werden die Folgen auch im Kernbereich der Automobilbranche spürbar.

Beschäftigte als Spielball der Konzernleitung

Nur eine Woche vor Bekanntwerden der Pläne für das Stammwerk in Köln-Niehl ist es im Werk Saarlouis noch zu einer Betriebsvereinbarung zwischen dortigem Betriebsrat und der Geschäftsführung gekommen. Demnach sollten die nicht mehr benötigten Kolleg*innen von der Saar an den Rhein wechseln können. „Mit Beginn der Produktion eines neuen E-Autos in diesem Sommer gebe es dort einen höheren Personalbedarf“ (www.saarbruecker-zeitung.de, 23.1.23). Wie viele Beschäftigte werden sich schon mit möglichen Umzug-Szenarien auseinandersetzen haben?

Doch dann kam in Köln die ganz anders klingende Mitteilung! Das Werk im Saarlouis soll bis 2025 die Produktion des „Focus“ mit

Eine Woche vor Bekanntgabe der Streichungspläne in Köln bot man den Kolleg*innen im FORD-Werk Saarlouis noch an, an den Rhein zu wechseln.

Verbrennungsmotor einstellen und die Tore schließen, 4.600 Jobs stehen dort vor dem Aus. Wie muss es sich anfühlen, wenn man abends ins Bett geht und Angst hat, vielleicht am nächsten Morgen schon die Entlassung auf dem Tisch zu haben? Es geht um Menschen, die auch Familie haben, vielleicht noch Kredite, die sie bedienen müssen, und permanent steigende Kosten. Die Inflation rangiert Anfang 2023 mit fast neun Prozent wieder um einiges höher als noch zum Ende des vergangenen Jahres.

Auch im Forschungszentrum des Autoherstellers in Aachen sollen Arbeitsplätze vernichtet werden. Das Werk im belgischen Genk, wo rd. 4.000 Menschen beschäftigt waren, ist bereits seit 2014 dicht.

Macht die Abkehr vom Verbrennungsmotor Entlassungen unabwendbar?

Zur Produktion von E-Autos braucht es in der Tat weniger an Aufwand. Sowohl in der Entwicklung als auch beim Bau sind weniger Arbeitskräfte notwendig, da z.B. die Getriebe und Motoren von Verbrennermodellen viel mehr Teile haben. Im Fachjargon nennt sich das „geringere Fertigungstiefe“.

Mit dieser Begründung soll bis 2025 in Eitorf im Rhein-Sieg-Kreis ein ganzer Standort des Getriebeherstellers ZF geschlossen und fast 700 Arbeitsplätze sollen somit vernichtet werden. Noch in diesem Jahr schließt der Gelenkwellenproduzent GKN sein Werk in Zwickau, wovon 800 Arbeiter*innen betroffen sind.

Dass die großen Autohersteller in Deutschland und den USA die viel zitierte Mobilitätswende vollkommen verschlafen haben, dürfte bekannt sein. Wie sonst ist zu erklären, dass das „Tesla“-Werk in Brandenburg schon den 20.000sten Wagen vom „Modell Y“ produziert hat, während die Fertigungsanlagen für E-Fahrzeuge von FORD noch gar nicht betriebsbereit sind? Der dringende Nachholbedarf wird nicht mit früheren Gewinnen, sondern zuallererst auf Kosten der Belegschaft bezahlt.

Oberste Maxime bei der Umstellung auf E-Mobilität ist nicht die E-Mobilität selbst sondern die Sicherung der Konzerngewinne. Deshalb werden Entlassungen als unausweichlich, weil technisch unabdingbar dargestellt. Und es wird noch zu einer wesentlich größeren Vernichtung von (hoch qualifizierten) Arbeitsplätzen kommen. Künftig stehen weniger Arbeitsplätze zur Verfügung, für die eine geringere Qualifikation notwendig ist. Das wiederum wird Grundlage für niedrigere Löhne sein. Um die Bedürfnisse der Fachkräfte geht es an keiner Stelle.

Eine wirkliche Mobilitätswende würde den Bedarf an Arbeitskräften erhöhen

Nimmt man nur das Umweltverträglichste aller Fortbewegungsmittel, die Bahn, dann wird schnell klar, dass eigentlich ein enormer Bedarf an Fachkräften besteht. Seit 1980 wurde ein Viertel des Schienennetzes bei der Deutschen Bahn stillgelegt. Doch anstatt den enormen Investitionsstau im ÖPNV und ÖPFV anzugehen, streitet die rot-gelbgrüne Bundesregierung gerade über schnellere Baugenehmigungen beim Autobahnausbau und zur Errichtung von Flüssiggasterminals. Die Fahrpläne der KVB werden aktuell zusammengestrichen, weil nicht genügend Bus- und Bahnfahrer*innen zur Verfügung stehen.

Abgesehen davon: E-Autos können keine Alternative sein!

Würden sämtliche herkömmlichen Fahrzeuge des Individualverkehrs durch elektrotriebene ersetzt, dann handelt es sich dabei nicht um die viel beschworene Verkehrswende, sondern lediglich um den Wechsel der Antriebsart. Dass die ökologischen Kosten der Batterieproduktion unermesslich sind, sollte jedem einleuchten: von der Herstellung (Stichwort: Seltene Erden) bis hin zur Entsorgung. Und wenn der Strom weiter mit fossilen Energieträgern wie Gas und Kohle generiert wird, dann wird sich auch am CO₂-Ausstoß nicht wirklich etwas ändern.

Rein mathematisch (und abhängig von der Häufigkeit und Intensität der Nutzung) ist es tatsächlich „umweltfreundlicher“ einen bereits existierenden PKW mit Verbrennermotor weiterzufahren, als ihn durch ein erst noch zu produzierendes Elektro-Auto zu ersetzen.

Eine Perspektive

Was wir brauchen, ist eine Verkehrsplanung, an der Expert*innen aus den Bereichen Stadtentwicklung, Umwelt und Soziales ebenso beteiligt sind, wie die, die auf Mobilität angewiesen sind.

Das Expertenwissen der Autobauer*innen darf nicht vergeudet werden, indem man die Kolleg*innen einfach auf die Straße setzt. Eine Verkehrswende, die diesen Namen auch verdient, macht mehr Busse, Bahnen und Fahrräder erforderlich, die irgendjemand kreieren und produzieren muss. Wieso sollte das nicht zu angemessenen Löhnen möglich sein?

Verpestet wurde die Atmosphäre seit 1886 durch den Verbrennermotor. Der Gewinn, den die Konzernführungen und ihre

Aktienbesitzer*innen daraus generiert haben ist unermesslich. Wieso sollte diese Summe („schmutzigen“) Geldes bei denen verbleiben, die von der Luftverschmutzung auch noch profitiert haben? Nehmen wir das Geld und stecken es in gesellschaftlich und umweltpolitisch sinnvolle, neue Arten der Fortbewegung. FORD selbst hätte dafür einige Fertigungshallen zur Verfügung.

Heute arbeiten noch 550.000 Menschen in Deutschland in der Autoindustrie. Nach traditionellen Maßgaben (Lohn, Preis und Profit) könnten bis zu 275.000 Stellen wegfallen. Für eine wirkliche Verkehrswende werden mindestens 200.000 zusätzliche Arbeitskräfte nur im Bereich der Produktion benötigt. Bei der Bahn, im ÖPNV und zum Umbau der Infrastruktur liegt der Bedarf bei weiteren rd. 200.000 Fachleuten (www.stephankrull.info; Schmitz/Urban (Hg.), Das neue Normal – Konflikte um die Arbeit von morgen, 2023.) Dieser Bedarf - nach modernen (weil gesunden) Maßstäben ausgerichtet - kann sogar noch mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich (!) verbunden werden, wodurch weitere 85.000 Jobs allein in der Produktion dazukämen.

Nicht die Umstellung auf einen klimaneutralen, günstigen, gerechten und guten öffentlichen Verkehr führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, sondern die Profitinteressen der Kapitalbesitzer*innen. Ihr Ziel ist nicht die Mobilitätswende, sondern nur eine Antriebswende hin zum E-Motor. Uns werden dann weiterhin unnötig große und leistungsstarke Fahrzeuge vorgesetzt, die wir „am besten“ alleine benutzen und damit am Ende nur wieder im Stau stehen.

Gemeinsam kämpfen!

Wir sollten den Arbeitsplatzabbau nicht hinnehmen, sondern jeden einzelnen Arbeitsplatz verteidigen. Die Proteste, zu denen es naturgemäß in den einzelnen Betrieben kommen wird, müssen mit einem gemeinsamen Forderungsprogramm und gemeinsamen Aktionen zusammengeführt werden.

Wir dürfen gespannt sein, wie die klugen Köpfe der immer noch unabhängigen Klimabewegung sich zu dem Problem verhalten werden. Denn eins ist klar: Die jungen Leute von FFF sind nicht nur für die Begrenzung des Klimawandels, sondern auch für die Begrenzung der sozialen Ungerechtigkeit. Und nicht wenige unter ihnen dürften Familienangehörige haben, die von den Entlassungen bei FORD betroffen sein werden – auch und gerade in Köln.



Filmstill aus: https://download.fsfe.org/videos/upcyclingandroid/about-upcycling-android_id_desktop.de.mp4/
CC-BY-SA

„Upcycling Android“: Smartphones – nachhaltig(er) und unter eigener Kontrolle

Mit Custom ROMs können Smartphones länger und selbstbestimmter genutzt werden // **Catie Keßler, Mitglied der GEW Köln**

Der Digitale CO₂-Fußabdruck von Smartphones ist hoch: Jährlich werden Millionen Smartphones allein in Deutschland nach durchschnittlich 2,5 Jahren ausgemustert, obwohl sie noch einwandfrei funktionieren. Dies geschieht unter anderem aus Lifestyle-Gründen, aber auch weil viele Smartphones bereits nach relativ kurzer Zeit keine (Sicherheits-)Updates seitens der Hersteller mehr erhalten (www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Digitaler-CO₂-Fußabdruck.pdf)

Für Smartphones gestaltet es sich leider weitaus schwieriger als für PCs und Laptops, ein neues Betriebssystem zu installieren. Apple-Geräte sind ein „Goldener Käfig“, der keinerlei alternative Software zulässt, Android-Geräte sind dagegen im Kern quelloffen. So entwickeln hier verschiedene Entwickler*innen und Communities auf Android basierende freie, alternative Betriebssysteme, sogenannte „Custom ROMs“:

Diese können zum einen dazu beitragen, Androidgeräten zu einer wesentlich längeren Nutzungsdauer zu verhelfen. Zum anderen ermöglichen sie eine größere Kontrolle über das eigene Gerät und die eigenen Daten.



<https://upcyclingandroid.org>

1. Nachhaltigkeit

Für die etwa 22 Millionen Smartphones, die jährlich allein in Deutschland neu gekauft werden, werden enorme Mengen an Rohstoffen benötigt, was in den Abbauländern u.a. zu einer Vergiftung des Ökosystems führt. 75% der CO₂-Emissionen, die ein Smartphone verursacht, entstehen bei der Herstellung (<https://www.duh.de/projekte/althandy/>). Die „Deutsche Umwelt Hilfe“ (DUH) appelliert daher: „Nutzen Sie ihr Handy so lange es funktioniert. So lässt sich die Produktion neuer Geräte am einfachsten verringern.“

Mit Hilfe von Custom ROMs können Geräte, für die es keine Hersteller-Updates mehr gibt, zum Teil noch viele Jahre mit Up-

dates versorgt und weitergenutzt werden.

2. „Digitale Selbstverteidigung“

Ein zweiter Vorzug von Custom ROMs ist die Option, mehr Kontrolle über sein eigenes Gerät und seine eigenen Daten zu erlangen sowie sich der teilweise massenhaft vorinstallierten Bloatware von Herstellern und Sponsoren zu entledigen: „Wenn Sie ein Samsung-Smartphone mit Android haben und dazu einen Vertrag mit Vodafone, stehen Ihnen gleich drei Unternehmen die Daten: Google sowieso, Samsung über firmeneigene Anpassungen in Android und Vodafone über standardmäßig installierte Apps. Bei anderen Anbietern ist das ähnlich.“ (<https://digitalcourage.de/digitale-selbstverteidigung/befreien-sie-ihr-smartphone>). Auch Google selbst sagt dazu „We know where you are. We know where you're been. We can more or less know what you're thinking about“ (https://t1p.de/interview_google_ceo) Wer diese Art von Tracking nicht (mehr) möchte, sollte sich über die freien Alternativen informieren. „Ein Custom-ROM ist der Königsweg, um Google den Datenhahn trotz Android-Handy zuzudrehen.“ (c't 2022, Heft 8)

Welche Custom-ROMs gibt es?

An dieser Stelle nur ein kurzer Einblick (ausführlicher: <https://gnulinux.ch/custom-roms-freie-fahrt-fuer-freie-androiden/>):

Ein Klassiker unter den Custom ROMs ist sicherlich LineageOS, das auch die Basis für einige andere Systeme darstellt. Es werden zahlreiche Geräte verschiedener Hersteller offiziell von LineageOS unterstützt und mit regelmäßigen Updates versorgt (<https://wiki.lineageos.org/devices/>). Es existiert zudem eine Variante mit „MicroG“ (<https://lineage.microg.org/>), s.u.

Das ROM /e/OS richtet sich insbesondere an durchschnittliche Nutzer*innen ohne besondere Technikenkenntnisse. Es bietet auf Open Source-Basis (Nextcloud) ein eigenes System von Online-Diensten an, für das (optional) ein kostenloser Account mit 1 Gigabyte Cloud-Speicher genutzt werden kann, der (kostenpflichtig) erweiterbar ist. Es werden derzeit offiziell über 200 Geräte unterstützt (<https://doc.e.foundation/devices>), inoffiziell noch einige mehr (<https://community.e.foundation/t/list-of-unofficial-builds-part-1/17050>).

Ein ROM, das ebenfalls viele - und darunter auch viele ältere - Geräte unterstützt, ist DivestOS. Das System ist äußerst sparsam und lässt sich auch auf bis zu zehn Jahre alten Geräten noch produktiv nutzen (ausführlicher: <https://gnulinux.ch/alte-android-geraete-reanimieren-und-entgooglen-mit-dem-custom-rom-divestos>).

Ironischerweise haben die Besitzer*innen von Google-Smartphones die besten Aussichten, ihr Gerät zu entgoogeln. Sowohl alle der o.g. ROMs bieten Builds für die Google-Pixel-Reihe an, als auch GrapheneOS und CalyxOS. Beide Systeme sollen einen einfachen und transparenten Installationsprozess bieten und eine komfortable Benutzererfahrung, die sich an gängigen Android-Geräten orientiert. GrapheneOS ist darüber hinaus auf maximale Sicherheit und Privatsphäre ausgelegt.

Wieviel Überwachung soll es sein?

Hier gibt es eine gewisse Bandbreite zwischen Komfort und Selbstbestimmung: Ein LineageOS kann auch in Kombination mit „freien“ Google-Apps (<https://opengapps.org/>) installiert werden. In diesem Fall werden nur die Hersteller-Apps entfernt und die sonstige „User-Experience“ (aber auch das Tracking) unterscheidet sich so gut wie nicht zu einem „normalen“ Android-System. Ein möglicher Kompromiss ist hier „MicroG“ (<https://microg.org/>).

Auf Geräten ganz ohne Google-Anbindung sind zwar neben freien Apps (bevorzugt aus dem F-Droid-Store: <https://f-droid.org/>) auch nahezu alle (kostenfreien) Apps aus dem Google-Playstore installierbar. Ob diese jedoch alle uneingeschränkt funktionieren, ist nicht garantiert (ausführlicher: https://t1p.de/gnulinux_plexus)

Gibt es überhaupt eine Alternative für mein Gerät?

Jedes Mobilgerät benötigt wegen zahlreicher nicht im Quellcode verfügbarer Treiber ein ROM, das für das ganz spezifische Gerätemodell angepasst sein muss.

Um zu prüfen, ob das eigene Gerät kompatibel ist, müssen entweder die Webseiten der jeweiligen Custom-ROMs einzeln konsultiert werden oder eine übergeordnete Suche wie „Sustaphones“ (<https://www.sustaphones.com/>). Dieses Projekt hat auch eine dezidierte Nachhaltigkeits-Perspektive. Wenn vorhanden, ist direkt auf die jeweilige Anleitung zum Akku-Tausch bei iFixit (<https://de.ifixit.com/>) verlinkt (ausführlicher: <https://gnulinux.ch/sustaphones-suche-nach-custom-roms-und-nachhaltigen-mobilgeraeten>).

Kurzlinks:



<https://www.theatlantic.com/technology/archive/2010/10/google-ceo-the-laws-are-written-by-lobbyists/63908/>



https://t1p.de/interview_google_ceo



<https://gnulinux.ch/%EF%BB%BFplexus-remove-the-fear-of-android-app-compatibility-on-de-googled-devices>



https://t1p.de/gnulinux_plexus

Wie kann ich ein nachhaltiges Gerät erhalten?

Nur einige wenige Anbieter bieten generalüberholte (refurbished) Smartphones mit vorinstalliertem freien Betriebssystemem zum Kauf an: Solche Geräte sind u.a. bei Murena (<https://murena.com/products/smartphones/>) mit /e/OS sowie bei iodé (<https://iode.tech/de/>) erhältlich.

Eine weitere Möglichkeit wäre der gezielte Kauf eines Geräts, das mit einem bzw. dem bevorzugten Custom ROM kompatibel ist. In Köln sind im Segment Refurbishing u.a. der AfB-Shop und Futurephones ansässig.

Wie kann ich ein Custom ROM selbst installieren?

Für viele Geräte bzw. ROMs ist der Installationsprozess relativ komplex und erfordert etwas Einarbeitung. Beispielhaft ist der Ablauf hier beschrieben: <https://www.kuketz-blog.de/lineageos-take-back-control-teil2/>

Mit etwas Glück gehört das eigene Gerät jedoch zu denjenigen Geräten, für die ein Installationsassistent zur Verfügung steht. Das sind zum einen die von CalyxOS und GrapheneOS unterstützten Pixel-Geräte sowie einige Geräte, für die /e/OS einen „Easy-Installer“ anbietet (momentan nur für 23 von über 200 Geräten).

Ein weiteres Tool, das die Installation erleichtern kann, ist der „Open Android Installer“ (<https://openandroidinstaller.org>). Darüber hinaus gibt es kommerzielle Dienstleister wie bspw. die Meissa GmbH (<https://meissa-gmbh.de>), die einen Installationservice mit Zu- und Rücksendung anbieten.

Unterstützung durch die Open Source Community

In diesem Feld engagieren sich lokale Initiativen wie „Topio e.V.“ in Berlin (<https://www.topio.info/>) und die europaweit aktive „Free Software Foundation Europe“ (FSFE) mit der Initiative „Upcycling Android“ (<https://fsfe.org/activities/upcyclingandroid/>). Hier können interessierte Menschen nachhaltige, zum Teil modulare, und trackingfreie Smartphones ausprobieren und erhalten kostenlose Beratung und Support, um auf ihrem eigenen Gerät ein alternatives Betriebssystem zu installieren. Topio e.V. ist in Berlin anzutreffen. In Köln und Umgebung existiert m.W. keine vergleichbare Initiative.

„Upcycling Android“ in Köln

Die FSFE bietet in unregelmäßigen Abständen mit Hilfe von Unterstützer*innen vor Ort in verschiedenen Städten Workshops an, zwei wurden in 2022 in Köln durchgeführt.

Voraussichtlich am 23.3. wird eine „Upcycling Android“-Veranstaltung in der Stadtbibliothek Köln stattfinden (<https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/veranstaltungen/>)

Wenn Interesse besteht, kann vielleicht auch im GEW-Rahmen ein Treffen oder Workshop organisiert werden.

Am 23. März veranstaltet die Stadtbibliothek Köln die „Digitale Werkstatt“ unter dem Titel: Upcycling Anroid.

Uhrzeit: 18h – 20h
Anmeldung unter:
<https://stadt-koeln.easy2book.de/upcycling-android-event-2319>

Ein Jahr Terror

Wie der Krieg in der Ukraine beendet werden kann, dazu gibt es zahlreiche Standpunkte. Welche Folgen die unterschiedlichsten Arten der modernen Kriegführung haben, darüber informieren die „Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) in einer Reihe von Webinaren. // Die „forum“-Redaktion



Am 24. Februar 2022 begann der von Wladimir Putin, dem Präsidenten der Russischen Föderation, befohlene Überfall auf die Ukraine. Wie immer gilt: Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Daher ist schwer zu sagen, wie viele Opfer dieser Krieg bereits gekostet hat. Im November gingen westliche Schätzungen von „deutlich mehr als 100.000 toten und verletzten russischen [...] und vermutlich mehr als 100.000 toten und verletzten ukrainischen Soldaten aus (Quelle: US-General Milley). Über 7.000 tote und mehr als 11.000 verletzte Zivilist*innen waren bis Anfang Februar dieses Jahres bestätigt („Hohes Kommissariat für Menschenrechte der UNO“). Der „Hohe Kommissar der UNO für Flüchtlinge“ geht von über 14 Millionen Flüchtlingen im In- und Ausland aus.

Aus diesen traurigen Gründen möchten wir euch über Folgendes informieren:

Webinare der „Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges“

„Die IPPNW veranstaltet in diesem Jahr alle zwei Wochen am Mittwoch um 19 Uhr ein Webinar zu Themen rund um den Ukrainekrieg. Die Vorträge dauern ca. 30 Minuten. Anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen bzw. zur Diskussion.

Vorwissen ist nicht erforderlich. Alle Vorträge sind kostenfrei. Die Termine werden auf der Homepage fortlaufend aktualisiert. Anmeldungen unter: <https://www.ippnw.de/index.php?id=1139>

Geben Sie die Hinweise gerne auch an Kolleg*innen, Freunde und Bekannte weiter.

8. März 2023, 19-20 Uhr

DAS RISIKO EINES ATOMWAFFENEINSATZES
Referentin: Dr. Inga Blum, internationales IPPNW-Vorstandsmitglied

22. März 2023, 19-20 Uhr

KLIMAKILLER KRIEG
Referentin: Dr. med. Angelika Claußen, IPPNW-Vorsitzende

5. April 2023, 19-20 Uhr

HUMANITÄRE FOLGEN DES UKRAINEKRIEGES
Referent*innen: Ralph Urban, IPPNW-Vorstandsmitglied und Susanne Grabenhorst, IPPNW-Mönchengladbach“



Ohne Waffen keine Kriege

„An jedem Krieg in jedem Land verdient am Schluss ...“, ja wer? Oder anders gefragt: Können Waffen Frieden sichern? Die Position der „Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen“ veröffentlichen wir an dieser Stelle. // Die „forum“-Redaktion

Pressemitteilung der DFG-VK, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (Dienstag, den 27. Dezember 2022)

DFG-VK fordert scharfes Rüstungsexport-Kontrollgesetz statt eines Rüstungsexport-Förderungsgesetzes!

Verbandsklagerecht zur möglichen gerichtlichen Kontrolle dringend vonnöten!

Direkt vor Weihnachten wurden die aktuellen Rüstungsexportzahlen und Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter für 2022 bekannt gegeben. Laut Auskunft des Staatssekretärs Sven Giegold im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) beträgt der Anteil der Einzelausfuhrgenehmigungen 2022 unglaublich hohe 8,35 Milliarden Euro.

Dies ist der zweithöchste Wert seit Publikation von Rüstungsexportberichten. Schlimmer noch: Mehr als ein Drittel der Kriegswaffen und Rüstungsgüter wurde seitens der Bundesregierung für sogenannte „Drittländer“ genehmigt: neben der Ukraine u.a. auch in die Krisenregion Südkorea und an Singapur, trotz der dortigen schweren Menschenrechtsverletzungen.

„Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern eine Vorwegnahme der Stoßrichtung des sich in Arbeit befindlichen neuen ‚Rüstungsexportkontrollgesetzes‘“, kritisiert Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK. „Hemmungslos hat die Bundesregierung 2022 Rüstungsexporte für die im Jemen kriegführenden Länder Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten genehmigt.“

Saudi-Arabien erhält seither wieder Zulieferungen für Ausrüstung und Bewaffnung sowie Munition für seine Eurofighter und Tornado. Ungeachtet dessen, dass mit genau diesen Kampfflugzeugen in den vergangenen Jahren zivile Ziele im Jemen aus der Luft bombardiert und immens viele Zivilisten ermordet wurden. „Das Morden auch mit deutschen Waffen und Munition kann ungehemmt fortgesetzt werden!“, so Grässlin, der 2022 an allen drei Fachgesprächen auf Einladung des BMWK zum neuen ‚Rüstungsexportkontrollgesetz‘ teilgenommen hat.

„Angesichts dieser Exportpraxis wird auch offenbar, weshalb die Ampelkoalition eine demokratische gerichtliche Überprüfung der Exportgenehmigungen scheitert wie der Teufel das Weihwasser. Was im Umwelt- und Behindertenrecht längst Standard ist, wird durch das BMWK und die Bundesregierung bei Kriegswaffenexporten aktiv verhindert: die Schaffung eines Verbandsklagerechts, das eine demokratisch notwendige gerichtliche Kontrolle erfolgter Genehmigungen ermöglichen würde.“

Die Rüstungsexportpraxis 2022 – dem Jahr 1 der Ampelkoalition – beweist laut Grässlin: „In keinem anderen Politikbereich wird seitens der Bundesregierung von SPD, GRÜNEN und FDP mehr geheuchelt und geblendet als bei Waffenexporten. Während sie von mehr Restriktionen, Menschenrechten und Kontrolle spricht, genehmigt sie zugleich Kriegswaffenexporten an menschenrechtsverletzende und kriegführende Regierungen. Die Lösung liegt laut DFG-VK in einem scharfen Rüstungsexport-Kontrollgesetz, statt dem sich abzeichnenden Rüstungsexport-Förderungsgesetz, wie es das BMWK vorgelegt hat und 2023 seitens der Ampelkoalition verabschieden will!“

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Vorsitzender des RüstungsInformations-Büros (RIB e.V.)

Kontakt: Tel. 0761-7678208, Mob. 0170-6113759,
jjg@rib-ev.de, graesslin@dfg-vk.de



Frau. Leben. Freiheit. (Foto: Privat)

Wie weiter im Iran?

Am 16. September 2022 war der gewaltsame Tod der 24-jährigen Jina Amini Auslöser einer neuen Welle des Aufstands in der Islamischen Republik Iran. Zu den Hintergründen und Perspektiven der Revolution ein Interview mit einer Lehrkraft aus dem Iran, die sich im Exil befindet. Die Fragen stellte // **Stefan Schüller-Breu, Mitglied der GfV und der „forum“-Redaktion**

forum: Wie sieht das Bildungssystem im Iran aus?

IRAN. LEHRKRAFT: Das Bildungssystem im Iran ist in drei Stufen unterteilt: Grundschule, Sekundarschule und Hochschule. Die Grundschulbildung ist für alle Kinder zwischen 6 und 12 Jahren obligatorisch. Die Sekundarstufe ist in zwei Stufen unterteilt: Die erste Stufe ist für Lernende zwischen 12 und 15 Jahren, die zweite Stufe für Lernende zwischen 16 und 18 Jahren. Was mit den Kindern während ihrer 12-jährigen Schulzeit geschieht, ist umstritten.

Als zentrales Element des Bildungssystems spielt die Schule eine wichtige Rolle bei der Prägung der Überzeugungen und Werte der Gesellschaft. Es ist jedoch wichtig zu berücksichtigen, welche Werte und Überzeugungen in der Schule vorherrschen und welche Kultur und sozialen Bedingungen die Schule reproduziert. In einer auf dem kapitalistischen System basierenden Klassengesellschaft ist die vorherrschende Kultur die des Profits und des Kapitals, und die beste-

hende Struktur muss ihre Werte aufrechterhalten und verstetigen. Zu diesem Zweck versuchen verschiedene Institutionen, darunter auch die Schulen, die vorherrschenden Werte der Klasse zu produzieren und reproduzieren, die den Propagandaapparat, die Medien und die Institution der Religion kontrolliert. Diese Werte werden so vermittelt, dass sie als die Werte der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Andererseits sollte Bildung nicht als Ware betrachtet werden, sondern als ein Prozess zur Bildung von Individuen, die der Gesellschaft auf verschiedene Weise dienen und zu ihrem Wachstum und Wohlstand beitragen können.

Gemäß dem 30. Grundsatz der Verfassung sollte die Bildung bis zum Ende der Oberstufe kostenlos sein, doch im Iran wird dieser Grundsatz nicht eingehalten. Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Bildung hat dazu geführt, dass Kinder aus benachteiligten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, insbesondere in Randgebieten, keinen Zugang zu kostenloser Bil-

dung und gleichen Bildungschancen haben. Dies hat dazu geführt, dass einer Reihe von Schülern die Bildung vorenthalten wird und sie diskriminiert werden. Besonders schwerwiegend sind die Auswirkungen dieses Problems für Kinder aus unteren Schichten und Mädchen.

Da der Iran ein multinationales Land mit kultureller und sprachlicher Vielfalt ist, sind etwa 50 Prozent der Bevölkerung nicht persischsprachig. Diese Menschen sind gezwungen, ab dem 6. Lebensjahr auf Persisch zu lernen. Die Unfähigkeit, in ihrer Muttersprache zu unterrichten, sowie ein Lehrplan, der nicht auf die Bedürfnisse der Schüler und ihre kulturellen und umweltbedingten Besonderheiten zugeschnitten ist, stellen ein Problem für das Bildungswesen in Randgebieten dar. Dies ist besonders in der Grundschulzeit problematisch und schadet der dynamischen und kreativen Erziehung dieser Kinder. Ein weiteres Problem im Bildungssystem ist die ideologische und geschlechtsspezifische Erziehung, bei der Themen wie Kinderheirat und Geschlechterdiskriminierung auf strukturierte Weise in die Lehrbücher aufgenommen werden.

forum: Gibt es im Iran auch eine Lehrer*innengewerkschaft? Und wann begannen sich die Lehrkräfte im Iran zu organisieren?

IRAN. LEHRKRAFT: Im Jahr 2020 bildete eine Gruppe von Lehrkräften, die mit der ineffizienten Verwaltung des Bildungswesens und dem unsicheren Lebensunterhalt und Status von Lehrkräften unzufrieden waren, den Gründungsvorstand der Lehrer*innengewerkschaft. Im März 2020 erteilte das Innenministerium die Genehmigung zur Gründung der Gewerkschaft.

Die erste Generalversammlung wurde abgehalten, um den Vorstand zu wählen und die Statuten der Vereinigung zu genehmigen. In der Folge wurden in verschiedenen Städten Zentren eingerichtet, was zur Gründung des Koordinierungsrates der Kulturgewerkschaften führte, der sich aus Vertretern aller Zentren und Verbände im ganzen Land zusammensetzt. Da die Zahl der Organisationen und Gewerkschaften im ganzen Land gestiegen ist, hat der Koordinierungsrat der iranischen Lehrer*innengewerkschaften (Coordinating Council of Iranian Teachers' Trade Associations – CCITTA) die Schaffung von Kohärenz und einheitlichem Handeln bei allen organisatorischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten auf seine Tagesordnung gesetzt. Infolgedessen koordiniert ein großer Teil der Lehrkräfte unter der Leitung des CCITTA ihre gewerkschaftlichen und fachlichen Aktivitäten.

Zu den Forderungen der CCITTA gehören:

- Schaffung von Einheit und Solidarität unter den Lehrkräften
- Verteidigung der materiellen und geistigen Rechte aller Lehrkräfte im ganzen Land
- Schaffung einer tiefen und stabilen Beziehung zwischen Lehrkräften und anderen Teilen der Gesellschaft
- Schaffung der Grundlage für die Beteiligung der Lehrkräfte an Entscheidungsfindungen und Bildung
- Beseitigung der Diskriminierung zwischen Lehrkräften und anderen Staatsbediensteten
- Kampf für kostenlose Bildung und Bildungsgerechtigkeit
- Kampf gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung
- Kampf gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung
- Einsatz für geschlechtsneutrale Lehrbücher
- Unterricht in der Muttersprache

forum: Was sind die aktuellen Probleme dieser Gewerkschaft? Wie sind die Lehrkräfte-Organisationen durch das Regime bedroht und gefährdet?

IRAN. LEHRKRAFT: Seit dem 1. Mai 2022, also bis vor den Berichten über Jina, wurden mehr als zweihundert Lehrkräfte verhaftet, vorgeladen, untersucht und/oder vom Sicherheitsapparat der Regierung verhört, ohne dass es dafür eine rechtliche Grundlage gab. Einige verhaftete Lehrkräfte haben versucht, gegen das rechtswidrige und repressive Vorgehen der Sicherheits- und Geheimdienste zu protestieren, indem sie in der Gefangenschaft in den Hungerstreik traten. Eskandar Lotfi, Mitglied der Lehrer*innengewerkschaft von Marivan-Kurdistan und Sprecher des Koordi-

Die regionale und globale Solidarität der radikalen, feministischen und demokratischen Kräfte ist so wichtig, um zu verhindern, dass die Frauenrevolution im Iran von reaktionären Kräften wie den royalistischen und zentralistischen Nationalisten, die von westlichen Mächten, dem Geld, einer Lobby und den Massenmedien unterstützt werden, unterwandert wird.

nierungsrats der iranischen Lehrgewerkschaften (CCITTA), trat zehn Tage lang in einen Hungerstreik, den er aufgrund seines kritischen Gesundheitszustands beendete.

Die Angehörigen der inhaftierten Lehrkräfte haben außerdem einen gemeinsamen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie ihre Besorgnis über die inakzeptablen Bedingungen und die anhaltende Inhaftierung ihrer Angehörigen zum Ausdruck bringen. CCITTA hat sich für die Freiheit aller inhaftierten Lehrkräfte eingesetzt und Kolleg*innen und Gewerkschaften in der ganzen Welt kontaktiert, um der Stimme der iranischen Lehrkräfte international Gehör zu verschaffen. Wir haben unseren globalen Gewerkschaftsverband, Education International, und die angeschlossenen Gewerkschaften während dieser Zeit und insbesondere seit dem jüngsten Vorgehen der Regierung gegen die Aktivitäten iranischer Lehrkräfte am 1. Mai regelmäßig auf dem Laufenden gehalten. Wir haben auch eine Petition an die IAO gerichtet, die in kurzer Zeit von mehr als 5000 Personen unterzeichnet wurde und die internationale Aufmerksamkeit auf den Fall der iranischen Lehrkräfte und Gewerkschafter*innen lenkte.

In diesem offenen Brief forderte der Koordinierungsrat der iranischen Lehrer*innengewerkschaften, auf seiner 110. Jahrestagung vom 27. Mai bis 11. Juni 2022 in Genf (IAO) unter anderem folgende Klauseln:

- Bedingungslose und sofortige Einstellung aller Anklagen gegen inhaftierte Gewerkschafter*innen und Freilassung aller Inhaftierten
- Aufforderung an die iranische Regierung, die Rechte aller Beschäftigten, einschließlich der Lehrkräfte, auf gewerkschaftliche Organisation, Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, einschließlich des Rechts auf friedliche Versammlung, ohne Furcht vor staatlichen Eingriffen zu respektieren und zu wahren
- Erwägung der Entsendung einer internationalen Delegation in den Iran unter der Koordination der Arbeitsgruppe der internationalen Arbeitsorganisation und der globalen Gewerkschaftsverbände, um die Arbeitsbedingungen im Iran zu untersuchen, mit unabhängigen Gewerkschaften zusammenzutreffen und inhaftierte Gewerkschaftsaktivist*innen und ihre Familien zu besuchen
- die Forderung, die Vertreter*innen der iranischen Regierung aus dem Vorstand der Internationalen Arbeitsorganisation zu entlassen und ihre Wiederwahl nicht zu unterstützen, da sie ständig gegen internationale Arbeitsübereinkommen verstoßen und für die anhaltende Unterdrückung von Gewerkschaften und aktiven Gewerkschafter*innen im Iran nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Die iranischen Lehrkräfte haben sich an vorderster Front gegen die zunehmenden Angriffe der Regierung und des Privatsektors auf die kostenlose öffentliche Bildung gewehrt. Seit der Einführung der neoliberalen Politik im Land kämpfen sie mit Zähnen und Klauen für das Recht der Schüler*innen auf uneingeschränkten Zugang zu kostenloser und öffentlich finanzierter Bildung.

Ohne die inspirierenden Aktivitäten dieser Lehrkräfte wäre die öffentliche Bildung längst von einem Menschenrecht zu einem Privileg für die Reichen und die Oberschicht geworden. Die Erfahrungen der iranischen Lehrkräfte geben nicht nur der Lehrer*innenbewegung Hoffnung, sondern auch anderen Gewerkschaften und Menschen im ganzen Land und darüber hinaus. Sie motiviert und ermutigt zur Selbstorganisation von Kollektiven an der Basis, um nicht nur für ein gerechtes und demokratisches öffentliches Bildungssystem, sondern auch für ein menschenwürdiges Leben für alle einzutreten und es zu verteidigen.

forum: Wie sind die Gewerkschaft und die Lehrkräfte an den aktuellen Protesten beteiligt?

IRAN. LEHRKRAFT: Die CCITTA ist eine iranische Organisation, die sich gegen die anhaltende gewaltsame Unterdrückung durch die Regierung als Reaktion auf die Massenproteste wehrt. Das Vorgehen der Regierung hat zum Tod von mehr als 600 Menschen geführt, darunter eine große Zahl von Studierenden und Kindern, insbesondere aus marginalisierten nationalen Minderheiten. Zuverlässigen Quellen zufolge wurden bei dem Aufstand mindestens 70 Kinder und Gymnasialist*innen getötet, von denen fast 6 Prozent aus den kurdischen und belutschischen Gemeinschaften stammten, den beiden am stärksten marginalisierten nationalen Minderheiten. Außerdem wurden landesweit etwa 20.000 Menschen verhaftet.

Die Organisation verurteilt die Maßnahmen der Regierung, darunter die rechtswidrige Inhaftierung von Studierenden und Lehrkräften, die Anwendung von Folter und erzwungenen Geständnissen, sowie die Hinrichtung von politischen Gefangenen. Die CCITTA fordert ein Ende der Gewalt und die Anerkennung des Rechts der Bevölkerung auf Proteste durch die Regierung.

Die CCITTA bekundet ihre Solidarität mit dem Volk und seinem Recht auf Protest und fordert die Freilassung der verhafteten Studierenden und ein Ende der Gewalt der Regierung gegen das Volk und die Kinder. Die CCITTA macht deutlich, dass sie Teil des iranischen Volkes ist und dass die Maßnahmen der Regierung auch sie betreffen.

Als Reaktion auf die Maßnahmen der Regierung hat die CCITTA in den ersten Wochen der Proteste zwei Formen von Protestaktionen angekündigt:

1. Eine dreitägige landesweite Trauerkundgebung, bei der die Lehrkräfte die Gräber der Opfer und ihrer Familien besuchten, schwarze Kleidung und andere schwarze Tücher trugen, um ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit den Hinterbliebenen auszudrücken.
2. Sitzstreik für zwei Tage, bei dem die Lehrkräfte in den Schulen erscheinen, aber nicht in die Klassenzimmer gehen.
3. Abhalten des Tweeterstorms am 10. November 2022 unter dem #StopKillingChildrenIran.

Es ist anzumerken, dass die Leistung der Lehrer*innengewerkschaften im aktuellen Aufstand von der allgemeinen Situation der Proteste in jedem Ort abhängt. Die Lehrer*innengewerkschaften können nicht als Gremien von Demonstrierenden betrachtet werden, die sich vom Rest der Gesellschaft abkapseln. Dies erklärt in etwa, warum der Aufruf der CCITTA zu Sitzstreiks von der überwäl-

Die Tatsache, dass die beiden Lehrkräfte von den Sicherheitskräften des Regimes in Saqqez und Jawanrud, zwei kurdischen Städten, getötet wurden, ist in diesem Zusammenhang recht aufschlussreich. Sie waren die einzigen Lehrkräfte, die auf offener Straße erschossen wurden. Andererseits wurden die Aufrufe der CCITTA zu Streiks und anderen Formen des Protests in Orten, in denen die Bevölkerung eher reformorientiert oder regimetreu ist, am wenigsten gehört.

forum: Gibt es eine Möglichkeit für die GEW (Köln) und auch für die Lehrkräfte in Deutschland, den Protest zu unterstützen?

IRAN. LEHRKRAFT: Was sich heute im Iran abspielt, sowohl unter dem Aspekt des Feminismus als auch unter dem Aspekt der Klassenbeziehungen, ist nicht auf den Iran beschränkt. Ungeachtet der künstlichen Grenzen ist das Leben der Menschen in der gesamten Region des Nahen Ostens kulturell, intellektuell, aber auch materiell eng miteinander verbunden. Wir sollten auch beachten, dass die Kurdenpolitik im Zentrum dieser Bewegung steht. Und die kurdische Frage ist von ihrem Wesen her eine regionale

Diese Revolution ist die Stimme der am meisten unterdrückten Gruppen, in deren Mittelpunkt die Stimme der Frauen steht. Fortschrittliche Kräfte außerhalb des Irans sollten die Sensibilität des Augenblicks ergreifen und Schulter an Schulter mit der Revolution stehen und nicht zulassen, dass die Eliten, die Stimmen der oberen Mittelschicht, die Nationalisten und Zentralisten die Darstellung der Bewegung in den Medien außerhalb des Irans dominieren.

tigenden Mehrheit der Schulen in den kurdischen Regionen, die das Hauptzentrum des revolutionären Aufstandes waren, positiv aufgenommen wurde.

In anderen Regionen, die als „Grauzone“ der Proteste bezeichnet wurden und in denen sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht an den Protesten beteiligte, beteiligten sich die Lehrkräfte nicht an den Streiks. Dies war in den großen Städten im Zentraliran der Fall, von denen Teheran selbst am auffälligsten war. Dies erklärt die Dynamik der Lehrer*innengewerkschaft und ihre Verflechtung mit der breiteren Struktur der Gesellschaft. Und es erklärt, warum sich die Lehrer*innengewerkschaften aktiv an den Protesten in Kurdistan beteiligt haben.

Frage; was auch immer in einem Teil Kurdistans geschieht, es wird so schnell die anderen drei Teile betreffen.

Und wir wissen, dass die Frage der Frauenrechte keine Grenzen kennt; Frauen werden überall auf der Welt unterdrückt. Diese beiden Aspekte der Bewegung, nämlich die der Frauen und die der Kurden, verbinden sie unmittelbar mit den Bewegungen in anderen Ländern des Nahen Ostens, einschließlich der Türkei. Diese Solidaritätsproteste, die von unseren Verbündeten in den Straßen auf der ganzen Welt abgehalten werden, sind von grundlegender Bedeutung für die Bewegung und tragen dazu bei, sie weiter voranzutreiben. Und wir sollten bedenken, dass die Ergebnisse der Demokrati-

sierung eines solchen diktatorischen Staates wie dem Iran direkt in Bagdad, Kabul, Rojava, Beirut und dem gesamten Nahen Osten zu spüren sein werden. Dies ist ein gemeinsamer Kampf aller Unterdrückten gegen die herrschenden Eliten in der gesamten Region. Wir müssen also alle gemeinsam vorwärts gehen.

Ich möchte einen Aufruf an die weltweite feministische Bewegung und die internationalen Gewerkschaftsorganisationen richten:

Der Fall von Jina Amini hat weltweit große Beachtung gefunden. Hashtags im Zusammenhang mit ihrem Namen haben in der (kurzen) Geschichte der sozialen Medien einen Durchbruch erzielt. Die Solidaritätsbekundungen mit Jina und den iranischen Frauen beschränkten sich sicherlich nicht auf die progressiven Stimmen. Aber wir kurdischen und iranischen Frauen wissen alle, dass diese symbolische Solidarität, so wichtig sie auch ist, nicht unbedingt in materielle Unterstützung für unsere Bewegung umgesetzt werden kann. Wir wissen auch, dass die Macht von Hashtags und Trends in den sozialen Medien ihr eigenes Tempo und ihre eigene Logik haben.

Wir suchen die Solidarität der radikalen und fortschrittlichsten Kräfte auf der ganzen Welt. Wir schätzen jene Kräfte, die dazu beitragen, dass die echten und unzensurierten Stimmen der iranischen Frauen regional und international gehört werden, wenn sie auf der Straße gegen eine der härtesten Diktaturen im Nahen Osten kämpfen. Die regionale und globale Solidarität der radikalen, feministischen und demokratischen Kräfte ist so wichtig, um zu verhindern, dass die Frauenrevolution im Iran von reaktionären Kräften wie den royalistischen und zentralistischen Nationalisten, die von westlichen Mächten, Geld, Lobby und Massenmedien unterstützt werden, unterwandert wird.

Diese Revolution ist die Stimme der am meisten unterdrückten Gruppen, in deren Mittelpunkt die Stimme der Frauen steht. Fortschrittliche Kräfte außerhalb des Irans sollten die Sensibilität des Augenblicks ergreifen und Schulter an Schulter mit der Revolution stehen und nicht zulassen, dass die Eliten, die Stimmen der oberen Mittelschicht, die Nationalisten und Zentralisten die Darstellung der Bewegung in den Medien außerhalb des Irans dominieren. Viele Einzelpersonen und bekannte Persönlichkeiten sowie Organisationen haben die Islamische Republik Iran in der ganzen Welt verurteilt, was für die Menschen, die für ihre Rechte protestieren, sehr ermutigend ist. Im Iran ist eine große feministische Bewegung im Gange, und ihre Errungenschaften werden sich definitiv auf die Nachbarländer wie

Viele Einzelpersonen und bekannte Persönlichkeiten sowie Organisationen haben die Islamische Republik Iran in der ganzen Welt verurteilt.

die Türkei, den Irak, den Libanon, Afghanistan, Syrien usw. auswirken und diese beeinflussen.

forum: Was sind die Forderungen/Wünsche für die Zukunft?

IRAN. LEHRKRAFT: Die Frauen im Iran werden seit Jahrzehnten systematisch unterdrückt. Dieser Protest ist der mehr als hundertjährigen feministischen Bewegung im Iran geschuldet, die sich für die Handlungsfähigkeit der Frauen und die Kontrolle über ihren eigenen Körper einsetzt. Sie werden ihrer körperlichen Autonomie beraubt. Die Kontrolle des Körpers, insbesondere des weiblichen Körpers, hat im Iran und überall auf der Welt eine lange Geschichte. Die Frauen haben sich jedoch gegen diese Unterwerfung gewehrt, früher durch die Verbrennung ihres Körpers, heute durch das Verbrennen des Kopftuchs und das Abschneiden ihrer Haare.

In der Rebellion der Frauen gegen die Kontrolle über ihren Körper steckte ein starkes politisches Potenzial, das nur auf einen Auslöser wartete, um gezündet zu werden. Die Ermordung von Jina war der endgültige Auslöser. Die Slogans dieser Proteste haben das Gefühl der Hilflosigkeit in Hoffnung verwandelt; die Hoffnung, welche die Botschaft „Ich besitze meinen eigenen Körper“ unter Teenagern und anderen verbreitet, was ein Zeichen für die intellektuelle Reife der Jugend sein könnte. Es war ein schrittweiser Prozess der sozialen Entwicklung, der diesen Gedanken hervorgebracht hat. Hervorzuheben ist das System, in dem Männer und Frauen an der Kontrolle von Frauen und Frauenkörpern beteiligt sind. Die Regierung kann dies zum Beispiel nicht ohne die Familien tun.

Außerdem wollen die Frauen, dass die Menschenrechte im Allgemeinen und die Rechte der Frauen im Besonderen respektiert werden. Gerechtigkeit, rechtliche Gleichstellung, gleiche berufliche Chancen, Rede-, Glaubens- und Meinungsfreiheit sowie angemessene wirtschaftliche Bedingungen gehören zu ihren Forderungen. Sie fordern und kämpfen für die Abschaffung aller diskriminierenden Vorschriften und Gesetze, der Instrumente, mit denen sie unter-

drückt und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt wurden, wie z. B. die Gleichberechtigung der Frauen bei Scheidung, Sorgerecht für Kinder, Heiratsregelungen, gesetzliches Heiratsalter für Mädchen und Jungen und gesetzliches Verbot der Polygamie. Studentinnen sind von verschiedenen Studienfächern ausgeschlossen, Frauen dürfen bestimmte Berufe nicht ausüben, z. B. in der Justiz arbeiten oder als Sängerin auftreten, und Studentinnen sind von bestimmten Studienfächern an den Universitäten ausgeschlossen.

Durch einen Erlass wurden alle Richterinnen entlassen und Studentinnen von den juristischen Fakultäten ausgeschlossen. Frauen ist die Teilnahme an einigen Sportarten untersagt, und sie dürfen Männern auf Sportplätzen nicht zusehen. Die auf der Scharia basierenden Gesetze geben Männern das absolute Recht, mehrere Ehefrauen gleichzeitig zu haben, sowie das Recht, sich von ihren Frauen nach Belieben scheiden zu lassen.

Die Gesetze zum Sorgerecht für Kinder sind zugunsten der Männer: Nach einer Scheidung dürfen Frauen ihre Jungen nur bis zum Alter von zwei Jahren und Mädchen bis zum Alter von sieben Jahren behalten. Danach haben die Väter das Recht auf das volle Sorgerecht. Die Zeugenaussage der Frauen vor dem Gericht wurde mit einem halben Mann bewertet. Das Blutgeld für eine ermordete Frau wurde auf die Hälfte des Blutgeldes eines Mannes festgesetzt. Wenn die Familie einer ermordeten Frau Vergeltung in Form von Naturalien (qesaas) fordert, sind ihre Verwandten verpflichtet, der Familie des Mörders das volle Blutgeld als Entschädigung zu zahlen. Frauen kämpfen seit Jahrzehnten für ihre gestohlenen Rechte, und dieses Mal sind sie sehr klar und deutlich, was sie wollen und was sie nicht wollen. Die Demonstrant*innen verbrannten symbolisch ihre Kopftücher, um gegen Gesetze zu protestieren, die Frauen zum Tragen des Hidschab zwingen.

Der Sturz der Regierung oder der unterdrückenden Gruppe ist eine der grundlegendsten Forderungen dieses Protests, aber Frauen und Menschen, die unter intersektionaler Unterdrückung leiden, sollten wissen, dass ein einfacher Regierungswechsel sie unseren Forderungen nicht unbedingt näher bringen wird, solange die tief verwurzelten patriarchalischen Institutionen intakt bleiben. Unsere radikalen Forderungen sind also das Ende der autokratischen Diktatur und die Neuformulierung der Gesetze auf der Grundlage der säkularen Menschenrechte im Allgemeinen und die Neuformulierung der Gesetze, die Frauen betreffen, durch Frauen selbst.



Alte Burg für junge Leser – Die Ruheständler*innen im Bilderbuchmuseum Troisdorf

// Silke Weinberger-Brümmer, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen

Um seine Bilderbücher habe ich meinen jüngeren Bruder immer etwas beneidet, denn die waren viel schöner als meine. In seine Bilderbuchzeit Anfang der Fünfzigerjahre fiel damals ein Quantensprung in der liebevollen Gestaltung, besonders der Bebilderung.

Vielleicht liegt es an diesem gefühlten Mangel, dass ich als Erwachsene, ohne je Enkelkinder gehabt zu haben, eine kleine Sammlung von etwa 50 Stück gar nicht mal besonders wertvoller Bilderbücher für mich zusammengetragen habe. Die sind inzwischen in einer Kita sicherlich besser aufgehoben; ich habe mich aber nur schweren Herzens von ihnen getrennt (und ein paar meiner absoluten Lieblinge habe ich auch immer noch).

Doch was sind schon 50 Bilderbücher! In Troisdorf könnten sie über eine solche Zahl wohl nur mitleidig lächeln, denn schon ganz zu Anfang, als die Stadt 1982 die Sammlung Alsleben erbt, ging es um immerhin 800 Bücher – und außerdem um 300 Originalillustrationen. Da traf es sich gut, dass die Stadtverwaltung gerade aus der Burg Wissem auszog, denn auch wenn diese erst um 1840 auf älteren Bauresten errichtet wurde, so sieht sie doch aus wie ein Märchenschloss

und eignet sich deshalb perfekt als Museum für Kinder- und (Erwachsenen)träume.

So zogen also die 800 mit ihren 300 Bilderkumpeln dort ein. Bei dieser Zahl ist es aber natürlich nicht geblieben. Bilderbücher haben offensichtlich einen immensen Hang zur ungeschlechtlichen Vermehrung (eigene leid- und lustvolle Erfahrung). Diese Tendenz wächst bei reichen Erwachsenen anscheinend ins kaum Ermessliche und endet dann in großen Sammlungen. Mehr als eine dieser Sammlungen hat dann ihren Weg nach Troisdorf gefunden: als Ankauf (das Museum hat einen eigenen Etat dafür), als Dauerleihgabe (Janosch mit 2000 originalen Bildern) oder Schenkungen.

Inzwischen besitzt das Museum 30.000 Bücher und 20.000 Illustrationen, viel zu viel, um alles zu zeigen. So haben wir von den 4.000 medizinischen Bilderbüchern keines gesehen, und die historischen Kostbarkeiten der Sammlung Brüggemann (2.000 Bücher, das älteste von 1498) bekommt man ohnehin nicht in die Finger, höchstens mal zu Gesicht; aber für die Rotkäppchen-Sammlung des Ehepaars Waldemann – immerhin 800 Stücke, nicht ausschließlich Bücher und Bilder – sahen wir einen besonderen Rotkäppchen-Raum (passt ja auch in

ein Märchenschloss). Es finden immer wieder Sonderausstellungen statt, derzeit eine zu den Büchern und Grafiken von Cornelia Funke. Und alle zwei Jahre verleiht das Museum seinen Bilderbuchpreis. In der Jury sitzen dann neben anderen Fachleuten auch Kinder (gehört sich ja auch so).

Überhaupt die Kinder! Die kommen natürlich auch sonst, an der Hand ihrer Eltern und Großeltern oder als ganze Gruppen. Dort schauen sie sich dann Bücher zu einem bestimmten Thema an, reden darüber und malen oder basteln dazu. Die junge Museumspädagogin, die uns führte, erzählte begeistert und begeisternd von ihrer Arbeit mit diesen Kursen.

Vor lauter Zuhören und Schauen sind wir gar nicht zum Anfassen und Lesen gekommen, was man im Turmzimmer durchaus darf, wenn man mit eigenen Kindern kommt oder als Großeltern nach spannenden Ideen für die Enkelgeneration sucht. Aber Köln liegt ja glücklicherweise recht nahe am einzigen Bilderbuchmuseum Deutschlands. Die anderen beiden, die es weltweit noch gibt, wären mit Japan oder den USA vielleicht ein bisschen weit weg zum bald Wiederkommen.

Fotos: Helga Pennartz



Erzengel Michael



Wollknäuel mit Werbebänderole der Firma Ermen & Engels

Besuch im Engel-Museum in Engelskirchen

// Helga Pennartz, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen (Text und Foto)

Die Vorweihnachtszeit animierte die Ruheständler*innen zum Besuch des Engelsmuseums in Engelskirchen.

Der Sammler Johann Fischer aus Engelskirchen in der Gemeinde Kürten hatte seit 1985 eine Engelsammlung aus aller Welt zusammengetragen, die im Jahr 2002 mit 12.642 Exemplaren als Weltrekord in das Guinness-Buch der Rekorde eingetragen wurde.

Johann Fischer hatte einen weiteren Traum. Er wollte, dass das Ergebnis seiner Sammelleidenschaft einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht würde, und zwar nach Möglichkeit in Engelskirchen. Dort entstand der Engelverein, der sich als Träger für die museale Ausstellung stark machte.

Seit 2015 findet man das erste Deutsche Engelmuseum in der „Alten Schlosserei“ der ehemaligen Baumwollfabrik Ermen & Engels. Das Museum bietet einen Einblick in die laut Guinness-Buch größte Engelsammlung der Welt – von Kitsch bis Kunst, aus unterschiedlichen Epochen und Darstellungsvarianten.

Durch eine engagierte Führung erhielten wir zuerst einen Einblick in die Sonderausstellung „Glanz und Glitzer - Weihnachten in Amerika“. In dieser Sonderausstellung gehörte Santa Claus ebenso zum Weihnachtsfest wie das Erscheinen von Engeln

in vielfältiger Ausführung. Einige in prunkvollen Gewändern andere wiederum voller Glitzer und Glitter bevölkerten eine Winterlandschaft. Es gab einige aufwändig gestaltete Exemplare, die im weiten Rock die ganze Weihnachtsgeschichte thematisieren. Ein Kaminzimmer mit prächtigem Tannenbaum wartete auf das Erscheinen von Santa Claus. Ein Sessel stand schon bereit, damit der alte Mann sich ausruhen konnte. Die Kinder hatten Cookies und Milch für ihn bereitgestellt und natürlich Karotten für die Rentiere. Alle gezeigten Engel stammen aus der umfangreichen Sammlung einer Sammlerin aus Frankfurt und wurden dem Museum im Frühjahr 2022 geschenkt.

Die Decke des Museums ist als blauer Himmel mit Wölkchen bemalt. Daran sind über 200 Engel befestigt, einige schweben an einer Schnur hinab. Im weiteren Teil des Museums entdeckten wir einige Besonderheiten. Der Erzengel Michael mit der Seelenwaage aus dem 17./18. Jahrhundert gehört neben Engelplastiken aus Mesopotamien um 1.000 v. Chr. zu den wertvollsten Ausstellungstücken.

Der Bereich des Schutzengels thematisiert die Sehnsucht nach persönlicher Fürsorge. So sahen wir Figuren von Soldaten des 1. Weltkrieges, die durch Engelfiguren in wallenden, leichten Gewändern geschützt werden sollten. Die Faszination des Schutz-

engels liegt in der Vorstellung einer allgegenwärtigen, schützenden Macht. In der Bibel heißt es, dass jedem Menschen (Psalm 91,3-4) ein Schutzengel zur Verfügung stehe. Wo brauchte man ihn mehr als im 1. Weltkrieg vor Metz oder Verdun?

Eine Befragung des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Magazins GEO ergab 2005, dass etwa zwei Drittel aller Deutschen an Schutzengel glauben. Die Tatsache, dass mehr Menschen an Schutzengel als an einen Gott glaubten, sieht die Theologin Christa A. Thiel darin begründet, dass Engel „greifbarer als Gott“ seien.

Werbung mit Engeln ist weit verbreitet. Sie suggeriert ein positives, ehrliches Produkt. Schon die benachbarte Baumwollfabrik Ermen & Engels (der Inhaber war der Vater von Friedrich Engels, der mit Karl Marx das Kommunistische Manifest verfasste) nutzte schon Ende des 19. Jahrhunderts für ihre Produkte die Werbung mit einem der Engel aus der Sixtinischen Kapelle.

Die Senior*innen gingen nach einem gemeinsamen Kaffee weihnachtlich gestimmt nach Hause. Ein Besuch des Engelsmuseums lohnt sich auch im Laufe des Jahres. Der Engelverein bietet zu seiner Ausstellung und der damit verbundenen Thematik interessante Vorträge an.

Kolumba – das etwas andere Museum

// Helga Löbbert, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen



Lutz Fritsch
„Reisekiste“

Es hat nicht nur andere Öffnungszeiten, merkwürdige Zahlungsbedingungen und keine Klappstühlchen für Führungsteilnehmer, sondern auch ein ganz anderes Konzept als herkömmliche Museen. Die Kunstwerke werden unter einem Titel in Jahresausstellungen in allen Räumen gezeigt. In diesem Jahr ist die amerikanische Künstlerin Roni Horn Namensgeberin: „making being here enough – Ort & Subjekt“. „Mit der Ausstellung untersuchen wir anhand von Kunstwerken aus vielen Jahrhunderten das Verhältnis von Ort und Subjekt“, ein Zitat aus dem Begleitheft. Und wenn man meinen sollte, die Namensgeberin hätte einen besonderen Platz, so ist diese Annahme falsch. Ihr Werk hängt im Treppenhaus, wo man sich konzentrieren muss, die steilen Stufen zu erklimmen und Kunst gerade nicht die Beachtung findet, die ihr zusteht. Sicher dennoch ein Ort, der von den Ausstellungsmachern bewusst gewählt wurde, die Gegenwart ist auch gleich Vergangenheit. Mehr ihrer Kunstobjekte sind noch in Raum 11 zu sehen.

Der Bildhauer Lutz Fritsch begegnet uns in mehreren Räumen. Als ich einen Blick in den Hof warf, kam mir irgendetwas bekannt vor und dann erinnerte ich mich an die Autobahn Köln-Bonn. Auf den Verteilerkreisen beider Seiten stehen rote Stäbe, wo wir Betrachter rätselten, ob diese künstlerische oder vermessungstechnische Aspekte haben. Nun kann ich sie eindeutig der Kunst zuordnen, denn in der Ausstellung sind diese mehrere Male vertreten. In Postkarten aus aller Welt hat er sein Markenzeichen gesetzt, Akropolis mit rotem Stab und auch New York und Bali nicht ohne rote Stele. Eine Videoinstallation aus der Antarktis hat mich am meisten gefesselt. 1993/94 beantragte Lutz Fritsch Fördermittel für eine Reise in die Antarktis, die er mit den Wissenschaftlern des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung unternahm. „Fasziniert von der Idee einer idealen Skulptur, erlebt er den antarktischen Naturraum als dreidimensionale Entsprechung des leeren Papierblattes.“

(Kolumba) Und in der Tat, man sieht nichts, doch: man sieht weiß und auch nur weiß bis Lutz Fritsch im roten Anzug und mit rotem Stab das Weiß belebt und Struktur schafft, Ort und Subjekt.

Kein kirchliches Museum ohne das Zentrum christlicher Sehnsucht: Jerusalem. Jerusalem liegt in der Mitte der damals bekannten Welt, so in der Schedelschen Chronik, 1440 – 1514, auch im ersten gedruckten und illustrierten Pilgerbericht des Mainzer Domherrn Bernhard von Breydenbach.

1291 endete die christliche Präsenz im „Heiligen Land“. Neue Wallfahrtsorte entstanden, so Loreto. „Wunderbare Übertragung des heiligen Hauses nach Loreto“ - der Legende nach trugen Engel das Haus der heiligen Familie von Nazareth nach Loreto, um es vor den Muslimen zu bewahren. Eine Wallfahrtsfahne und Wallfahrtskerzen aus dem 18. Jahrhundert zeigen, dass Loreto in Italien ein vielbesuchter Wallfahrtsort wurde. Wer nicht so weit reisen möchte, begebe sich in Köln in die Kirche St. Maria in der Kupfergasse. Auch hier befindet sich eine Loreto Kapelle. Und da wir so wieder in Köln sind, widmen wir uns einer der letzten Objekte der Ausstellung Ort & Subjekt. Man trifft auf ein Subjekt, das seinen Ort verlassen hat. Merlin Bauers „Liebe deine Stadt“ ist jetzt in Raum 13 und nicht mehr über der Nord-Süd-Fahrt. Die langandauernde offensichtlich nie enden wollende Renovierung von Schauspielhaus und Oper war wohl selbst diesem positiv gesinnten Subjekt irgendwann unerträglich.

Die Ausstellung erschien mir schwierig oder sagen wir sperrig. Man muss Brücken schlagen, ein anderes Raum- und Zeitgefühl entwickeln, Verbindungen schaffen, die viel Kenntnis voraussetzen. Ohne die hervorragende Führung von Markus Juraschek-Eckstein hätte ich keinen roten Faden finden können, auch nicht mit roten Stäben oder trotz der roten Stelen. Ihm gilt noch einmal ein Dankeschön an dieser Stelle.

Foto: Helga Pennartz

Am 14.06. haben wir die Gelegenheit, den LANDTAG IN DÜSSELDORF

zu besuchen. Carolin Kirsch, Landtagsabgeordnete im Stadtbezirk Mülheim, lädt uns ein. Kosten entstehen für uns nicht.

Wir treffen uns gegen 9.30 Uhr und fahren dann mit dem Zug. Nach der Führung nehmen wir an einer Plenarsitzung teil. Im Anschluss haben wir die Gelegenheit, mit Carolin Kirsch zu diskutieren; danach gibt es in der Cafeteria Kaffee und Kuchen. Gegen 17.00 Uhr sind wir wieder zurück in Köln.

Für die Anmeldung bis zum 31. März benötigen wir für den Besuch des Landtags: Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse (wenn vorhanden) und die Nummer des gültigen Personalausweises. Der Ausweis selber muss am Besuchstag beim Eintritt vorgezeigt werden.

Bitte meldet euch in der GEW-Geschäftsstelle (kontakt@gew-koeln.de) an. Die Einzelheiten über Treffpunkt etc. teilen wir euch noch nach der Anmeldung rechtzeitig mit.

„Zollstock entdecken ... und die verborgene Frauengeschichte“

Wir machen am Dienstag, dem 9. Mai 2023 um 15 Uhr eine Führung mit dem Frauengeschichtsverein.

Auf unserem Spaziergang begegnen wir Spuren ehemaliger ukrainischer Zwangsarbeiterinnen, konträren Erinnerungen an das Leben im Hochbunker und einer Frau aus dem NS-Widerstand. Es geht um die Entwicklung der „weiblichen“ Wohlfahrtspflege zur Sozialarbeit und um eine Bauhaussiedlung, in der 1930 ein „Berufsfrauenhaus“ realisiert wurde. Wir hören von einer Lokalpolitikerin und einer großen Persönlichkeit der alten Frauenbewegung.

Führung mit Ina Hoerner | Kosten: 5 Euro | Treffpunkt ist das Büro des Vereins, Höniger Weg 100A in Köln-Zollstock.

Erreichbar mit der KVB-Linie 12, Haltestelle Pohligstraße.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zum Besuch des Museums Morsbroich

Wir besichtigen mit einer Führung hauptsächlich den Schloss- und den Skulpturenpark – bei hoffentlich schönem Wetter. Einen erweiterten Besuch im Museum kann nach einer kurzen Anleitung jede(r) Teilnehmer*in selbst gestalten.

Wir treffen uns am:

Donnerstag, dem 13. April 2023 um 10.45 Uhr

Kosten pro Person: 5 Euro

Anfahrt

... mit dem PKW:

Von Köln kommend auf der A 3, Ausfahrt: Leverkusen Zentrum, dann der Beschilderung „Museum Morsbroich“ folgen (Anfahrt vom AB-Kreuz Leverkusen kommend momentan nur über Willy-Brandt-Ring und Karl-Carstens-Ring in die Gustav-Heinemann-Str. möglich).

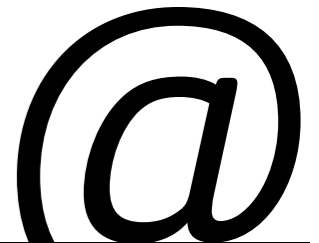
... mit der Bahn:

Köln: S 6 / RE 1 / RE 5 (Bahnhof Leverkusen Mitte) und dann weiter

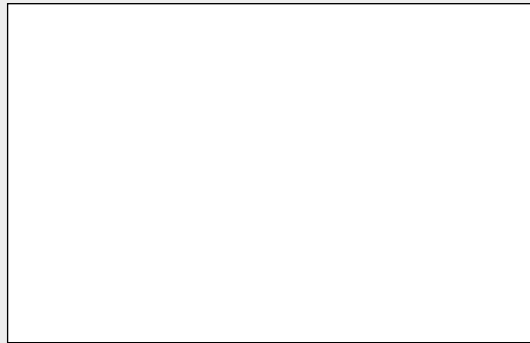
... mit dem Bus:

Linie 212, 214, SB21, SB22 und SB29 von Leverkusen-Mitte (Ausstieg: Museum Morsbroich)

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.



Unser Ausschuss Aktive Ruheständler*innen möchte euch auch digital erreichen! Ihr habt eine E-Mail-Adresse und bislang noch keine Infos von unserem Ausschuss per E-Mail erhalten? Sendet uns einfach eure E-Mail-Adresse und wir nehmen diese in unserem System auf! Eine kurze E-Mail an kontakt@gew-koeln.de senden genügt schon.



// Geschäftsstelle //

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur

***Mitgliederversammlung der GEW Köln
am 17. Mai 2023 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des DGB-
Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)***

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

TOP 1 Austausch & Berichte

- a) Berichte aus den Fachgruppen (FG), Ausschüssen (AS) und Arbeitskreisen (AK)
- b) neu eingerichtete Arbeitsgruppen der GEW Köln – Berichte & Wer möchte mitmachen?
- c) Berichte von der Bündnisarbeit

TOP 2 Finanzen

- a) Haushalt 2022: Finanzbericht bis einschließlich 4. Quartal 2022/Jahresabschluss 2022
- b) Haushalt 2023: Vorstellung von & Beschluss über Haushaltsplan 2023

TOP 3 Tarifarbeit

- a) TVöD Tarifrunde 2023
- b) TV-L Tarifrunde 2023

TOP 4 Anträge

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

TOP 5 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 10. Mai 2023 in der Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand